Nr. 157 Montag, den 11. Juli 1910 17. Jahrgang

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pfg., monatl. 14 Pfg.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telephon: 13698. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabend).

Inserate kosten die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilauflage 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

Tageskalender.

Kultusminister Dr. Beck hat von neuem erklärt, daß die Regierung an der konfessionellen Volksschule festhalten werde.

•

Die Fortschrittler erklären das Kompromiß im 21. Wahlkreise für die nächste Reichstagswahl durch den Kandidatenwechsel für aufgehoben.

•

Die Nationalliberalen fordern Bethmann-Hollweg zu einer Zusammenfassung der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie auf.

•

Das Verhältnis zwischen der Türkei und Griechenland spitzt sich immer mehr zu.

•

Die kretische Kammer hat ihre Zustimmung zur Zulassung der mohammedanischen Abgeordneten gegeben und sich hierauf vertagt.

•

In China kam es zu neuen Unruhen.

Budget und Konferenz.

Leipzig, 11. Juli.

Aus London schreibt man uns: Genau zwei Monate, nachdem das leidenschaftlich-umstrittene Budget von 1909/10 endlich zustande gebracht worden war, brachte der englische Finanzminister Lloyd George das neue Budget für das Jahr 1910/11 ein. Es spricht wirklich Bände für die Tüchtigkeit der englischen Finanzmethoden — besonders wenn man sie mit den jämmerlichen deutschen vergleicht —, daß es Lloyd George trotz der großen Verspätung in der Einholung der verschiedenen Steuern und des nicht minder großen Wirrwarrs gelungen war, das verflossene Finanzjahr ohne irgendwelches Defizit abzuschließen und das neue Budget mit seinen fast um zehn Millionen Pfund Sterling gestiegenen Ausgaben auf denselben Grundlagen wie das vorige und ohne einen einzigen Pfennig Neubelastung aufzubauen. Nicht ohne berechtigten Stolz bemerkte Lloyd George am Schluß seiner Rede, daß von den fünf größten Nationen der Welt, die im vorigen Jahre große Fehlbeträge zu decken hatten, nämlich Deutschland, Frankreich, die Vereinigten Staaten, Rußland und England, nur das letztere alle seine Finanzschwierigkeiten überwunden hat. Dabei hat England seine neuen Kriegsschiffbauten aus den laufenden Einnahmen gedeckt, und seine Schuldenlast hat nicht nur nicht zugenommen, sondern sogar bedeutend abgenommen. Lloyd George schrieb diesen Erfolg mit vollem Recht der freihändlerischen Wirtschaftspolitik Englands zu, d. h. dem Ausbau der direkten Steuern und der verhältnismäßigen Schonung der Konsumfähigkeit der breiten Schichten der Bevölkerung. Es genügt, in diesem Zusammenhange darauf hinzuweisen, daß von den für 1910/11 bestimmten 142,4 Millionen Steuereinnahmen noch immer fast die Hälfte, nämlich 66,4 Millionen Pfund, direkt vom Eigentum und Besitz in der Form von Einkommen-, Besitz- und Erbschaftssteuern erhoben wird, was natürlich noch genug den Volksmassen zu tragen übrig läßt, aber doch auch die besitzenden Klassen nicht geradezu schont. Das mag für das Volk kein großer Trost sein, aber finanziell hat sich diese Methode bewährt und der englischen Finanzwirtschaft über jene der andern Länder eine große Ueberlegenheit verschafft. Noch wirksamer natürlich könnte sich diese Finanzmethode gestalten, wenn statt etwa 46 Prozent der gesamten Steuerlast die besitzenden Klassen mehr getragen hätten, wozu es genügte, wenn der Grund und Boden nicht mit 600 000 Pfund, wie im Budget, sondern mit 6 Mill. Pfund belastet würde. Allein so weit geht der Radikalismus selbst eines Lloyd George nicht, und er ist zufrieden, wenn seine Finanzkunst die eines Stengel oder Sydow überragt.

Die Einzelheiten des Budgets brauchen wir nicht zu besprechen, da die Ziffern dem Leser aus den telegraphischen Berichten bekannt sind. Es ist aber besonders zu beachten, wie die Ausgaben im Vergleich selbst mit dem vergangenen Jahre gewachsen sind. Wie erwähnt, betragen die Mehrausgaben die ungeheure Summe von 9,7 Mill. Pfund, also beinahe 200 Mill. Mark. Ein solcher Sprung in ganz normalen Zeiten und besonders unter einer liberalen Regierung, die doch immer von Sparsamkeit und Bescheidenheit gesprochen hat, ist nichts weniger als ein öffentlicher Skandal. Er wird aber zum gröbsten Unfug, wenn man betrachtet, welches seine Gründe sind. Da stellt es sich heraus, daß es hauptsächlich zwei Posten sind, die die wichtigsten Mehrausgaben fordern. Der eine ist die Zivilverwaltung, deren Ausgaben von 40,3 auf 42,6, also um 2,3 Mill. Pfund gestiegen sind. Untersucht man dies näher, so entdeckt man, daß von den Mehrausgaben etwa eine halbe Million auf den öffentlichen Unterricht, noch etwas weniger auf Alterspensionen, und 1 200 000 Pfund auf Gehälter für Beamte fallen.

Das Beamtentum ist nämlich unter der liberalen Regierung ungeheuer angewachsen und die Gehälter der höheren Bureaukraten werden mit jedem Tage immer höher geschraubt. Der neue Liberalismus arbeitet eben nicht mehr durch die örtlichen Verwaltungen, wie es im freiheitlichen England einst der Fall war, sondern mittels einer zentralisierten Bureaukratie, und Lloyd George hat selbst vor ein paar Wochen zugestanden, daß in den letzten drei Jahren allein 1154 neue Beamtenposten geschaffen wurden, die mit der Ausführung der letzten Gesetze, wie des Alterspensions- und des Arbeitsnachweisgesetzes betraut worden sind. Dies ist eine reaktionäre Neuerung, die die gesamte innere Verfassung und Verwaltung des Landes auf den Kopf stellt. Sie verschlingt aber auch viel Geld und hat die Kosten der zivilen Administration von 19 Mill. Pfund im Jahre 1895 auf 42½ Mill. Pfund im Jahre 1910 gehoben. Noch schlimmer aber steht es mit dem andern Posten, der eine Mehrausgabe von nicht weniger als 5½ Mill. Pfund mit einemmal fordert. Es ist das unser alter Bekannter: der Marinemoloch, der in diesem Jahre 40,6 Mill. Pfund gegenüber den 35,1 Mill. Pfund des vergangenen Jahres verschlingen wird. Selbst Lloyd George wies in seiner Rede darauf hin, daß noch vor 25 Jahren ein konservativer Finanzminister aus seinem Amte ausschied, weil er einen Dreizehn-Millionen-Marineetat nicht billigen wollte. Jetzt erscheint ein ultraradikaler Finanzminister wie Herr George und unterbreitet mit einer heuchlerischen Miene der Unzufriedenheit einen Etat von mehr als 40 Millionen. Wenn Herr George wirklich diese schädliche Verschwenderei so verurteilt, wie er behauptet, warum folgt er da nicht dem Beispiel seines konservativen Vorgängers? Wie es scheint, kostet ihn seine edle Entrüstung ebensowenig wie sein Radikalismus.

Die Finanzvorlage stieß auf keiner Seite auf irgendwelchen heftigen Widerspruch. Ihre Grundlagen wurden bereits im vorigen Jahre angefochten, und selbst die Torys fühlen sich, wie es scheint, trotz der Aufmunterung ihrer Presse, müde. Auch die Arbeiterparteiler haben anscheinend sehr wenig an dem Budget auszusetzen. Ihr Führer, Barnes, „bedauerte" nur, daß für die Marine so viel ausgegeben und die Zuckersteuer nicht abgeschafft wird, sowie daß die versprochene Sicherung gegen Arbeitslosigkeit und Invalidität erst für das nächste Jahr angekündigt werden und die Ausdehnung der Alterspensionen auf die Empfänger der Armenunterstützung noch immer nicht vollkommen ist, schloß aber mit der liebenswürdigen Versicherung, daß „trotz dieser Unterlassungen er und seine Freunde bei den Etatsberatungen die großen Schwierigkeiten des Finanzministers beachten werden". Auf diese untertänigste Erklärung antwortete der Finanzminister, wie die andern Redner, mit verächtlichem Schweigen. Sie kennen die „unabhängige" Arbeiterpartei!

Die einzigen, die die Budgetvorlage einigermaßen scharf kritisierten, waren, wie immer, die Iren, die besonders viel an den Schnapssteuern, die die irischen Brennereien, die einzige Industrie des Landes, in ganz bedeutender Weise treffen, auszusetzen haben. Aber auch sie — wir meinen die Mehrheit der Fraktion unter der Leitung von Jahn Redmond — legten sich eine gewisse Reserve auf, nachdem in derselben Sitzung Asquith eine Herbstsession angekündigt hatte, die zur Erledigung unter anderm auch des Budgets in seinen letzten Stadien dienen soll. Das war eine neue Kapitulation der Regierung — diesmal vor den Iren, die ihre Zustimmung zum Budget

Feuilleton.

Das Haus Michael Senn.

Ein Tiroler Roman von Rudolf Greinz.

8] Nachdruck verboten.

Eine kurze Zeit freilich hatte auch der Christian Thaler seinen Liebestraum geträumt. Damals nach jenem Tanzkränzchen, als sie ihm den Kotillonorden mit dem seidenen Band an die Brust geheftet hatte. Nur ganz kurze Zeit. Es war die schönste Frist seines Lebens gewesen.

Dann hatte er selbst mit derber Hand die schimmernden Luftschlösser niedergerissen. Des Richters bildhübsche Resi hätte ihm, dem armen Buchhalter, ja doch nie gut sein können! — Wer war er denn? Ein Untergebener im Hause Michael Senn. Und das war er auch geblieben. Er hatte keinen Ehrgeiz mehr, etwas andres zu werden.

Der alte Mann hielt die verblaßte Schleife mit zitternden Händen gegen den matten Schein der Lampe. Dicke, schwere Tränen rannen ihm über die welken Wangen. Christian Thaler weinte. Er weinte um sein und ihr verlorenes Glück.

Vielleicht wäre sie als sein Weib doch glücklicher geworden? Vielleicht hatte er damals Unrecht getan, daß er den Kampf um sein Glück so rasch aufgab? . . . Aufgab? . . . Er hatte den Kampf überhaupt nie begonnen! Ein Feigling war er gewesen! Ein mutloser Feigling! . . . Er trug die Schuld an ihrem verfehlten Leben. Eine große Schuld. Wäre er ihr doch in früheren Jahren, als die Kluft zwischen den Gatten noch nicht so tief und unüberbrückbar war, als Freund ratend zur Seite gestanden! . . . Damals hatte Frau Theresia Senn ihre einzige Zuflucht noch nicht bei der Kirche gesucht.

Der alte Mann machte sich die schwersten Vorwürfe. Und das war die wühlende Bitternis dieser Stunde. Er hätte damals, als es noch Zeit war, sie an ihre Pflicht ermahnen sollen. Er hätte sie dem Gatten zuführen sollen. Vielleicht wäre es ihm doch gelungen.

Sie suchte ja einen Ausweg. Sie suchte einen Mittler in ihrer Not. Sie litt unsagbar. Christian Thaler hatte es wohl gesehen. Und doch ließ ihn eine falsche Scham nicht zu ihr sprechen. Er hätte es überwinden sollen . . . So hatte er nichts vermocht, als den ganzen Schatz seiner Liebe auf das Kind der angebeteten Frau zu übertragen. Heimlich und scheu, als wenn er selbst dazu kein volles Recht hätte.

Ein alter ehrwürdiger Kanonikus des Brixner Domkapitels war damals der geistliche Berater der Frau Theresia Senn geworden. Ein Greis mit silberweißem Haar und einem kindlich guten Herzen. Der hatte die Frau in ihrer Seelennot immer mehr ihrem Gotte entgegengeführt.

Auch mit dem Michael Senn hatte er gesprochen. Der Gatte war durch diese Unterredung mit dem Priester nur noch tiefer verletzt worden. Was hatte er seiner Frau getan, daß sie durch den Mund eines Fremden mit ihm reden mußte! . . . Nein. Der Priester hatte es gut gemeint, sehr gut. Aber den richtigen Weg hatte er sicher nicht eingeschlagen.

Frau Senn hatte mit der Zeit Trost in der Religion gefunden und dann schließlich auch ihr Glück. Sie fehlte bei keiner der Andachten, die im Dom oder in der Pfarrkirche abgehalten wurden. Tagtäglich sah man die Frau in ihrem schwarzen Kleid schon am frühen Morgen auf ihrem gewohnten Platz in einem der ersten Kirchenstühle. Selbst in späteren Jahren, als sie schon kränklich war, fehlte sie selten. Sie hatte kein Interesse mehr an dem Leben dieser Welt. Was außerhalb ihrer religiösen Sphäre lag, war ihr mehr oder weniger gleichgültig geworden. Freunde und Bekannte besaß sie nur wenige. Und diese wenigen waren tief religiös wie sie und allem Weltlichen abgestorben wie sie . . .

Und heute hatte man die Frau Senn mit großem Pomp zu Grabe getragen. Da waren sie alle versammelt gewesen, die Rang und Würde besaßen in Brixen. Alle Freunde und Verwandten der Familie waren vollzählig von nah und fern erschienen.

Es war ein ungeheurer Trauerzug gewesen, wie man ihn in Brixen schon seit langem nicht mehr gesehen hatte. Die ganze Stadt war auf den Beinen. Es galt ja der stillen Frau des Michael Senn die letzte Ehre zu erweisen . . .

Der fahle Schein des anbrechenden Morgens schimmerte durch das Fenster herein in die Stube, wo Christian Thaler noch immer in Gedanken versunken vor sich hinstarrte. Die kleine Petroleumlampe schien nur mehr matt auf das bartlose, sorgfältig rasierte Gesicht des alten Buchhalters. Der kaum mittelgroße, schmächtige Mann war vor der Zeit gealtert. Mit seinem faltigen durchfurchten Gesicht und den ganz grauen struppigen Haaren sah Christian Thaler heute in der grauen Morgendämmerung noch älter, verträumter und eingeschrumpfter aus wie gewöhnlich.

Und endlich ging draußen am Himmel in Glanz und Pracht die Morgensonne auf. Ihre Strahlen flossen um die mächtige Fassade des Domes und machten den weißen, spitzen Gotenturm der Pfarrkirche noch schneeiger erglänzen. In die engen, winkeligen Gassen ergossen sich die Fluten des jungen Lichtes, glitten tiefer und tiefer an den Giebeln und Mauern hernieder, legten sich in breiten goldenen Massen auf den Domplatz.

Ein taufrischer Morgen im Eisacktal. Licht auf allen Höhen. In die alte Stadt am Talgrund drang das Licht, als ob es sich sein Recht erkämpfen wollte, als ob es die Gassen und Gäßlein von einem bleischweren Druck erlösen möchte, der gleich einer unsichtbaren Wolke über ihnen lastete.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100711/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

davon abhängig gemacht hatten, ob das Ergebnis der Konferenz, die jetzt zwischen den Führern der Regierung und der Opposition wegen der Lordskammer abgehalten wird, für sie annehmbar sein wird. Eine Herbstsession des Parlaments soll eben diesem Bedürfnis der Iren nach einer Gelegenheit, ihre Stellung zum Budget und folglich zur Regierung nach dem Ergebnis der Konferenz zu bestimmen, dienen, was sie natürlich jetzt von irgendwelcher entschiedenen Aktion abhält.

Immerhin muß das Budget schon jetzt als vollkommen gesichert betrachtet werden, denn sollte aus der Konferenz nichts herausspringen, so wird die Regierung auf ihrer Seite die gesamte Koalition haben, sollte aber — wie es wahrscheinlicher ist — die Regierung mit der Opposition ins reine kommen, dann erhält sie, statt der Unterstützung der Iren, die Unterstützung der gesamten konservativen Partei, was ihr natürlich noch angenehmer sein wird. Um den Liberalen Mut einzuflößen, hat sie bereits die wackere Times auf diese Bereitwilligkeit der Konservativen aufmerksam gemacht. „Alles", schrieb sie dieser Tage, „hängt von dem Ergebnis der Konferenz ab. Sollte es befriedigend sein, so verliert auch die Drohung der irischen Nationalisten ihre Schrecken. Da sie in einem solchen Falle gegen das Budget nur aus Verdruß über ein Kompromiß stimmen werden, das von der gesamten (!) Nation begrüßt werden wird, so ist es möglich, daß die beiden großen Parteien, die das Volk vertreten, den Frieden dadurch besiegeln würden, daß sie sich vereinigen, um die Finanzvorlage durchzusetzen". Kein Wunder, daß die Beratungen der Konferenz mit großer Beharrlichkeit von beiden Seiten geführt werden und alle „gemäßigten" Liberalen wie Konservativen den heißesten Wunsch für ihren Erfolg hegen.

17. Jahresversammlung des Zentralverbands von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich.

k. r. Regensburg, 10. Juli.

Der Kongreß begann am Sonntag abend mit einer Vorversammlung, um das Bureau zu wählen und die Tagesordnung festzusetzen. Der große Prachtsaal des Neuen Hauses war kaum imstande, die Zahl der Erschienenen zu fassen. Genosse Fräßdorf aus Dresden eröffnete die Vorbesprechung im Namen der geschäftsführenden Kasse und hieß alle herzlich willkommen. Darauf wurde einstimmig zur Leitung des Kongresses Baumeister Hiffinger-Regensburg als Vertreter der Arbeitgeber, Brandes-Magdeburg, Fräßdorf-Dresden als Vertreter der Kassenmitglieder gewählt; zu Schriftführern wurden Lorberg-Hannover, Ossik-Lehe, Preuß-Hamburg bestimmt.

Als Tagesordnung wurden die folgenden Punkte festgelegt:

1. **Bericht der geschäftsführenden Kasse** über die Tätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahre.
2. **Besprechung der Reichsversicherungsordnung** und der dazu gestellten Anträge. Referenten Rechtsanwalt Dr. Mayer-Frankenthal, E. Brachel-Köln, P. Magnan-Berlin, Albert Kohn-Berlin.
3. **Alkohol und Krankenkassen.** Referent Dr. med. Hirt-München.
4. Anträge aus Hamburg und Bremerhaven auf: **Herbeiführung einheitlicher Krankenkassenstatistik.**
6. Praktische Verwaltungsfragen.
7. Wahl des Ortes der nächsten Jahresversammlung.

Punkt 5 der Tagesordnung wird einen Antrag der Ortskrankenkasse der Stadt Metz behandeln, in den gegenwärtigen **Beamtenanstellungsvertrag** die Bestimmung aufzunehmen, daß Streitigkeiten, welche sich aus diesem Vertrage ergeben, durch ein Schiedsgericht entschieden werden sollen. Der Antrag selbst hat folgenden Wortlaut: „Ersatz des § 2 durch folgende Bestimmung:

Streitigkeiten, welche sich aus diesem Vertrage ergeben, sollen durch ein Schiedsspruch entschieden werden, welches für sein Verfahren die Bestimmungen der deutschen Zivilprozeßordnung anzuwenden hat. Das Schiedsgericht besteht aus drei von der Kasse zu wählenden Personen, welche die Qualifikation eines Schiedsrichters nach Maßgabe der Zivilprozeßordnung haben, unter Vorsitz einer von den sechs Beisitzern zu ernennenden siebenten Person. Der Schiedsgerichtsspruch muß nebst Begründung innerhalb acht Tagen nach Verkündung beiden Parteien mittels Einschreibebriefs oder Gerichtsvollziehers zugestellt werden. Ist eine der beiden Parteien mit dem Rechtsspruch des Schiedsgerichts nicht einverstanden, so hat sie das Recht, innerhalb zehn Tagen nach Zustellung des Schiedsgerichtsspruchs dies dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts mitzuteilen und den Weg des alsdann zuständigen allgemeinen Rechts zu wählen. Geschieht die Erklärung innerhalb obiger Frist nicht, so ist das Schiedsgerichtsurteil unter Ausschluß aller anderen Rechtswege für beide Vertragsteile endgültig bindend. In ein und derselben Sache kann nur stets das einmal für dieselbe gewählte Schiedsgericht tätig sein und seinen Rechtsspruch fällen."

Mit diesen Nominierungen waren die geschäftlichen Formalitäten erledigt und wurde die Sitzung geschlossen mit der Bestimmung, am Montag morgen um 9 Uhr in die Erledigung der eigentlichen Geschäfte einzutreten.

Gewerkschaftsbewegung.

Kater „revolutionäre".

Man schreibt uns:

Im Tivoli gaben sich gestern vormittag die „Revolutionäre" ein Stelldichein, die auch selbst bei peinlichster Befragung ebensowenig anzugeben vermöchten, wie man sie zu rubrizieren hat, als auch, was sie eigentlich bezwecken und erreichen wollen. Sie nennen sich Anarchisten, Sozialisten, Revolutionäre, Anarchosozialisten, Lokalisten, Syndikalisten, freie Gewerkschaftler usw., ganz wie es jedem beliebt. Und unter der zu lösenden Aufgabe stellt sich jeder Mitläufer dieser heiteren Gesellschaft wieder etwas ganz anderes vor, als wie sein Nachbar. Gemeinsames Gut ist nur die heillose Konfusion und ein bemitleidenswerter Tiefstand in der Anschauung und Beurteilung ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Fragen. Geistig gleicht einer dem andern zum Verwechseln. Nicht eine Persönlichkeit lernt man kennen, nicht einen originellen Gedanken hört man aussprechen. Bei keinem Redner findet man eine Regung von Idealismus, kein Wort, das von Opfermut und selbstloser Hingabe an irgendein Ziel oder Aufgabe zeugen könnte; nichts als holperiges und keifendes Schmähen der Arbeiterbewegung, Kraftworte ohne Schwung, die wie Klötze auf die Zuhörer niederplumpsen. Man kann als Zuhörer sich des Gefühls nicht erwehren, in eine Art geistiger Wüste geraten zu sein, die, solange man in ihr weilt, unbeschreiblich anödend und abstumpfend wirkt. Und dabei ist zu bemerken, daß gestern noch Fritz Kater der Hauptredner war. Es ist eigentlich schade für den Mann, daß er zappelnd und schreiend in diesem Sumpf untergehen muß. Er war einstmals ein frischer Bauarbeiter, aus dessen Worten Kampfesmut sprühte und das Streben nach einem hohen und großen Ziel. Jetzt ist er eine Redemaschine geworden, die mit automatischer Gleichförmigkeit eine Wulst von Nörgeleien, Schmähungen und leichtfertiger Behauptungen gegen die Arbeiterbewegung rasselnd zutage fördert. Sobald aber Kater vom Klassenkampf zu reden beginnt, wird sein Vortrag stockend, denn es fehlt die innere Wärme, der Glaube an die Sache des Proletariats und das Vertrauen zu sich selbst und zu der eigenen Tätigkeit. Fritz Kater ist hoffnungslos geworden. Kein Wunder, die Kraft seiner besten Jahre hat er vergeudet im Krakeel gegen die siegreich vorwärtsmarschierende Arbeiterbewegung, zuerst aus Verärgerung, die dann in eine haßerfüllte Eigenbrödelei umgeschlagen hat. Solange er noch glaubte, leise Hoffnungszeichen zu vernehmen, daß die deutschen Arbeiter ihm in den Wirrwarr und in die Ohnmacht folgen werden, besaßen seine Worte auch im Bösen noch Kraft. Jetzt sieht er sich am Grabe seiner vom Haß beseelten Hoffnungen. Zurück kann er nicht mehr, vorwärts kann er erst recht nicht; seine Anhänger sind flüchtige Figuren, die heute auftauchen und morgen wieder verschwunden sind. Und Fritz Kater weiß auch, seine Anhänger sind in der Regel keine trotzigen Kameraden, die die innere Ueberzeugung aus den Reihen der Arbeiterbewegung getrieben hat, sondern sie sind meistens „Revolutionäre" und „Klassenkämpfer", die innerhalb der Arbeiterbewegung Schiffbruch erlitten haben, im Gros nicht mehr mitmarschieren können, und nur das Schlachtfeld betreten, wenn der Kampf vorbei ist und die Schleier der Nacht sich ausbreiten. Dann nahen mit geschäftiger Emsigkeit diese Gestalten, nach Beute spähend und verwundeten Kameraden statt Erfrischungen Gift einträufelnd. Und daß der gesunde Sinn der organisierten Arbeiter eine solche Gesellschaft sich auch in Zukunft vom Leibe halten wird, sieht Fritz Kater ein. So brach er gestern in die charakteristischen Worte aus: „Die Sozialdemokratie hatte am Anfange ihrer Bewegung „den Feind, den wir am tiefsten hassen", den Unverstand der Massen gegen sich, den sie zu einem großen Teile überwunden hat. Aber wir (wir Anarcho-Sozialisten) haben die aufgeklärte Arbeiterschaft gegen uns, und das ist ein gefährlicher Feind." Und weiter: „Trotz des Ausgangs des Kampfs im Baugewerbe werden die Zentralorganisationen weiter wachsen, an Mitgliedern und Vermögen zunehmen . . ." Und endlich: „Als in einer Leipziger Maurerversammlung kürzlich erklärt wurde, man wolle eventuell eine Lokalorganisation gründen, da habe ich den Kopf geschüttelt." Weil Kater nicht eingestehen will, daß an dem gesunden Sinn der Leipziger Maurerschaft die lokalistischen Quertreibereien scheitern müssen, schmähte er die Leipziger Maurer wie folgt: „Dazu (um eine Lokalorganisation zu gründen) gehört mehr, als wie die Leipziger Maurer geistig zur Verfügung haben; man muß tiefer geistig eindringen können und wollen, als wie die Leipziger Maurer." Die Maurer gegen diese Angriffe in Schutz zu nehmen, ist nicht nötig; sie sind Manns genug, das selbst zu tun, falls sie es für nötig erachten. Auf der gleichen Höhe stehen auch die folgenden Sätze, die dieser hoffnungslose Quertreiber gestern zum besten gab: „Die sozialdemokratische Masse kümmert sich dank dem Parlamentarismus und Bureaukratismus nicht mehr darum, warum die Bewegung ist; sie will kein Kopfzerbrechen, sie will nicht mehr denken, sondern nur noch mechanisch tätig sein . . . Die Sachwalter des Kapitals haben ein großes Interesse daran, daß die sozialdemokratische Arbeiterbewegung auf diesem Wege bleibt." Man weiß nicht, soll man mehr die Frivolität oder die Nichtswürdigkeit bewundern, aus der heraus derart elende Behauptungen entspringen. Die Unternehmer und Scharfmacher aller Gattungen rüsten deshalb mit allen Mitteln zu dem Versuch, die sozialdemokratische Bewegung zu vernichten, weil sie ein — Interesse daran haben, daß sie bleibt, wie sie ist. Wo nimmt denn Fritz Kater die Legitimation her, die zwei Millionen gewerkschaftlich organisierter, oder die vielen Hunderttausende politisch organisierter Arbeiter als solche Trottel hinstellen zu dürfen, daß sie eine Politik im Interesse des Kapitals betreiben? Seine Legitimation ist seine Skrupellosigkeit in der — allerdings ohnmächtigen — Bekämpfung der modernen Arbeiterbewegung. Die Schamröte steigt einem ins Gesicht, wenn man diesen Mann und seine ihm gleichwertigen Anhänger sich „Sozialisten" nennen hört. Doch mit diesen Nichtswürdigkeiten war Katers Verleumdungsorgie noch nicht erschöpft. Den Organisationen warf er „Buhlen um die Gunst des Bürgertums" vor, die „Verbandstage sind eine Komödie", die „sozialdemokratischen Arbeiter sollen des Handelns entwöhnt werden", „den deutschen Arbeitern wird empfohlen, ein noch engeres harmonisches Verhältnis mit dem Unternehmertum herbeizuführen", „im Interesse des kapitalistischen Wirtschaftslebens will die Regierung die Arbeiterorganisationen erhalten wissen", „man (nämlich die Zentralverbände) zeigt offen die Kassenverhältnisse, damit die Unternehmer sich danach einrichten können", „die Organisationen sind nicht mehr zu dem Zwecke da, für die Arbeiter bessere Verhältnisse zu schaffen, sondern sie sind nur für sich selbst da", „die sozialdemokratischen Arbeiter und Führer stehen auf dem Standpunkt der Aneignung des Privateigentums, sie sind eifrig bestrebt, Geld auf der Sparkasse anzulegen, damit sie nicht proletarisch zu denken und fühlen brauchen" usw. usw.

Man kann getrost einige Dutzend Versammlungen der Reichsverbändler, Antisemiten, Zentrumsbauern oder ostelbischer Junker besuchen, und man wird kaum ungehobelteres und gehässigeres Zeug zu hören bekommen als von diesem Prachtexemplar eines „Revolutionärs", der außerdem noch mit Stentorstimme in die Versammlung brüllte: „Die sozialdemokratischen Arbeiter fühlen sich im Grunde ihres Herzens eins mit der bürgerlichen Gesellschaft" und „der Hurrapatriotismus wird auch bei der deutschen Sozialdemokratie gezüchtet und der deutsche Nationalstolz von ihr gepflegt".

Die Leser der Volkszeitung mögen verzeihen, wenn wir sie mit dieser Auslese von Verleumdungen eines haßerfüllten und skrupellosen Demagogen belästigen. Aber ab und zu müssen wir solche Schädlinge in ihrer ganzen abschreckenden Erbärmlichkeit doch an den Pranger stellen, weil die Arbeiter nur zu oft geneigt sind, in solchen Leuten nur konfuse Idealisten zu erblicken. Gewiß, an konfusem Vermögen ist Fritz Kater kaum zu übertreffen;

Nun wanderten die Töne der Glocken durch die Morgenluft. Langsam, friedlich, selbstbewußt, in Herrscherwürde . . . Halb klang es wie Befehl, halb wie ein ernster Gruß. Und wieder verdichteten sich die Töne der einzelnen Glocken zu einem großen, unaufhörlich lastenden Schall, der sich wie ein schwerer Mantel aus Purpur und Hermelin, weihrauchduftend und würdevoll auf die Dächer und Fassaden der alten Tiroler Bischofsstadt legte . . . sie abschließend von der Außenwelt . . . sie einhüllend in seine tausend Falten und Fältchen . . . den Ausblick bedeckend . . . den Atem beklemmend.

Die Strahlen der Morgensonne drangen mit ihrem hellen Schimmer in die Stube Christian Thalers. Geblendet von dem Licht rieb sich der alte Mann die schmerzenden Augen. Dann blies er das erlöschende Lampenlicht vollends aus und legte die auf dem Tische verstreuten Sachen wieder sorgfältig in ihre Behältnisse zurück.

Ganz zu unterst legte er das verblaßte Seidenband, das ihm einst die Frau Senn als junges Mädel geschenkt hatte. Mit einem tiefen Seufzer versperrte er alles in den altmodischen Kasten mit den bauchigen Schubladen und den verschnörkelten gelben Messingschlössern.

Dann ging er zum Fenster, öffnete es und ließ den Morgen in die Stube.

Drittes Kapitel.

Am Pfarrplatz, in einem der alten Patrizierhäuser, wohnte die verwitwete Bergrätin Angerer mit ihren beiden Töchtern Mathilde und Agnes. Seit achtzehn Jahren schon bewohnte sie das dritte Stockwerk des alten Hauses. Damals als ihr Gatte so plötzlich in Klausen gestorben war, zog sie mit ihren Kindern herüber nach Brixen.

In der Bischofsstadt bot sich ihr immerhin eine bessere Gelegenheit, ihren Kindern eine standesgemäße Erziehung zu geben. Die Töchter besuchten das Institut der Englischen Fräulein in Brixen, und der Sohn absolvierte das Gymnasium, um dann in die österreichische Armee einzutreten.

Frau Luise Angerer war eine der wenigen Freundinnen gewesen, welche die verstorbene Frau Senn im Leben besessen hatte. Schon von Jugend auf waren sie befreundet. Und als dann die Bergrätin nach Brixen übersiedelte, wurde das Verhältnis noch inniger. Die beiderseitigen Söhne waren noch dazu gleichaltrig und hielten stets gute Kameradschaft miteinander.

Franz Senn verkehrte häufig in der Familie der Bergrätin. Er spielte mit dem Pepi, neckte dessen große Schwester Mathilde, die immer so gescheit und vornehm tat und alles besser wissen wollte, weil sie um etliche Jahre älter war als die beiden Buben. Die kleine Agnes aber zog er an ihren langen, dunklen Zöpfen, bis sie in ein zorniges Wutgeheul ausbrach.

Auch später noch, als der Pepi von daheim fortgekommen war, kam der Franz noch häufig zur Bergrätin. Die Brixner munkelten bereits von einer Heirat, die die beiden Mütter miteinander abgekartet hätten. Die Agnes und der Franz. Das wäre ein ganz nettes Paar und wie geschaffen füreinander.

Die Bergrätin hätte es wohl nicht ungern gesehen, wenn wenigstens die eine ihrer Töchter gut versorgt gewesen wäre. Denn bei der Mathilde hatte sie schon alle Hoffnung aufgegeben, daß die noch einen Mann finden würde. Die Mthilde selbst hatte schon etwas stumpf Resigniertes in ihrem Wesen. Obwohl erst anfangs dreißig, war sie bereits verblüht. Auch Agnes war jetzt dreiundzwanzig Jahre alt. Ein großes schlankes Mädel mit üppigem schwarzem Haar und großen dunklen Augen. Die beiden Schwestern hatten viel Aehnlichkeit miteinander. Nur daß Mathilde, die ältere, den Eindruck einer verwelkten Blume machte. Sie war ebenso groß und schlank wie Agnes, mit genau denselben dunklen Augen, die so verheißungsvoll und fragend in die Welt blickten. Sie besaß die weichen anmutigen Formen und den graziösen Gang ihrer jüngeren Schwester.

Heute hatte die Bergrätin Kaffeebesuch. Seit Jahren schon kam der hochwürdige Pater Remigius Kröll an jedem Freitag nachmittag zur Bergrätin auf ein Plauderstündchen. Pater Remigius war ihr Vertrauter und Berater in allen Anliegen. Auch die verstorbene Frau Senn hatte große Stücke auf den Pater gehalten und bei ihm noch ihre letzte Beichte abgelegt.

Pater Remigius stand in dem Ruf eines ausgezeichneten Beichtvaters und schneidigen Kanzelredners. Er war auch regelmäßig der Fastenprediger in der Pfarrkirche. Ein kleiner, sehr korpulenter Herr, der in der braunen Kapuzinerkutte mit dem hellen Strick um die Mitte einen fast kugelförmigen Eindruck machte. Das gutmütige Gesicht wurde von einem schütteren, dunkelbraunen und schon langsam ergrauenden Bart umrahmt. Hinter den großen Brillengläsern blitzten ein paar dunkle, listige Augen beobachtend in die Welt.

Der Pater hatte seinen gewohnten Platz am Sofa inne, während die Bergrätin neben ihm auf einem der hohen Polsterstühle saß. Das Wohnzimmer bei Angerers war sehr geräumig und machte unbedingt den Eindruck eines behaglichen Wohlstandes.

Frau Luise Angerer war eine kleine, vergrämt aussehende Frau. Auf dem beinahe schon ganz weißen Haar trug sie ein schwarzes Spitzenhäubchen, das ihrem gelblichen, mageren Gesicht einen noch viel älteren und verhärmteren Ausdruck verlieh. Ueberhaupt kleidete sich die Bergrätin seit dem Tode ihres Mannes stets in Schwarz. Ihre Kinder erinnerten sich nicht, sie je in einer andern Farbe gesehen zu haben.

Mit dem Tode des Gatten hatte Frau Luise auch ihrerseits mit ihrem Leben abgeschlossen. Was sie vom Leben noch zu erhoffen hatte, war das Glück ihrer Kinder. Und diese Kinder eben bildeten ihre größte Sorge.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100711/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Idealismus wird man heute bei ihm vergeblich suchen. Was wunder auch, bei einer solchen Hetz- und Wühltätigkeit gegen die eigenen Klassengenossen.

Um das Ergebnis des Kampfes im Baugewerbe für seine Zwecke ausbeuten zu können, log Kater der Versammlung vor, die Partei- und Gewerkschaftspresse habe von einem „unbeschreiblich großen materiellen und ideellen Siege" geschrieben. Schließlich teilte Kater der Versammlung mit, was er an Stelle der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften bringe. Wörtlich: „Da brauche ich nicht viel Mühe! Was ein Revolutionär, ein freier Sozialist und Kommunist will!" Fertig! Halt! Kater will ja auch Organisationen. In jedem Ort einen Lokalverein für alle Arbeiter, die Lokalvereine sollen föderalistisch verbunden sein, mit einem Informationsausschuß an der Spitze. Und wie arbeitet diese Organisation? Sehr einfach. „Wenn in einem Ort ein Unternehmer seine Arbeiter aussperrt, legen alle Arbeiter des Ortes die Arbeit nieder, dann fallen die Unternehmer um." Na, endlich bringt diese Kateridee den Arbeitern das wirksame Rezept, die Unternehmer unterzukriegen. Und wer wundert sich noch, wenn Kater zum Schluß ausrief: „Wir wollen alles gewinnen und nichts verlieren!" Etwa 120 von den knapp 200 Teilnehmern klatschten Beifall. Dann redeten ungefähr zwölf Katergenossen von Bebels Villa in der Schweiz, von den gutbezahlten Gewerkschaftsbeamten, von der Revolution und vom Genossenschaftswesen, das das einzig wahre Kampfmittel sei, von gebundenen Mandaten zu den Verbandstagen, vom Kapitalismus, vom Kater und von den Lokalorganisationen. Inzwischen liefen etwa 100 Zuhörer davon, so daß der Vorsitzende stöhnend ausrief: „Genossen, wenn wir im revolutionären Klassenkampfe vorwärts wollen, müssen Sie auch einmal eine Stunde länger auf das Mittagessen warten können!" Aber es war kein Halten mehr.

gsch.

Leipzig und Umgebung.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Großen Leipziger Straßenbahn.

Wie das Fahrpersonal bei der Großen Leipziger Straßenbahn entlohnt wird und welche lange Arbeitszeit für den geringen Lohn, trotz des verantwortlichen und anstrengenden Dienstes, geleistet werden muß, haben wir den Lesern schon vor einigen Wochen unterbreitet. Außer dem Fahrpersonal sind in diesem Betriebe noch mehrere Hundert andrer Arbeiter beschäftigt, die ebenfalls unter den Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu leiden haben.

Die G. L. St. beschäftigt ungefähr 100 Mann Streckenarbeiter, denen das Bauen neuer Strecken- sowie die Herstellung sämtlicher Reparaturen auf den Strecken obliegt. Für diese Arbeiterkategorie besteht noch der volle Zehnstundentag. Der Stundenlohn schwankt zwischen 36 und 37 Pfg. und nur einige Arbeiter erhalten einen oder zwei Pfennige pro Stunde mehr. Für die Nachtarbeit, wo mitunter recht viel geleistet werden muß, zahlt die Direktion einen Zuschlag von sage und schreibe zehn Prozent. Sonntagsarbeit und Ueberstunden müssen ohne jeden Zuschlag geleistet werden. Hier kommt noch hinzu, daß ein Teil dieses Personals trotz dieser geringen Löhne in den Wintermonaten noch wochen-, ja monatelang aussetzen muß, so daß diese Arbeiter als Saisonarbeiter betrachtet werden müssen. Bei alldem läßt auch die Behandlung von seiten einiger Vorgesetzten viel zu wünschen übrig.

Als nächste Gruppe kommen die Wagenwäscher, Lampenputzer und Hofarbeiter in Frage. Die Wagenwäscher haben Nachtarbeit von abends 10 bis morgens ½7 Uhr und erhalten Stücklohn. Für jeden Wagen, den sie reinigen und putzen 43 Pfg. und für die großen Salonwagen 75 Pfg. Wer das „Vergnügen" hat, einen solchen Salonwagen zu reinigen, muß eine volle Stunde früher anfangen. Diese Vorschrift ist in allen Bahnhöfen einheitlich, nicht aber die Bezahlung für diese Wagen. Während, wie schon angeführt, in andern Bahnhöfen 75 Pfg. gezahlt werden, wurde dieselbe Arbeit im Bahnhof Reudnitz nur mit 43 Pfg. entschädigt. In der Regel hat jeder Arbeiter in der Nacht sieben Wagen zu reinigen, was den horrenden Lohn von 3 Mk. und 1 Pfg. pro Nachtschicht beträgt. Mit Recht sagte ein solcher Arbeiter: Zum Verhungern zu viel und zum Sattessen zu wenig!

Wie beim Fahrpersonal, so sind auch hier die Verhältnisse von Jahr zu Jahr schlechter anstatt besser geworden. Wurde noch vor zwei Jahren jeder zehnte Tag freigegeben, so erhalten die Arbeiter jetzt erst aller 13 Tage, in einigen Bahnhöfen sogar nur aller 14 Tage einmal frei. Ueberhaupt hängt das Wohl und Wehe dieses Personals nur von dem Wohlwollen und Gutdünken des einzelnen Bahnhofsverwalters ab. Einer von diesen Bahnhofsverwaltern läßt von den Wagenwäschern nach Belieben die Wagenhalle scheuern, eine Arbeit, die drei bis vier Stunden in Anspruch nimmt und nicht einmal bezahlt wird. Auch die Arbeiter müssen daran teilnehmen, die an diesem Tage frei haben. Ein Bahnhofsverwalter bezahlt, wenn ein Wäscher in einer Nacht acht Wagen reinigen mußte, diesen achten Wagen nicht mit der Bemerkung: die Direktion gäbe für das Reinigen des achten Wagens die 43 Pfg. nicht her. Wieder ein andrer Verwalter zwingt das Personal in einer Schicht acht oder sogar neun Wagen zu waschen und zu putzen. Wenn dann die Arbeiter sich mit dieser Mehrarbeit abgequält haben und der Herr Verwalter ausgeschlafen hat, stellt er nach seinem Ermessen fest, daß diese Mehrleistung auf Kosten der Reinlichkeit geschehen ist. Unangebrachte Sparsamkeit in der Lieferung von Putzmaterial üben fast alle Bahnhofsverwalter, so daß die Arbeiter vielfach gezwungen sind, sich solches selbst zu beschaffen. Bei der Herausgabe eines neuen Schwammes oder Leders machen einige von diesen Herren solchen Spektakel, als wenn es ein Rittergut kostete, infolgedessen graut es den Arbeitern, Putzmaterial zu verlangen.

Nun zu dem Beruf der Schienenreiniger. Von diesem Berufe behauptete ein Witzbold, daß dieses der einzige Beruf wäre, in dem ein gutes „Vorwärtskommen" nur noch möglich ist. Zu dieser Gruppe gehören wohl auch noch die Kurvenschmierer, Weichenwärter, Weichensteller, Laternenwärter und wie sie alle genannt werden. Die Armut dieser Leute wird mit den abgetragenen Kleidungsstücken des Fahrpersonals zugedeckt. Die Arbeitszeit für dieses Personal beträgt täglich 10 Stunden. Aller 14 Tage gibt es einen freien Tag. Der Tagelohn beträgt 2.50 bis 3 Mk. Wer 3 Mk. pro Tag erhalten will, muß recht lange Schienenreiniger sein, denn wir haben festgestellt, daß ein Jubilar, der schon über 25 Jahre in diesem Betriebe tätig ist, auch nur 3 Mk. pro Tag erhält. Die Ueberstunden werden bei dieser Gruppe meist noch geringer entschädigt, als die reguläre Arbeitszeit, weil für dieselbe durch die Bank nur 25 Pfg. gezahlt wird. Noch eine ganze Menge von Mißständen und Klagen dieses Personals könnten wir hier anführen, wollen es aber für heute genug sein lassen. Bemerken müssen wir aber noch, daß vom Gesamtpersonal über schlechte Behandlung von seiten ihrer Vorgesetzten geklagt wird. Möchten diese Herren sich doch überlegen, daß auch sie nur Lohnarbeiter und Lohnsklaven des Kapitals sind.

Die Direktion der Großen Leipziger Straßenbahn hat, um der Organisation ihres Personals den Wind aus den Segeln zu nehmen, vom Fahrpersonal einen Arbeitsausschuß bilden lassen, der die Wünsche dieses Personals übermitteln soll. Sie hat aber dabei mit oder ohne Absicht vergessen, auch dem übrigen Personal eine Vertretung in dieser Körperschaft einzuräumen.

Die Erfahrung muß erst lehren, ob diesem Arbeitsausschuß von seiten der Direktion auch die Möglichkeit gegeben wird, die Interessen des Personals wirksam vertreten zu können, oder ob, wie in vielen andern Fällen, diese Körperschaft nur ein Dekorationsstück der Gesellschaft sein soll. Eine scharfe Interessenvertretung des Gesamtpersonals ist aber dringend notwendig, da die Große Leipziger Straßenbahn von allen Straßenbahngesellschaften Deutschlands mit die niedrigsten Lohn- und Arbeitsverhältnisse hat. Eine Gesellschaft wie diese, die ihren Aktionären zehn Prozent Dividende, den Aufsichtsräten und Direktoren hohe Tantieme und Gratifikationen zahlen kann, muß gezwungen werden, auch ihrem Arbeitspersonal ein besseres Dasein zu gewähren.

•

Achtung, Fabrikarbeiter! Die Sperre über die Ziegelei von Däumig u. Co. in Gautzsch ist aufgehoben.

Verband der Fabrikarbeiter.

Deutsches Reich.

An die organisierte Arbeiterschaft!

Sowie es der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands vergönnt war, sich aus eigener Kraft heraus freie Organisationen zu schaffen, so hat es sich der Zentralverband der freien Händler, Hausierer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands, Sitz Essen-Ruhr, zur Aufgabe gemacht, alle Angehörigen dieses Berufes im genannten Verbande zu vereinigen. Derselbe steht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung. Wir wollen nun hierdurch der organisierten Arbeiterschaft unterbreiten, daß es neben unserer Organisation noch andere Verbände und Vereine gibt, deren Charakter mit dem der modernen Arbeiterbewegung nicht in Einklang zu bringen ist, ja ihr sehr häufig im schroffsten Gegensatze gegenübersteht. Diese Vereinigungen resp. die Mitglieder derselben auf unsere Organisation hinzuweisen, muß in Zukunft Pflicht eines jeden Arbeiters sein. Ob es nun ein herumziehender Hausierer, ob Markt- oder Meßreisender, ob Zeitungs- oder Obsthändler, ganz gleich, sie alle gehören hinein in den Zentralverband der freien Händler, Sitz Essen. Da des öfteren Klagen über zu hohen Preis beim Zeitungsverkauf, über zu viel Papier beim Obstverkauf usw. geführt worden sind, so wäre hier eine Handhabe durch unsere Organisation gegeben, diese Mängel zu beseitigen.

Bemerken möchten wir, daß es leider noch in allen Branchengruppen Händler gibt, welche wohl dem Arbeiter gerne ihre Waren verkaufen, von einer Organisation aber, welche der Arbeiterschaft sympathisch gegenübersteht, durchaus nichts wissen wollen. Diesen besonders den Weg zur Organisation zu zeigen, müßte Pflicht eines jeden Arbeiters sein, ebenso wie es im Berufe der Kellner und Friseure der Fall ist. Zu diesem Zwecke werden an unsere Mitglieder Kontrollkarten ausgegeben, welche für dieses Jahr eine gelbe Farbe haben.

Wir bitten auch die Frauen der Arbeiterschaft, diese Zeilen zu beherzigen.

Der Ausschuß des Zentralverbandes der freien Händler, Hausierer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands, Sitz Essen (Ruhr).

J. A.: Karl Brendel, Rixdorf-Berlin, Warthestr. 57.

•

Der Lohnkampf in der Nürnberger Bleistiftindustrie.

Bei der bekannten Weltfirma Faber in Nürnberg haben, wie schon gemeldet, rund 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit eingestellt.

Bemerkenswert ist in erster Linie bei diesem Streik, daß daran rund 650 Arbeiterinnen beteiligt sind. Veranlassung zu dem Kampfe gaben Forderungen, die in sämtlichen Nürnberger Bleistiftfabriken durch den Holzarbeiterverband eingereicht wurden. Ueber die Frage der Arbeitszeit wurde durch Verhandlungen eine Einigung erzielt, es handelt sich gegenwärtig im wesentlichen um Lohnforderungen. In der Nürnberger Bleistiftindustrie einschließlich der nahe gelegenen Orte werden rund 4500 Arbeiter beschäftigt. Die Nürnberger Fabriken haben, weil sie den Weltmarkt auch heute noch fast unbeschränkt beherrschen, auch in der letzten Zeit noch horrende Gewinne abgeworfen. Die Fabrikanten besitzen durchweg Riesenvermögen, die meisten sind durch die Ausbeutung der Arbeiter Millionäre geworden.

Bei der gegenwärtigen Bewegung handelte es sich neben der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse im allgemeinen, im wesentlichen auch darum, möglichst einheitliche Arbeitsbedingungen für alle Fabriken zu schaffen. Die einzelnen Fabrikanten haben das bei früheren Gelegenheiten auch immer verlangt. Bei der gegenwärtigen Bewegung waren es die Inhaber der Fabriken Breitenfelder, Wutzel, Krämer und Kurz, die die allgemeinen, vom Holzarbeiterverband geforderten Bedingungen akzeptierten, aber verlangten, daß diese nun auch in den anderen Fabriken durchgeführt werden. Besonders handelte es sich um die Festlegung von Einstellungslöhnen, und da wurde vom Holzarbeiterverband vorgeschlagen: Als Einstellungs- und Mindestlöhne für Arbeiter über 18 Jahre 20 Mk. pro Woche, von 16—18 Jahren 15 Mk., unter 16 Jahren 12 Mk.; Arbeiterinnen über 18 Jahre 13 Mk., von 16 bis 18 Jahren 10 Mk., unter 16 Jahren 8 Mk. pro Woche. Bei allen in Akkord Beschäftigten nachstehende Garantie- und Grundlöhne: Arbeiter über 18 Jahre 25 Mk., von 16 bis 18 Jahren 18.75 Mk. pro Woche; Arbeiterinnen über 18 Jahren 16.75 Mk. pro Woche, von 16 bis 18 Jahren 12.50 Mk. Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahren werden nicht in Akkord beschäftigt.

Wie schon oben erwähnt, wurden diese Bedingungen von vier Fabrikanten anerkannt. Diese beschäftigten rund 600 Arbeiter. Zwei weitere Firmen erklärten, erhebliche Bedenken gegen die Forderungen nicht zu haben, wünschten aber, daß besonders bei ihrem Hauptkonkurrenten, der Firma Johann Faber, die Bedingungen auch zur Anerkennung gebracht würden. Das wurde von den Vertretern des Holzarbeiterverbandes gern zugesagt. Nicht wenig erstaunt war man daher, als einige Tage später von den Firmen Schwanhäuser, Städtler, Froscheis und Johann Faber ein gemeinschaftlich unterzeichnetes Schriftstück übersandt wurde, in dem die Forderungen als unannehmbar bezeichnet wurden. Eingeleitete Verhandlungen verliefen resultatlos, und war es besonders Herr Direktor Hutzelmeyer von der Firma Faber, der die letzte Verhandlung zum Scheitern brachte. Dort wurde von den Fabrikanten noch zum Ausdruck gebracht, daß, wenn in einer Fabrik die Arbeit eingestellt würde, sofort die Aussperrung aller übrigen Bleistiftarbeiter erfolgt. Am anderen Morgen hatten sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Faber die Arbeit niedergelegt. Darauf haben die übrigen drei Fabrikanten nun ihren Arbeitern mitgeteilt, daß sie ausgesperrt werden. Bis zu dieser Stunde ist das noch nicht geschehen. Bewundernswert ist die Einmütigkeit besonders der Arbeiterinnen, mit der sie dem Rufe zur Arbeitseinstellung Folge geleistet haben. Bemerkt sei noch, daß der Zahlstelle Nürnberg des Holzarbeiterverbandes gegenwärtig rund 1800 Arbeiterinnen angehören.

•

Lohnbewegungen in der Holzindustrie.

Die Lohnbewegungen der Tischler in Crimmitschau, Glauchau, Meerane, Regensburg, Schivelbein, Schönberg i. M. und Kottbus (Firma Mittag) sind erfolgreich beendet. Desgleichen diejenigen der Arbeiter in den Kistenfabriken, in der Mühlenbauanstalt und der photographischen Branche in Dresden.

Eingeleitet haben eine Lohnbewegung, bezw. befinden sich im Streik die Tischler in Arnsdorf i. S., Dessau, Eutin, Gmünd, Goslar (Harzer Kontormöbelfabrik), Lassan i. P., Stolp i. P., Tegernsee, Tuttlingen, Waldenburg und Altwasser in Schlesien, Insel Borkum, Crossen a. E., Mellenbach i. Th. und Waiblingen.

Der Streik der Arbeiter der Waggonfabrik in Halle-Ammendorf und Delmenhorst, der Korbmacher in Dresden (Firma Reimann), Kötzschenbroda und der Arbeiter der Thermometerfabrik Staschen in Mellenbach dauert fort. Zuzug nach allen Orten ist fernzuhalten.

•

Ein Erfolg der Zwickauer Bauarbeiter.

Die Zwickauer Bauarbeiter haben durch ihr wohldiszipliniertes Vorgehen einen schönen Erfolg bei den nachträglichen lokalen Verhandlungen erzielt. Es wurden ihnen noch 2 Pfg. pro Stunde zugebilligt, so daß die Gesamterhöhung 7 statt 5 Pfg. beträgt. Der Stundenlohn für Maurer und Zimmerer stellt sich sonach gegenwärtig auf 45, ab 1. Oktober 1910 auf 46, 1. April 1911 48 Pfg., 1. April 1912 51 Pfg. Für die Bauhilfsarbeiter wurde erstmalig auch ein fester Lohntarif abgeschlossen. Derselbe weist einen Stundenlohn auf von 33—35 Pfg. sofort, ab 1. Oktober 1910 35—36, 1. April 1911 37—38, 1. April 1912 39 bis 41 Pfg.

Ausland.

Von der französischen Eisenbahnerbewegung.

Der Matin erfährt auf Grund von Mitteilungen aus „bester Quelle", daß sich im Laufe des Sonnabend eine gewisse Besserung in der Gesamtlage zwischen den Eisenbahngesellschaften und ihrem Personal bemerkbar machte. Den Eisenbahngesellschaften scheint es nunmehr klar geworden zu sein, daß es für sie nicht ratsam sei, sich noch länger den gerechten Forderungen ihres Personals gegenüber zu sträuben. Sie haben infolgedessen am Sonnabend an die Delegierten des Personals die Aufforderung gerichtet, zwecks Unterhandlung eine Versammlung einberufen zu wollen. Am Sonntag hat die Versammlung zwischen dem Personal und den Eisenbahngesellschaften stattgefunden. Von den Eisenbahngesellschaften waren hauptsächlich vertreten die Nord-, die Ost- und die Orleans-Bahngesellschaft. Was die Nordbahngesellschaft betrifft, so hat der Verwaltungsrat beschlossen, die kleinen Gehälter zu erhöhen. Von dieser getroffenen Maßnahme werden 50 Prozent des gesamten Personals dieser Gesellschaft berührt. Die Ostbahngesellschaft hat beschlossen, die Lage der Heizer, die bei dieser Gesellschaft besonders trostlos ist, zu verbessern. Die Orleans-Bahngesellschaft prüft augenblicklich einen Vorschlag ihres Personals, die Gehälter eines Teils des Personals aufzubessern. Man hegt die Hoffnung, daß noch in letzter Stunde ein Streik verhütet werden wird.

•

Vom russischen Fabrikproletariat.

Ueber die Lage der Fabrikarbeiter in Rußland enthält der unlängst erschienene Bericht der russischen Fabrikinspektoren für das Jahr 1908 interessante Angaben. Das Jahr 1908 war ein Krisenjahr. Schon infolgedessen verschlechterte sich die Lage der Arbeiter bedeutend. Hinzu kamen noch fortwährende Repressalien seitens der Behörden gegenüber den noch bestehenden Gewerkschaften. Dies alles nutzten die Unternehmer aus. Sie reduzierten die Löhne, verlängerten die tägliche Arbeitszeit usw., so daß in vielen Fabriken die Arbeitsbedingungen, wie sie vor dem Revolutionsjahr bestanden, wiederhergestellt wurden. Die mißliche Lage der Industrie äußerte sich darin, daß in den Fabriken viel mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet wurde. In Tula verminderte sich die Zahl der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter von 7100 im Jahre 1905 auf 100 im Jahre 1908. Die Arbeit der erwachsenen männlichen Arbeiter wird in immer größerem Umfange durch Frauen- und Kinderarbeit ersetzt. Im Gouvernement Wladimir wuchs z. B. die Zahl der jugendlichen Arbeiter um 4 Proz., was um so auffallender ist, da gleichzeitig die Gesamtarbeiterzahl nicht mal um 1 Proz. gestiegen ist, und im Vorjahre der Zuwachs der jugendlichen Arbeiter schon 3 Proz. betragen hat. Der Bericht macht darauf aufmerksam, daß die neunstündige Arbeitszeit die Kinder zu sehr erschöpfe und ihnen keine Möglichkeit gebe, an dem Schulunterricht mit Nutzen teilzunehmen. Das System der Geldstrafen, von dem die Unternehmer 1905 und 1906 Abstand nehmen mußten, greift wieder Platz. Die Arbeiterschutzbestimmungen werden von den Unternehmern weniger beachtet. Die Zahl der Ueberschreitungen ist um 15 Proz. gestiegen.

Von Nah und Fern.

Mord an einer Prostituierten.

Berlin, 11. Juli. Gestern nachmittag wurde die aus Dänemark stammende Prostituierte Nielsen in einem Hause der Elsasser Straße erschossen aufgefunden. Der Tat verdächtig ist ihr Bräutigam, der aus Warschau gebürtige Einbrecher Olstynsk, der das Mädchen schon oft aus Eifersucht mißhandelt hat. Olstynsk ist entflohen.

Das Lawinenunglück

Wie nunmehr feststeht, sind bei dem Lawinenunglück auf dem Kleinen Scheidegg sieben Personen umgekommen, und zwar außer den beiden deutschen Touristen Kühn und Barthold der Führer Alexander Burgener und dessen Sohn aus Saas im Kanton Wallis, die Grindelwaldner Führer Christian Bohren und Rudolf und Peter Inebnit. Die schwerverletzten Führer Fritz Brawand und Adolf Burgener wurden ins Spital nach Interlaken gebracht; sie dürften mit dem Leben davonkommen. Von den vier Proviantträgern ist einer erheblich verletzt, zwei sind die Söhne des tödlich verunglückten Bohren. Das Unglück ereignete sich gegen 6 Uhr abends etwa 100 Meter unter der Berglihütte.

Sonnabend früh ist eine Kolonne von 30 Grindelwaldner Führern nach der Station Eismeer zur Bergung der Leichen abgegangen.

Die Cholera in Rußland.

Petersburg, 9. Juli. Die Gouvernements Jekaterinoslaw, Cherson, Poltawa, der Ismailbezirk und das Ostrogoshsgebiet sind für choleragefährlich, die Gouvernements Bessarabien, Astrachan, Simbirsk, Rjasan und die Stadt Tiflis für cholerabedroht erklärt worden.

Ein mißglückter Fluchtversuch Hofrichters.

Wien, 11. Juli. Ein mißglückter Fluchtversuch Hofrichters, den er gleich nach seiner Verurteilung unternommen hat, wird erst jetzt bekannt. Hofrichter hat den Fluchtversuch, der sofort entdeckt wurde, unmittelbar nach seiner Einlieferung in die Strafanstalt Möllersdorf vorbereitet. Er steht jetzt unter starker Bewachung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stockheim (Oberfranken), 11. Juli. Auf dem Maxschacht verunglückten gestern früh drei Bergleute bei der Ausfahrt aus dem Schacht infolge zu raschen Anfahrens. Der Bergmann Kopp aus Haig wurde aus dem Korb geschleudert und versank in einem 60 Meter tiefer liegenden Sumpf. Dem Bergmann Weber aus Haig wurden beide Arme gebrochen, während der dritte Bergmann nur leichtere Verletzungen davontrug.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Hermann Müller in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Piller in Borsdorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100711/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Geschäftsstelle: Volkshaus, Zeitzer Str. 32, Portal rechts, 1. Etage. Fernsprecher 14610.

Sozialdemokratischer Verein
für den 13. sächs. Reichstagswahlkreis

Bureauzeit: Wochentags von 12 bis 1 Uhr und 5 bis 8 Uhr, Sonnabends von 9 bis 4 Uhr.

Donnerstag, den 14. Juli, abends 1/2 9 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Volkshaus (Grosser Saal).

Tagesordnung:

1. **Die bevorstehende Landeskonferenz in Leipzig.** Referent: Genosse **K. Ryssel.**
2. **Der diesjährige Parteitag in Magdeburg und der internationale Kongreß in Kopenhagen.** Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse **F. Geyer.**
3. **Wahl der Delegierten.**

Zahlreichen Besuch dieser wichtigen Versammlung erwartet

*18373] **Der Hauptvorstand.** J. Scheib, Vorsitzender.

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Allgem. Arbeiter-Bildungs-Institut
für Leipzig.

Unterrichtskurse.

Die **neuen Unterrichtskurse** in

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

beginnen **Anfang Oktober 1910** und dauern bis **Ende Mai 1911.**

Der **Unterricht** wird wöchentlich in **3 1/2** Stunden erteilt (Mittwochs abends 1 1/2 und Sonntags vormittags 2 Stunden).

Die Teilnehmer daran müssen sich verpflichten, sich während dieser Zeit ausschliesslich dem Unterricht zu widmen, d. h. nebenbei keine zeitraubenden Posten und Aemter anzunehmen.

Als Entschuldigung für das Fernbleiben vom Unterricht gelten nur Krankheitsfälle oder wichtige Familienangelegenheiten.

Mehrfach unentschuldigt fehlende Schüler werden vom Unterricht ausgeschlossen.

Die Meldungen sind bis spätestens

1. August

an **G. Hennig, Leipzig-Lindenau,** Leutzscher Strasse 69, III. zu richten.

Jeder Gesuchsteller hat seine selbst verfasste und geschriebene Bewerbung von der politischen **und** gewerkschaftlichen Organisation beglaubigen zu lassen. Bewerbungsschreiben ohne solche Beglaubigung scheiden von vornherein aus.

Die Auswahl unter den Gesuchstellern treffen die Partei- und Gewerkschaftsleitungen und der Bildungsausschuss gemeinsam.

18332]* **Der Bildungsausschuss.**

Reparaturen an Uhren jed. Art, nur streng solide Ausführ. u. unter Garantie bei

Gustav Kaniss
Uhrmacher, Tauchaer Str. 6.

Wie neu

werden Damen- u. Herrengarderobe durch chemische Reinigung bei

Otto Beck
Leipzig, Lange Strasse 18
Reudnitz, Bergstrasse 3
bei den Drei Lilien gegenüber
Th., Reitzenhain. Str. 57.
Reparaturen billigst!
Lieferzeit 2—3 Tage.

Quittungsmarken Rabattmarken Kautschukstempel, sowie alle **Druckarbeiten** in Buch- u. Steindruck liefert sauber u. preiswert **Konrad Müller Schkeuditz-Leipzig**
Illustrierte Preislisten gratis.

Metallarbeiter-Verband.

Geschäftsstelle **Volkshaus** Zeitzer Str. 32 Portal rechts, I.

Bureauzeit: vorm. 8—9 Uhr, mitt. 12—1, abds. 5—8 Uhr. Telephon 3784.

Mittwoch, den 13. Juli, abends 1/4 9 Uhr

General-Versammlung

im Volkshaus, Zeitzer Strasse.

Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Anstellung eines Verbandsbeamten. 3. Anstellung von 2 Hauskassierern. 4. Regelung des Anstellungsverhältnisses der Hauskassierer. 5. Bericht der Ortsverwaltung. [13330*

Mechaniker, Elektromonteure und verw. Berufe.

Sonnabend, den 16. Juli, abends 1/2 9 Uhr, **Oeffentliche Versammlung** im **Volkshaus.** Tagesordnung: 1. **Das neue Elektrizitätswerk.** Referent: Stadtverordneter **August Lüttich,** Leipzig. 2. Verschiedenes. [13347

Buchbinder.

Dienstag, den 12. Juli, abends 7 Uhr

Mitgliederversammlung

im grossen Saale des Pantheons.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Differenzen bei Frankenstein.
2. Die bevorstehende Urabstimmung über die Invalidenkasse.
3. Wahl der Gehilfenmitglieder zum Tarifamt.
4. Gewerkschaftliches. [13361

Zahlreichem Erscheinen sieht entgegen **Der Bevollmächtigte.**

Turnverein L.-Süd. E. V.

Sonnabend, den 23. Juli, abends 1/2 9 Uhr [13350

Generalversammlung in der Turnhalle.

Tagesordnung: 1. Halbjahrsbericht. 2. Aenderung des Sparkassenstatuts. 3. Anträge. 4. Vereinsangelegenheiten.

Anträge sind bis 16. d. M. schriftlich beim Turnrat einzureichen.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. D. T.

Leipz. Verein d. Kinderfreunde (Kinderschutz) e. V.

Geschäftsstelle: **Hainstrasse 2, II.**

geöffnet von 9—1 und 3—6 Uhr, nimmt Meldungen von **Kinderelend** und **Mißhandlungen** entgegen. [2518*

Güldne Aue, Sellerhausen

Heute Montag abends 8 Uhr: **Großes Familien-Frei-Konzert.**

Bestgepflegte Getränke. Vorzügliche Küche. — Hermann Nacke. [*

Bad Kösen

Gasthaus zur Tanne gegenüber dem Bahnhof.

Beliebtestes Aufenthaltslokal aller Leipziger!

Vorzügl. Speisen u. Getränke zu zivilen Preisen. Chr. Koch.*

Zur Quetsche Frankfurter Str. 27.

Empfehle meine freundl. Lokalitäten mit Gesellschaftszimmer. Kräftiger Mittagstisch. Gutgepflegte Biere.

* Hochachtungsvoll Franz Geiseler.

Geschäfts-Veränderung.

Meiner werten Kundschaft zur gefälligen Kenntnisnahme, dass ich mein

Kolonialwaren-Geschäft

von Wigandstrasse 15 nach

Ecke Wigand- u. Giesserstrasse

verlege und am **12. Juli** eröffne.

Für das mir bisher von meinen werten Kunden bewiesene Wohlwollen und Vertrauen bestens dankend, bitte ich, dasselbe mir auch in meinem neuen Heim zu bewahren und zeichne

Hochachtungsvoll

18358] **Gustav Ullrich.**

60000 Exemplare

in drei Monaten

wurden verkauft von

August Bebel. Aus meinem Leben.

Das Buch sei jedem Genossen auf das eifrigste empfohlen.

Gebunden **2.00** Mk. Broschiert **1.50** Mk.

Ferner erscheint eine

Heft-Ausgabe in 14 Heften à 10 Pfg.

Bestellungen nehmen an:

Leipziger Buchdruckerei A.-G., Abt. Buchhandlung

sowie **sämtliche Filialen** und die **Austräger** der Volkszeitung.

Eigelb-Margarine

Marke **Frischer Mohr,** mit Eigelb und Süßrahm hergestellt, bräunt, duftet und schmeckt beim Braten genau wie feinste Butter und gibt beim Essen auf Brot den gleichen Wohlgeschmack wie feinste Molkereibutter. In Postkolli à 9/1 Pfund

pro Pfund 67 Pfennig

franko jeden Postort Deutschlands. Nichtgefallendes nehmen unfrankiert zurück. [13363

Altonaer Margarine-Werke Mohr & Co., G. m. b. H., Altona-Ottensen.

Sozialistische Neudrucke

Garantien der Harmonie und Freiheit
von Wilhelm Weitling.
Broschiert Mk. 2.50, gebunden Mk. 3.—.

Gesammelte Schriften v. Wilhelm Wolff
Nebst einer Biographie Wolffs
:: von Friedrich Engels ::
Broschiert Mk. 1.50, gebunden Mk. 2.—.

Der deutsche Bauernkrieg
von Friedrich Engels.
Broschiert Mk. 1.50, gebunden Mk. 2.—.

Diese 3 Werke sind historische Dokumente von hohem literarischen Wert und bilden wertvolle :: :: Stücke jeder Arbeiterbibliothek. :: ::

Zu beziehen durch alle Filialen und Filialgeschäfte der **Leipziger Volksbuchhandlung in Leipzig,** Tauchaer Strasse 19/21 und durch die Austräger der Volkszeitung.

Qualitätsraucher finden in **jeder Preislage** eine anerkannt **tadellose** Zigarre bei **E. Volkmann,** Wurzner Straße 75.

Zigarren, Zigaretten und **Tabak** empfiehlt **Friedrich Schmidt Wahren,** Hallesche Str. 56.*

Kavalier

ist die beste Lederputzcrême der Welt. Überall erhältlich

Fabrik Union Augsburg.

Familienanzeigen.

Unserm lieben langjährigen Mitglied, dem Parteigenossen

August Baumann und Frau

die **herzlichsten Glückwünsche** zur **Silber-Hochzeit** am heutigen Tage. [13375

Böhlitz-Ehrenberg, den 11. Juli 1910.

Seine treuen Freunde im Ortsverein.

Dank.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Ableben meines guten Mannes, unseres treusorgenden Vaters, Schwiegervaters, Bruders, Schwagers und Großvaters

Friedrich Wilhelm Rauchfuss

sagen wir allen Freunden und Bekannten für den zahlreichen Blumenschmuck und die liebevollen Spenden unseren herzlichsten Dank.

L.-Eutritzsch, den 9. Juli 1910. [13359

Die trauernden Hinterbliebenen.

Schnell und unerwartet verschied unsere liebe Mutter

Friederike verw. Böhme geb. Klepzig

im 71. Lebensjahre. Dies zeigen hierdurch an [13352

L.-Reudnitz, den 10. Juli 1910

Familien Böhme.

Beerdigung Mittwoch, den 13. Juli, früh 1/2 10 Uhr.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100711/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Politische Uebersicht.

Glühstrumpfgeschichten.

Aus Paris wird uns geschrieben: Die Räuberromantik der kapitalistischen Börse bleibt der Indianerromantik der Lederstrumpferzählungen, die noch heute unsere Jugend in fiebernder Spannung hält, nichts schuldig. Vor unseren Augen wird ein neues Blatt des geheimnisvollen Buchs, das den Titel Affäre Rochelle führt, aufgeschlagen und seltsame Verwicklungen und Zusammenhänge werden offenbar. Diese Geschichte spielt in der Welt der großen Haifische des Kapitalismus, dort, wo die landläufigen spießbürgerlichen Moralwerte vom Kurszettel gestrichen sind und wo nur das beschränkte Kleinbürgergemüt sich verleiten läßt, die Besiegten des rücksichtslosesten Kampfes als Märtyrer anzusehen. Ein Märtyrer war der Spekulant Rochelle wahrhaftig nicht, der es in kurzer Zeit vom Kellnerjungen zum kühnsten Gründer der Pariser Börse gebracht hatte, der Banken und Fabriken dutzendweise ins Leben rief und den großen und kleinen Profitverehrern hunderte Millionen aus den Taschen locken konnte, bis dann vor zwei Jahren eines Tages der Blitz der Verhaftung in den Tempel fuhr und das ganze prächtige Gebäude in Rauch aufgehen ließ. Ein Märtyrer nicht — wie einige interessierte Verteidiger glauben machen möchten — aber auch kein schlimmerer Verbrecher als andere, glücklichere Kollegen, die den an der Zuchthausmauer beschmutzten Aermel schön säuberlich abgeputzt haben, sondern ein im wilden Handgemenge Niedergestreckter, der allerdings eine Menge anderer Leute in seinen Fall verstricken mußte. Wenn nun seine Affäre wieder Aktualität bekommt, so liegt dies an Enthüllungen, die die Beziehungen zwischen den Organen des bürgerlichen Staats und den Kapitalistengruppen in scharfer Beleuchtung zeigen. Die Tatsachen selbst mögen nicht besonders erstaunlich sein. Daß regierende Monarchen und Minister dem Wort: Wissen ist Macht, an der Börse eine neue Bedeutung abgewonnen haben, ist männiglich bekannt. Aber der neue Pariser Skandal bietet einige interessante Einblicke in die mechanischen Details des kapitalistischen Bereicherungsapparats.

Es war schon früher bekannt, daß dem Untergang Rochelles ein Versuch vorangegangen war, den Kurs der Aktien des Petit Journal herunterzutreiben und dann durch Aufkäufe diese Zeitung in die Hände Rochelles zu bringen, der für seine zahllosen Unternehmungen ein Reklameorgan wie dieses typische Pariser Hausmeisterblatt brauchte. Der Direktor des Petit Journal, der damalige Senator Prevet, der auch mit den großen Eisenindustriellen des Hüttenkomitees versippt ist und in jenem Augenblick als Berichterstatter über die Verstaatlichung der Westbahn auch eine für die Regierung wichtige Persönlichkeit war, war begreiflicherweise bestrebt, den Plan Rochelles zu hintertreiben. Auf welche Weise er dabei vorging und welche Helfer er auf seiner Seite hatte, hat ein seither gleichfalls verkrachter Bankier namens Gaudrion in einem Brief an den Justizminister und in einer Aussage vor Gericht erzählt. Im März 1908 trat ein Agent, der Gaudrion im Besitz Rochellescher Papiere wußte, an ihn mit dem Vorschlag heran, ihn mit Prevet bekanntzumachen. Prevet forderte Gaudrion auf, gegen Rochelle eine Strafanzeige wegen Betrugs und Uebertretung der für Aktiengesellschaften bestehenden Vorschriften zu erstatten. Gaudrion wollte seinen Namen dazu nicht hergeben, aber er stellte einen Strohmann namens Pichereau, dem er die entsprechenden Aktien übertrug. Bei der entscheidenden Zusammenkunft am 21. März 1908, die in Gaudrions Bureau stattfand, erschien Prevet nicht allein, sondern begleitet von Herrn Yves Durand, Kabinettschef des Polizeipräfekten, der Gaudrion sagte: „Wir suchen schon seit langem Rochelle zu verhaften, wir haben aber keine genügenden Beweise.“ Auch die Klage Pichereaus genügte ihm noch nicht, da er sie auf alle Geschäfte Rochelles ausgedehnt haben wollte, und er legte Pichereau nahe, sich eine Aktie der Glühstrumpffabrik Hella zu verschaffen. Gaudrion konnte sie sofort bereitstellen und Durand führte Pichereau flugs zum Untersuchungsrichter Berr, der ihn wieder zum Staatsanwalt schickte, von dem er mit den Worten empfangen wurde: „Sie sind der Mann von der Präfektur?“ Zwei Tage darauf, am Montag morgen, wurde Rochelle verhaftet, worauf natürlich ein rapider Kurssturz aller seiner Papiere folgte. Aber in den letzten Tagen vor dieser, von der Polizei vorbereiteten Verhaftung, haben riesige Verkäufe dieser Papiere stattgefunden. Gaudrion selbst hat am 21. März 4924 verschiedene Aktien um 1132165 Frank verkauft. Sein Gewinn am 23. war ganz ungeheuer. Merkwürdigerweise hat der Sachverständige Dufour, der bei der Syndikatskammer der Coulissiers die Untersuchung führte, diese plötzlich eingestellt. Warum wohl? War er dabei auf Namen gestoßen, die ihm die Diskretion ratsam machten? Einige Bankhäuser, die unter den großen Verkäufern genannt werden, sollen hohe Polizeifunktionäre als Klienten haben ... Wie ist anderseits die Kooperation des Herrn Durand mit Prevet zu erklären, das Bestreben dieses Herrn, eine Prevet unangenehme Geschäftsaffäre mit der Verhaftung Rochelles zu erledigen und dazu die nötige Strafanzeige zu bestellen? Man sieht, da gibt's noch allerhand aufzuklären und Briand hat einigermaßen übertrieben, als er am 26. März 1908 einem Interpellanten in der Kammer antwortete, der Untersuchungsrichter habe in voller Freiheit und Unabhängigkeit gehandelt. Ob es gelingen wird, es bei dieser Antwort und bei der Verschanzung der Polizisten hinter das Amtsgeheimnis bewenden zu lassen, ist immerhin fraglich, zumal da der Verteidiger Rochelles, dessen Antrag, die bisherige Untersuchung für nichtig zu erklären, abgelehnt worden war, zum Protest die Verteidigung niedergelegt hat.

Deutsches Reich.

Das erbprinzliche Zwischenspiel.

Auf den unglücklichen Erbprinzen zu Hohenlohe, der das Ausstrecken der Fühlhörner zwischen dem schwarzblauen Block und den Nationalliberalen so gänzlich verschlafen hat, ergießen sich nun von allen Seiten Schalen des Aergers über die täppische Art, wie er das im Werke befindliche bürgerliche Kartell stört.

Voran natürlich die konservative und Zentrumspresse, die alles Interesse daran hat, ihre Herrschaft mit einem liberalen Mantel zu verhüllen.

Die Kreuzzeitung kennzeichnet das „Manifest“ des Prinzen als „Schnee vom vorigen Jahr“ und meint ironisch, „es liege die Vermutung nahe, daß der Prinz in den letzten Wochen von den innerpolitischen Krisen keine Kenntnis genommen hat“. In ihrer Sonntagsnummer schlägt sie die lieblichsten Locktöne an, um den Nationalliberalen die Uebernahme des von Hohenlohe aufgegebenen Postens zu erleichtern. Sie lockt:

> Es wird sich nun fragen, ob nach diesem demonstrativen Rücktritte des Vertreters der Reichspartei auf nationalliberaler Seite wieder mit der Möglichkeit gerechnet wird, den dieser Partei zukommenden Platz im Reichstagspräsidium einzunehmen. Stichhaltige Gründe gegen eine solche Zurücknahme übereilter und ab irato gefaßter Beschlüsse könnten sie nicht vorbringen. Denn wie sie auf der einen Seite nicht mehr an der Fiktion festhalten können, daß im Reichstage ein Block zur Ausschaltung des Liberalismus bestehe, so haben sie selber anderseits ein Abkommen mit der Fortschrittlichen Volkspartei offiziell in Abrede gestellt und beweisen wieder durch die Tat, daß ihnen die Bekämpfung der Demokratie in den meisten Wahlkreisen und auch im Parlament bei wirtschaftlichen und sozialen Gesetzesvorlagen ernstlich am Herzen liegt. Es wäre also an der Zeit, daß sie den Tatbestand einer vollkommenen Unabhängigkeit ihrer Partei auch nach links hin durch den Eintritt in das Reichstagspräsidium dokumentierten.

Die Freikonservativen, deren Hospitant der Prinz ist, rücken energisch von dem Schreckenskind ab, das ihre Kreise so unzeitig störte. Oktavio von Zedlitz „fürchtet“, daß der Rücktritt Hohenlohes den Riß noch vertiefen wird, den er seinerzeit durch die Uebernahme der Vizepräsidentschaft gerade zu mildern gewünscht hatte“.

Daß tatsächlich der liberale Abmarsch nach rechts durch das komische Intermezzo unterbrochen wird, davon kann natürlich keine Rede sein. Nur wird für einen kurzen Moment der Ton der Posaunenbläser, die an der Spitze der liberalen Heersäule marschieren, etwas herabgestimmt, der Abmarsch geht aber ruhig weiter. Das erhellt klar aus der folgenden Kundgebung der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, des Organs der rechtsnationalliberalen Scharfmacher:

> Ist das Verhalten des Erbprinzen nach verschiedensten Richtungen verständlich, und mehr als das, charaktervoll, so ist es eine andre Frage, ob der Rücktritt gerade in diesem Augenblick, in dem so vieles im Werden ist, in dem man nirgends klar sieht, für die Parteientwicklung nützlich ist. Wir sind ganz gewiß für Klarheit und für die Zerstörung von Fiktionen. Immerhin scheinen uns die Ergebnisse der jüngsten Reichstagswahlen trotz des unerquicklichen und verbitternden Parteigezänks, das sich an sie anschließend zwischen den bürgerlichen Parteien neuerdings erhob, ein Verständnis für die gemeinbürgerliche Solidarität, für die sozialdemokratische Gefahr bis weiter nach links wachgerufen zu haben, als man zunächst anzunehmen geneigt wäre.

Das Blatt befürwortet schon das Einrücken eines Nationalliberalen an die von Hohenlohe verlassene Vizepräsidentenstelle und sucht etwaige zarte Bedenken des linken Flügels abzuwehren. Es haben, wie das Scharfmacherblatt meldet, schon Besprechungen stattgefunden, ob die Nationalliberalen im Herbst wieder Herrn Paasche als Kandidaten vorschieben sollen. Das Blatt fährt dann fort:

> Man befürchtet nicht mit Unrecht, daß diese Frage zwei ganz verschiedenen Antworten von rechts und links begegnen wird, denn **die Nationalliberalen der Rechten würden es sehr gerne sehen, wenn durch die Besetzung des zweiten Vizepräsidentenpostens aus ihrer Mitte der Kontakt mit den Konservativen im gewissen Sinne wiederhergestellt würde**, während die Linke, die um Bassermann geschart ist, hiervon nichts wissen will. Man sträubt sich dagegen, einen Nationalliberalen dem Herrn Spahn beizustellen und dadurch für die nächsten Wahlen ein „böses Odium“ auf sich laden. So wird voraussichtlich innerhalb der nationalliberalen Partei eine heftige Fehde in dieser Frage entstehen, falls es der **gemäßigten rechten Seite nicht gelingt, die Geister zu sammeln, ehe ein tiefer Riß entsteht.**

Die Nationalliberale Korrespondenz setzt noch eine tiefere Trauermiene auf, um dann Bethmann-Hollweg aufzufordern, den „wirklich großen Staatsmann“ zu spielen, der die „positiv schaffenden Kräfte“ zusammenfaßt. Der verstärkte Verzweiflungsschrei nach bürgerlicher Sammelpolitik schließt folgendermaßen:

> Einer energischen und zielbewußten Regierung, die von ihrer Autorität den rechten Gebrauch macht, die diese Autorität einsetzt, nicht zur Konservierung unhaltbar gewordener Zustände, sondern zugunsten einer gesunden Fortentwicklung des Staatsgedankens, einer solchen Regierung wird unser Volk gern Vertrauen entgegenbringen, und die ihrer Verantwortlichkeit bewußten Parteien werden sich der Mitarbeit an einer solchen Gesundung unsres politischen Lebens nicht entziehen können.

Es ist der Vormarsch der Sozialdemokratie, der die Reihen des Bürgertums trotz aller Zwischenfälle immer dichter schließt, der es nach einer „energischen und zielbewußten“ Regierung flehen läßt.

Wenn etwas an dem komischen erbprinzlichen Zwischenspiel bemerkenswert ist, so die Beleuchtung der unaufhaltsamen Schnelle und Energie, mit der die bürgerlichen Reihen den Abmarsch ins konservativ-klerikale Lager vollziehen.

Ministerielle Solidarität mit dem Polizeisäbel.

Es gibt noch Leute, die volles Verständnis besitzen für den schweren Beruf des säbelschwingenden und revolverknallenden „Schutzmannes“. Kürzlich mußte es die Braunschweiger Polizei über sich ergehen lassen, daß sie in mehreren gegen unsere Genossen angestrengten Prozessen bös bloßgestellt wurde, wobei ihr als einziger Trost blieb, daß ihr unerhört brutales Vorgehen gegen friedliche und wehrlose Wahlrechtsdemonstrationen offenbar auf volle Billigung bei den höchsten Stellen der Regierung des verwaisten Welfenländchens stieß. Diese Billigung ist ihr jetzt noch ausdrücklich durch den folgenden Erlaß des braunschweigischen Staatsministeriums an die Polizeidirektion der Hauptstadt bescheinigt worden:

> Auf Grund unserer aus den gerichtlichen Verhandlungen wegen der Vorgänge vom 26. Januar d. J. und aus eigenen Ermittelungen geschöpften Ueberzeugung sprechen wir dem Exekutivkorps der Herzoglichen Polizeidirektion die vollste Anerkennung für die entschlossene und besonnene, in den durch Gesetz und Anweisung gezogenen Grenzen sich haltende Pflichterfüllung aus, welche es an jenem Tage gegenüber dem beklagenswerten, die öffentliche Ordnung gröblich verletzenden und die öffentliche Sicherheit schwer gefährdenden Verhalten einer gewissenlos aufgehetzten Menschenmenge bewiesen hat. Wir haben zu dieser Anerkennung um so mehr Anlaß, als das Exekutivkorps verwerflichen Schmähungen und tätlichen Angriffen begegnete. Wir geben der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck, daß das Exekutivkorps bei gleichen Vorgängen auch in gleicher Weise die ernsten Pflichten seines Amtes erfüllen werde. Dem Exekutivkorps ist diese Verfügung zu eröffnen.
>
> gez. v. Otto, Hartwieg, Wolff.

In den erwähnten Gerichtsverhandlungen ist durch einwandfreie Zeugen das gerade Gegenteil von dem bewiesen worden, was hier von den braunschweigischen Ministern frank und frei behauptet wird. Es kann aber nach dieser ausdrücklichen Belobigung nicht bezweifelt werden, daß die Braunschweiger Polizisten bei künftigen Wahlrechtsdemonstrationen mit noch größerer „Entschlossenheit“ und „Besonnenheit“ die „ernsten Pflichten ihres Amtes“ erfüllen, das heißt wehrlose Menschen mißhandeln und zu Krüppeln schlagen.

Reichsversicherungsordnung.

Zum § 445, der die Arbeiter der gewerblichen Nebenbetriebe der Landwirtschaft in die Landkrankenkasse verweist, wollen unsre Genossen die gewerblichen Arbeiter in jedem Fall zur Ortskrankenkasse gewerblicher Arbeiter einbeziehen, da die Leistungen der Landkrankenkasse sehr niedrig sein dürften. Der Antrag wird gegen die Stimmen unsrer Genossen abgelehnt. Der § 446 gibt der obersten Verwaltungsbehörde das Recht, die Handwerker auf dem Lande unter die gleich ungünstigen Bestimmungen der Landarbeiter, d. h. die niedrigen Leistungen der Kasse, zu stellen. Hiergegen wenden sich unsre Genossen, die diese Zurücksetzung der Handwerker auf dem Lande für ein schweres Unrecht halten. — Der Paragraph wird aber trotz dieser Einwände mit Hilfe der Konservativen und Nationalliberalen und des Zentrums angenommen. — Bei dem nächsten Paragraphen versuchen die Konservativen, wieder ihren schon einmal abgelehnten Antrag, den landwirtschaftlichen Arbeiter von der Versicherungspflicht zu befreien, wenn der Landwirt aus eigenen Mitteln die Krankenunterstützung übernimmt, durchzubringen. Die Konservativen hoffen damit die Leistungen für den Landwirt herabzusetzen, da ja in diesen Fällen der Landwirt einen großen Einfluß auf die Gewährung der ganzen Krankenhilfe ausüben kann und auf das niedrigste Maß bemessen wird. — Eine ungünstige Stellung zu den Ansprüchen wird dem Landarbeiter im § 448 auferlegt. Es soll der Landarbeiter, wenn er mit seinem Dienstherrn den Vertrag auf ein Jahr abgeschlossen hat und Naturalleistungen in Höhe des Krankengeldes erhält, ein Krankengeld nicht bekommen und dementsprechend der Beitrag niedriger für diese Arbeiter gestellt werden. Von unsern Genossen wird diese Bestimmung bekämpft mit dem Hinweis, daß das Krankengeld in der Regel sehr niedrig ist, so daß diese Zubußen für die bessere Pflege während der Krankheit notwendig sind. Der Paragraph wurde gegen die Stimmen unsrer Genossen und der Volkspartei angenommen.

Hinzugefügt wurde ein Antrag der Konservativen, daß nach Ablauf des Vertrages der Arbeiter im Falle der Krankheit von der Krankenkasse das Krankengeld ausbezahlt erhält.

Nach § 451 soll der Landarbeiter kein Krankengeld erhalten, wenn er eine Unfall- oder Invalidenrente bezieht, die den 150fachen Betrag des täglichen Krankengeldes erreicht. Die Folge dieser Bestimmung würde sein, wie unsre Genossen darlegen, daß jemand, der eine Invalidenrente von 90 Mark jährlich erhält, für den Fall der Krankheit kein Krankengeld beanspruchen kann. Die Landarbeiter werden hier in unerhörter Weise zurückgesetzt und geradezu eine Begünstigung der Landflucht herbeigeführt. Unsre Genossen beantragen deshalb, event. den 300fachen Betrag des Krankengeldes als Maßstab der Rente zu nehmen und dann das halbe Krankengeld zu gewähren. Der erste Teil unsres Antrages wurde angenommen, dagegen die Gewährung des halben Krankengeldes mit Hilfe des Zentrums, der Konservativen und Nationalliberalen abgelehnt.

Eine für die Landarbeiter noch gefährlichere Bestimmung enthält der § 452, der der Kasse das Recht gibt, vom 1. Oktober bis 31. März das Krankengeld auf die Hälfte zu kürzen. Die Vorlage befürchtet, daß die Landarbeiter durch Simulation im Winter die Kasse zu sehr in Anspruch nehmen, da es im Winter an Arbeitsgelegenheit fehlt. Unsre Genossen wiesen nach, daß diese Voraussetzung der minderen Arbeitsgelegenheit nicht immer zutrifft. Da, wo Waldarbeit im Winter vorhanden ist, gehen die Landarbeiter dieser Beschäftigung nach. Ganz abgesehen davon, daß die Kürzung des Krankengeldes eine jener Rücksichtslosigkeiten bedeutet, wie sie so vielfach gegen die Landarbeiter verübt werden. Schließlich sprach sich sogar ein Redner der Konservativen gegen die Vorlage aus, und die Regierung selbst legte keinen großen Wert mehr auf die Bestimmung. Nur Herr Neuner (nat.-lib.) möchte den Paragraphen gern beibehalten. Der Paragraph wurde mit großer Majorität abgelehnt, dafür stimmen nur die Konservativen Graf Westarp und Arnstadt.

Nächste Sitzung am Montag.

Aus der Justizkommission.

Unsre Genossen stellten den Antrag, folgenden § 354 a zu schaffen:

> Das Verfahren wird ferner wieder aufgenommen, wenn bei dem Urteil ein Richter oder ein Geschworener mitgewirkt hat, welcher später in Geisteskrankheit verstorben oder wegen Geisteskrankheit gerichtlich entmündigt worden ist, sofern glaubhaft gemacht wird, daß sich derselbe bereits zur Zeit der Fällung des Urteils im Zustande der Geisteskrankheit befunden hat.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen unsrer Genossen, der Fortschrittler und Polen abgelehnt. Ein Regierungsvertreter bemerkte u. a., daß auch ein Geisteskranker ein vernünftiges Urteil fällen kann. Beim § 356 beantragen die Sozialdemokraten, daß an dem Wiederaufnahmeverfahren ein Richter, der an der angefochtenen Entscheidung mitgewirkt hat, nicht teilnehmen darf. Dagegen sprechen außer den Regierungskommissaren nationalliberale, konservative und ein fortschrittlicher Redner. Der Antrag wurde gegen sieben Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten auch die Fortschrittler.

Mit dem § 360 ist das dritte Buch für die erste Lesung erledigt.

In der Sitzung wendete sich erneut ein fortschrittlicher Abgeordneter gegen die in der Presse gegen ihn und seine Parteifreunde wegen ihrer Abstimmungen erhobenen Vorwürfe.

Berlin, 11. Juli. Als Nachfolger des jetzigen Staatssekretärs v. Kiderlen-Waechter auf dem Gesandtenposten in Bukarest ist, wie halbamtlich mitgeteilt wird, der bisherige Gesandte in Tanger, **Dr. Rosen** in Aussicht genommen. Dr. Rosen wird in Tanger durch den Gesandten Freiherrn von Seckendorff ersetzt werden, der bis vor kurzem das Reich in Caracas vertrat.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100711/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Kontingentierung im Mühlengewerbe? Wie eine Korrespondenz meldet, wird eine Produktionsstatistik für das Mühlengewerbe, die den Gründen der Notlage der Kleinmühlen nachgehen soll, an den zuständigen Stellen bereits vorbereitet. Zugleich wird behauptet, daß man auf keinen Fall eine gestaffelte Mühlenumsatzsteuer einführen wolle, dagegen an eine Kontingentierung der Mühlenbetriebe denke, um den Kleinmühlen die Lebensfähigkeit zu sichern. Dieser Schritt läge ganz im Zuge der vom Schnapsblock im letzten Jahr verfolgten Politik, der bekanntlich nicht nur die ursprünglich als provisorische Maßregel gedachte Kontingentierung der Branntweinproduktion als dauernde Einrichtung gesetzlich erneut festlegte, sondern zugleich auch dem Brauereigewerbe und der Zündholzindustrie diese Art „Schutz" verschaffte. Geschieht dies jetzt auch noch in der Müllerei, so können sich die Konsumenten darauf gefaßt machen, daß künftig zum Getreidewucher der Agrarier noch der Mehlwucher der Mühlenindustriellen hinzutritt.

Ein vielversprechender Anfang. Der Kriegsminister von Heeringen fängt an zu sparen. Die Truppenteile sind nämlich angewiesen worden, in den Bureaus auf größte Sparsamkeit zu achten, namentlich soll mit den Schreibmaterialien keine Verschwendung getrieben werden. Das ist zwar ein höchst bescheidener Anfang, aber es besteht immerhin die Möglichkeit, daß auf diese Weise 100 Mark im Jahre erspart werden, was bei einem Heeresetat von rund 900 Millionen Mark natürlich ganz besonders ins Gewicht fallen muß. Heil Heeringen!

Mißglückter Steuerbetrug. Von im ganzen 772 949 in Preußen abgegebenen Steuerdeklarationen des letzten Jahres wurden über ein Drittel beanstandet. Von diesen wieder mußten etwa drei Viertel (190 005) berichtigt werden. Durch die Beanstandung sind 347 Millionen Mark an steuerpflichtigem Einkommen mehr ermittelt worden, was eine Steigerung der Einkommensteuer um 11,6 Millionen Mark ausmacht. In den letzten zwölf Jahren sind durch Beanstandung 106 Millionen Mark an Einkommensteuer mehr gezahlt worden. Die größten Mehrerträge durch Beanstandungen wurden erzielt in Berlin, Potsdam und Düsseldorf; in starkem Abstande von diesen drei Orten folgt Arnsberg, Köln, Breslau, Oppeln, Schleswig und Wiesbaden. An Strafverfahren wegen Zuwiderhandlungen gegen das Einkommensteuer- und Ergänzungssteuergesetz waren im letzten Jahre 1926 anhängig. Bei den 84 rechtskräftig entschiedenen Fällen wurden Geldstrafen im Betrage von 28 595 Mark verhängt.

Die rund 11½ Millionen Mark, die durch scharfe Kontrolle der Steuerbehörden der preußischen Staatskasse gerettet wurden, bilden natürlich nur einen kleinen Bruchteil der Summen, die in Wirklichkeit eingeholt werden könnten, wenn das Einkommen der Besitzenden in seiner vollen Höhe steuerlich erfaßt würde. Es ist ja eine in der letzten Zeit bis zum Ueberdruß erörterte Tatsache, daß besonders von den Agrariern, aber auch von den Angehörigen der industriellen Bourgeoisie ganz gewaltige Steuersummen hinterzogen werden. Wenn es an den Geldbeutel geht, hört eben der Patriotismus auf.

Konsequente Nationalisten. Eine hübsche Ergänzung findet die Abstimmung der polnischen Landtagsfraktion bei der Erhöhung der Zivilliste für Wilhelm II. in dem Verhalten der polnischen Fraktion der Posener Stadtverordnetenversammlung. Diese stimmte nämlich dieser Tage für die Aufwendung von 30 000 Mk. zur Ausschmückung der Stadt am Tage der Einweihung des neuen Königsschlosses, an der Wilhelm II. teilnehmen wird. Wir sehen daraus, daß die Votierung der Zivilliste durch die polnische Landtagsfraktion kein Zufall war, und daß die Entrüstung der Mehrheit der kleinbürgerlichen Presse aus diesem Anlaß wie das Hornberger Schießen verlief. Den braven Kämpen für Polens Rechte helfen jetzt die Gerüchte über die angebliche Aenderung des Kurses der preußischen Polenpolitik. Wie unbegründet sie auch sind, so ermöglichen sie den rückgratlosen Wichten doch, ihre Hundedemut in eine staatsmännische Politik umzutaufen. Der Katzenjammer wird nicht ausbleiben.

Zur Bekämpfung der Prostitution hat im badischen Landtag eine Mehrheit aus Zentrum und Sozialdemokraten der Regierung einen Antrag überwiesen, die sämtlichen in Baden vorhandenen öffentlichen Häuser zu schließen und neue nicht mehr zu errichten. Da die Regierung sich zu der Ausführung des Antrages ablehnend verhielt, kam es im Laufe der Debatte zu einem Zusammenstoß zwischen dem sozialdemokratischen Redner Frank und dem Minister v. Bodmann. Dieser hatte als früherer Polizeiamtmann von Karlsruhe die Kasernierung der Prostitution eingeführt und wollte natürlich als Minister von der Aufhebung seiner früheren Maßregel nichts wissen. Gleichwohl wurde die Schließung der öffentlichen Häuser kategorisch verlangt. Dr. Frank wies noch darauf hin, daß gerade die Kasernierung den Mädchenhandel begünstige. In dem angenommenen Antrage waren auch Mittel gefordert zur Anstellung von Polizeiassistentinnen in den größeren Städten. Die Regierung gab auch hier eine ablehnende Antwort.

Die Radbodopfer kommen nicht zur Ruhe. Auf wiederholte Anfragen wurde dem Genossen Rechtsanwalt Heine vom Landgericht Bochum mitgeteilt, daß der Hauptverhandlungstermin gegen den Redakteur der Bergarbeiterzeitung, Genossen Wagner, auf den 17. Oktober d. J. anberaumt werden wird. Eine Verhandlung während der Gerichtsferien sei wegen des Umfanges der Beweisaufnahme nicht angängig.

Koloniale Hiobsposten. Wie ein Berliner Mittagsblatt meldet, ist dem Reichskolonialamt und der Diamantenregie von privater Seite die Anzeige erstattet worden, daß für mehr als zwei Millionen auf den Feldern von Südwest-Afrika geschürfte Diamanten aus Lüderitzbucht hinausgeschmuggelt worden sind und daß der Landesfiskus auf diese Weise um die ihm zustehenden Zollgebühren im Betrage von mehr als 700 000 Mk. betrogen worden ist. Die Verfolgung der Schmuggler sei bereits eingeleitet worden.

Zugleich kommt aus Togo die Nachricht, daß die kürzlich auch von uns wiedergegebene Meldung über angebliche größere Goldfunde glatt erfunden sind. In Togo selbst weiß man nichts von derartigen Entdeckungen. Richtig ist nur, daß in letzter Zeit ein Prospektor in der Kolonie weilte, der mit Genehmigung der Regierung auf eigene Faust nach Goldminen suchte. Von Erfolgen hatte man in Togo selbst jedoch nichts gehört. Uebrigens war vor längerer Zeit vom Reich ein Geologe nach der Kolonie entsandt worden. Nachdem er vier Jahre als Prospektor gearbeitet hatte, kehrte er nach Deutschland zurück, ohne nennenswerte Ergebnisse erzielt zu haben.

Die Geschichte von den Goldfunden war offenbar von Interessenten zur Durchführung von Börsenspekulationen erschwindelt worden.

Kleine politische Nachrichten. Im **badischen Landtag** wurde die Regierung durch einen von den Mitgliedern aller Fraktionen eingebrachten Antrag ersucht, den durch das Hochwasser des Bodensees, des Rheins und der Binnenflüsse geschädigten unbemittelten Familien die Zahlung der Einkommen- und Vermögenssteuer für das laufende Jahr zu erlassen; eventuell sind den Geschädigten Kredite aus der Staatskasse zu eröffnen.

Türkei.

Verschärfung des griechisch-türkischen Konflikts.

Konstantinopel, 9. Juli. Die Pforte hat ihre Botschafter beauftragt, bei den Kabinetten der Kretaschutzmächte gegen die Einmischung des Königs der Hellenen und der griechischen Regierung in die inneren Angelegenheiten der Türkei durch die den Kretern erteilten Ratschläge, den Wünschen der Mächte nachzukommen, zu protestieren.

Saloniki, 10. Juli. Der Kriegsminister hat die Behörden von Janina und Elassona beauftragt, die Herstellung bezw. Ausbesserung der Straßen und Brücken, die nach der griechischen Grenze führen, mit allen Kräften zu beschleunigen. Von der griechischen Grenze laufen Meldungen über gewisse Verteidigungsmaßregeln ein.

Der reaktionäre Geheimbund.

Konstantinopel, 9. Juli. Mehrere Blätter veröffentlichen eine Darstellung der Polizeidirektion, in der die seit einigen Tagen umlaufenden Gerüchte von der Aufdeckung eines geheimen reaktionären Bundes, der „Parteigänger gründlicher Reformen", und der Verhaftung von 63 Personen, vorwiegend entlassener Beamten, bestätigt werden. Es verlautet, daß die Verhafteten nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Als Führer werden einige höhere Persönlichkeiten des alten Regimes vermutet.

Zulassung der Muselmanen zur kretischen Nationalversammlung.

Canea, 9. Juli. Die Nationalversammlung ist um 5 Uhr nachmittags zusammengetreten. Von 114 Abgeordneten waren 59 erschienen. Davon stimmten 55 für die Zulassung der Muselmanen. Darauf vertagte sich die Versammlung auf vier Monate.

China.

Neue Unruhen.

London, 9. Juli. Wie aus China berichtet wird, ist eine neue revolutionäre Bewegung in Juenkiang ausgebrochen. Eine starke Abteilung Aufrührer, die gelbe Uniformen tragen, und, wie 1900 die Boxer, behaupten, gegen Kugeln gesichert zu sein, haben das Verwaltungsgebäude des Magistrats und verschiedene Wohnungen von Magistratsbeamten angegriffen. Dabei kam es zu einem regelrechten Kampfe, in den die Truppen hineingezogen werden mußten. Die Rebellen erlitten bedeutende Verluste. — Aus Nanningfu und andern Plätzen der Provinz Kuangsi werden ebenfalls größere Unruhen infolge der neuen Steuern gemeldet.

Südamerika.

Außergefechtsetzung eines Kanonenboots.

Neuyork, 11. Juli. Neuyorker Sun meldet aus Bluefield (Nikaragua), daß die Revolutionäre am 8. d. M. das Regierungskanonenboot Jacinto, das die Lagunen von Pearl bombardierte, durch ein scharfes Feuer aus Geschützen, die sie unbemerkt am andern Ufer aufgestellt hatten, vollständig überraschten und bald außer Gefecht gesetzt haben. Einige 20 Mann des Kanonenboots wurden getötet, 40 bis 50 verwundet. Das Kanonenboot Jacinto wurde schließlich durch ein zur Hilfe kommendes andres Regierungsschiff nach Bluefield eingeschleppt.

Sächsische Angelegenheiten.

Dem Volke muß die Religion erhalten werden!

Seit Wochen und Monaten wimmern und heulen die politischen und kirchlichen Reaktionäre, daß durch die von der Lehrerschaft erstrebte Reform des Religionsunterrichts nicht nur die Schule, sondern auch die Kirche auf das schwerste bedroht sei. Das konservative Vaterland hat seine letzten drei oder vier Nummern lediglich mit Artikeln ausgefüllt, die die drohende Gefahr schildern und die Regierung ein über das andre Mal um Hilfe anrufen gegen die verderblichen Forderungen der Lehrerschaft. Ja, die Not dieser Frommen ist so groß, daß ihnen sogar die nichtsächsische Presse, die Kreuzzeitung, die Deutsche Tageszeitung usw., zu Hilfe kam und in die scharfmacherischen Hilferufe gegen die Regierung einstimmten, denn es gilt, den Anfängen zu begegnen und zu verhindern, daß nicht nur in Sachsen, sondern im ganzen christlichen Deutschland die Grundlagen der Kirche untergraben werden. Und siehe da, der Herr, nämlich der Herr Kultusminister, erbarmete sich dieser Kleinmütigen und Verzagten und nahm die erste Gelegenheit, die sich ihm bot, wahr, um den im Unglauben Versinkenden seine Solidarität auszusprechen in dem Bestreben, das Volk auch fernerhin durch die Schule in den Bann unhaltbarer kirchlicher Dogmen zu zwingen, damit es sich auch weiter willig der gottgewollten „Ordnung" in Staat und Gesellschaft füge und die Not des Gegenwartslebens vergesse über einem vorgetäuschten besseren Leben nach dem Tode.

Es war auf der 35. Jahresversammlung der Bezirksschulinspektoren Sachsens in Dresden, wo er von neuem das Bekenntnis ablegte, daß er nach wie vor die Schule als eine Unterabteilung der Kirche betrachten und von diesem Standpunkte aus seine Schulpolitik einrichten werde. Dem frömmelnden Kultusminister Dr. Beck war es erfreulich, daß nicht nur das Landeskonsistorium, sondern auch die Berichte der Schulinspektoren an der schrift- und bekenntnismäßigen Erteilung des Religionsunterrichts und an den Katechismusunterricht festhalten. Gegenüber diesen Lichtseiten sieht der Kultusminister aber auch bedenkliche Schatten aufsteigen, die durch die Diskussion über die künftige Gestaltung des Religionsunterrichts in die Oeffentlichkeit geworfen werden. Hiergegen erklärte Dr. Beck, daß **die Regierung an dem konfessionellen Charakter der Volksschule nichts ändern werde.** Daß dies der Standpunkt der Mehrheit der Bevölkerung sei, schließt der Minister daraus, daß bei der Beratung der Volksschulreformanträge im vorletzten Landtage die Zweite Kammer sich mit allen gegen fünf Stimmen für die Aufrechterhaltung der konfessionellen Volksschule ausgesprochen habe und von den jetzt vorliegenden hundert Berichten der Schulinspektionen alle bis auf zehn, die sich über diesen Punkt nicht geäußert haben, warm für die konfessionelle Volksschule eintreten. Wörtlich fährt dann dieser Fels der Kirche fort:

Wenn der Religionsunterricht, wie auch die Lehrerschaft erfreulicherweise wünscht, ein wesentliches Unterrichtsfach der Schule bleiben soll, so wird dieser **bibel- und bekenntnismäßig zu erteilen** sein: Die Eltern, die einem bestimmten Glauben angehören, werden verlangen können, daß ihre Kinder in diesem erzogen werden. **Die Kinder bleiben auch während der Schulzeit** vom 6. bis 14. Jahre innerhalb der religiösen Gemeinschaft ihrer Eltern, in die sie als dereinstige lebendige Glieder hineinwachsen sollen. Es ist deshalb für die Erziehung unbedingt nötig, daß **in bezug auf die Religion zwischen der Schule und der Kirche kein Widerspruch** besteht. Der Rat, die Einführung der Jugend in das Bekenntnis der Kirche erst dem Konfirmandenunterrichte vorzubehalten, ist schon wegen der Kürze der Zeit dieses Unterrichts unausführbar, nach der Schulentlassung aber geradezu deshalb ausgeschlossen, weil sich in dieser Zeit nicht wieder ausreichende Gelegenheit **hierzu bietet, vielmehr dann sehr häufig nur der zersetzende Einfluß der Feindschaft gegen die Religion und die Kirche die in der Schule ausgestreuten Samenkörner erstickt.** Wenn nach Ansicht der Lehrerschaft die Person Jesu im Mittelpunkt des Religionsunterrichts stehen und die Gesinnung Jesu im Kinde lebendig gemacht werden soll, so kann man bei richtiger Auffassung diesem Ziele nur zustimmen. Woher erkennen wir aber die Bedeutung der Persönlichkeit Jesu und seine Gesinnung? Doch nur aus seinen uns in der Bibel überlieferten Worten, denen er die Verheißung gegeben: „Himmel und Erde werden vergehen, aber meine Worte vergehen nicht." **Es ist doch unzulässig, nach Willkür nur einzelne seiner Worte anzunehmen, die andern aber abzulehnen. Entweder ist er der gewesen, als der er sich in seinen Worten bekannt hat, Gottes Sohnund der für uns gestorbene Heiland und Erlöser, und das ist unser und unsrer christlichen Kirche unverbrüchlicher Glaube. Dann haben wir auch die Pflicht, ihn so im Lichte dieser seiner Worte der Jugend im Religionsunterricht nahe zu bringen. Darum wird an dem schrift- und bekenntnismäßigen Religionsunterricht festgehalten,** hierbei aber unter verständnisvoller Verbesserung der Unterrichtsmethode bei Vermeidung eines starren, toten Dogmatismus wie kraftloser Verschwommenheit unsre christliche Religion in lebensvoller, sie vertiefender Weise unsern Kindern vermittelt werden müssen. Wenn ein sächsisches Schulblatt in dieser Beziehung ausgeführt hat: „Das Ziel, Jesus im Kinde lebendig zu erhalten, ist allerdings den Positiven zu unbestimmt, denen vom äußersten Flügel aber zu eng gefaßt. Unsrer Meinung nach kann ihm jeder Mensch zustimmen, sei er nun gottgläubig oder atheistisch, sofern er nur idealistisch ist", **so müssen wir eine auch einem Atheisten mögliche Allerweltsreligion für unsre Kinder zurückweisen.**

Damit aber unsre Religion für unser Volk im Leben und Sterben eine „Kraft- und Trostquelle, der größte Schutz unsres Volkes werde, ist der Schuljugend ein **ausreichender religiöser Memorierstoff** mit auf den Lebensweg zu geben. Die Staatsregierung verkennt nicht, daß hierin mancherlei Aenderungen einzutreten haben. Der bisherige Memorierstoff ist nicht nur zu umfangreich, sondern infolge der Aufnahme von Bibelversen und Liederstrophen, die für die Kindesseele sprachlich und inhaltlich zu schwierig sind, zu reformieren, wie auch die letzte außerordentliche Landessynode anerkannt hat. Der Memorierstoff muß nach pädagogisch-psychologischen Grundsätzen in Anpassung an die Kindesseele gestaltet werden. Auswahl und Umfang für die Zukunft zu bestimmen, wird den Beratungen der obersten Schulbehörde mit den Vertretern der Kirche und Schule vorbehalten bleiben. **Die bisher so vielfach umstrittenen Vorschläge können aber als geeignete Grundlage nicht erachtet werden.**

Das sind die wohlerwogenen Ziele der königlichen Staatsregierung für die künftige Gestaltung des Religionsunterrichts.

Der Minister spricht schließlich die Erwartung aus, daß „die Lehrerschaft, wie sie bisher getreu ihrem konfessionellen Gelöbnis den Religionsunterricht erteilt hat und wie sie selbst sich den Religionsunterricht nicht nehmen lassen will, so auch in Zukunft dieses Gelöbnisses eingedenk bleiben" werde. Der Minister erwartet dann von den Bezirksschulinspektoren, daß sie in ihren Bezirken in Lehrerkonferenzen und in sonst geeigneter Weise auf die sehr bedenklichen Erscheinungen der Zeit hinweisen und hierbei auf die Vermeidung alles dessen hinwirken werden, was das Vertrauen des christlichen Elternhauses zur Schule zu erschüttern geeignet sei.

Da haben die geistig Notleidenden, was sie wollen: nicht nur eine neue Erklärung zur Frage des Religionsunterrichts, sondern, was die Hauptsache ist, die Anweisung an die Schulinspektoren, den Lehrern die sehr bedenklichen Erscheinungen der Zeit klar zu machen, das heißt, den die Grundlage der Kirche bedrohenden Bestrebungen der Lehrer den Krieg zu erklären. Von neuem hat der Kultusminister, wie schon in der Thronrede bei Eröffnung des letzten Landtages und wiederholt im Landtage selbst, den Willen der Regierung dahin erklärt, daß die Religion dem Volke erhalten bleiben müsse. Das durfte man nicht anders erwarten. Auf den ersten Blick muß es jedoch auffallen, daß der Kultusminister die neue Zusammensetzung des Landtages vollkommen ignoriert. Doch auf diese veränderte Zusammensetzung hat die Regierung bisher überhaupt keine Rücksicht genommen, und da die Nationalliberalen in der Frage der Schulreform die unsichersten Kantonisten sind und auch im letzten Landtage durch ihren Führer Hettner den Wunsch zu erkennen gegeben haben, die Schulreform mit der Rechten durchzuführen, so kann der Kultusminister sich auch heute noch mit Recht auf die Kundgebung des vorletzten Landtages berufen.

Die Frage ist nun, ob die Lehrerschaft gegenüber den nun zweifellos einsetzenden Beeinflussungsversuchen der Bezirksschulinspektoren festbleiben wird. In der Zweiten Kammer können sie nur auf die Sozialdemokraten und das kleine Häuflein der Freisinnigen rechnen. Wahrscheinlich wird es die schwersten Kämpfe kosten, um überhaupt eine — Rückwärtsreform des Volksschulwesens zu verhüten!

Eine Rechnung ohne Wirt.

In unserer letzten Nummer haben wir die Präsentation des Landrichters Brodauf an Stelle des von der liberalen Kompromißkandidatur zurückgetretenen Landtagsabgeordneten Roch als einen Schachzug der fortschrittlichen Volkspartei bezeichnet, um von dem blamablen Abkommen, mit dem sie die Nationalliberalen eingeseift hatten, loszukommen. In seiner Sonntagnummer berichtet nun das Leipziger Tageblatt, daß die Kandidatur Brodauf die Zustimmung der Nationalliberalen gefunden habe und daß die Abmachungen wegen Annaberg-Eibenstock selbstverständlich bestehen bleiben. Das ist aber keineswegs selbstverständlich. Durch die freisinnige Presse wird im Gegenteil unsere Auffassung bestätigt, daß der vorgenommene Kandidatenwechsel ein Schachzug war, um das Abkommen über den Haufen zu rennen. Man lese nur, was die Zittauer Morgenzeitung zu dem Vorgange sagt:

Das Wahlabkommen zwischen den lokalen Organisationen der Nationalliberalen und der Volkspartei im 20. und 21. Reichstagswahlkreise ist eine Rechnung ohne den Wirt gewesen ... Man hat dieses Abkommen ohne den in Aussicht genommenen Kandidaten Roch abgeschlossen. Das Annaberger Wochenblatt meldet jetzt:

„Leider aber wurde bald nach Zusammenkommen dieser Waffenbrüderschaft das Umsetzen des Kompromisses in die Tat dadurch unmöglich, daß der Abgeordnete Roch, der während des größten Teiles der Verhandlungen über die Kompromißkandidatur verreist war, infolge eines hartnäckigen Leidens sich veranlaßt sah, auch auf ärztlichen Rat hin, von der Uebernahme des ihm angetragenen Kandidatenpostens abzusehen. Trotzdem werden voraussichtlich die liberalen Parteien im Wahlkampfe zusammengehen."

Letzteres mögen sie zunächst bei der bevorstehenden Ersatzwahl tun. Die Gründe gegen ein Abkommen auch für die nächsten allgemeinen Reichstagswahlen haben wir am Donnerstag in dem Leitartikel Politische Ausblicke erörtert. Für Dr. Stresemann brachte das Abkommen die angenehme Aussicht, im Wahlkreise Annaberg-Schwarzenberg **den Mitbewerber loszuwerden, der ihn aus der Stichwahl verdrängen könnte.** Für

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100711/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Dr. Stresemann wurden 1907 bei der Hauptwahl 8612, für Roch 6578 Stimmen abgegeben. Unter den Stimmen für Dr. Stresemann befanden sich aber zirka 3000 konservative und antisemitische; falls diese ihm verloren gingen, würde also Dr. Stresemann hinter Roch rangieren und mithin nicht in die Stichwahl kommen.

Das Leipziger Tageblatt, das diese Auslassungen des freisinnigen Zittauer Blattes kannte, hat also seinen Lesern etwas vorgemacht, als es mitteilte, daß das Abkommen auch für die nächsten allgemeinen Wahlen bestehen bleibe. Damit war die Rolle der Gefoppten an die Nationalliberalen gefallen. Im übrigen werden sich wohl auch die Freisinnigen darüber im klaren sein, daß bei den nächsten allgemeinen Wahlen weder für den freisinnigen Kandidaten, noch für den jetzigen nationalliberalen Mandatsinhaber Stresemann große Aussicht besteht, in die Stichwahl zu kommen, daß vielmehr alles dafür spricht, daß auch der 21. Wahlkreis in der Hauptwahl der Sozialdemokratie zufallen wird.

•

Wie die Nationalliberale Korrespondenz berichtet, hat die Leitung der Fortschrittlichen Volkspartei an Stelle Rochs den Abgeordneten Dr. Brodauf als Kandidaten für die Reichstagsersatzwahl in Zschopau-Marienberg aufgestellt, ohne sich vorher mit den Nationalliberalen in Verbindung zu setzen. Deren Zustimmung zur Kandidatur Brodauf steht vorläufig noch aus; wenn sie erfolgt, so würde **dabei selbstverständliche Voraussetzung sein, daß die Abmachung bezüglich der Kandidatur Stresemann im 21. sächsischen Reichstagswahlkreis aufrechterhalten bleibt.**

Was sagt das Leipziger Tageblatt hierzu? Daß die Fortschrittliche Volkspartei nicht daran denkt, an dem Abkommen auch bezüglich der nächsten Wahlen festzuhalten, beweist der Brief des Landtagsabgeordneten Roch, wonach dieser die Kandidatur niedergelegt hat, weil er jetzt noch nicht den Strapazen einer Reichstagswahlbewegung gewachsen ist. Uebers Jahr aber wird das sicher der Fall sein und dann — — wird wahrscheinlich auch Herr Roch wieder als Kandidat für den 21. Wahlkreis auftauchen.

Kriegsrat der Reformer.

In Dresden waren gestern die Vertrauensleute des Landesvereins der deutschen Reformpartei zusammen, um für den verstorbenen Zimmermann einen Nachfolger in die Leitung der „Partei" zu wählen. Die Wahl wurde jedoch dem im Oktober zusammentretenden Parteitag überlassen und Rechtsanwalt Schlechte mit der interimistischen Leitung betraut. Das Häufchen Unglück beschloß dann weiter, die Deutsche Reform, das wöchentlich einmal erscheinende Organ des Landesvereins, mit dem in Berlin erscheinenden Deutschen Generalanzeiger zu verschmelzen. Das neue Blatt soll künftig zweimal wöchentlich erscheinen und die bisherige Geschäftsstelle der Reform mit derjenigen des Landesvereins verbunden werden. Als Herausgeber des neuen „vergrößerten" Blattes fungiert der Herausgeber des Generalanzeiger, Sedlatzek. Der Landesverein der Reformpartei hat also kein eigenes Organ mehr. Auch ein Fortschritt!

Die weiteren Verhandlungen galten der Wahl in Zschopau-Marienberg, wobei die Wahlhilfe der Konservativen und des Bundes der Landwirte freudig begrüßt wurde. Besondere Freude löste jedoch die Mitteilung in der Versammlung aus, daß einige einflußreiche nationalliberale Herren **die bindende Erklärung abgegeben haben, schon bei der ersten Wahl für die Kandidatur Fritzsche eintreten zu wollen.** Die Nachricht wird besonders die Fortschrittler interessieren! Von dem Eintreten der Fortschrittler in der Stichwahl für Fritzsche halten die Herren Reformer nicht viel. Deshalb soll die Sozialdemokratie mit aller Energie bekämpft werden. Leider hat Herr Fritzsche nichts darüber berichtet, wie gründlich er bereits von der Sozialdemokratie zugedeckt worden ist und wie minimal seine Aussichten sind, auch nur in eine Stichwahl zu kommen. Um so gründlicher wird dafür nachher der Katzenjammer sein!

Zur Freiberger Ortskrankenkassenaffäre.

Nachdem die Aufsichtsbehörde auf Antrag der Arbeitgebervertreter den Vorsitzenden der Ortskrankenkasse zu Freiberg vorläufig von seinem Posten enthoben hat, haben dieselben Unternehmervertreter, ohne die Arbeitervertreter zu fragen, die Leitung der Geschäfte dem bisherigen zweiten Vorsitzenden, dem Unternehmer Meeser, übertragen. Dagegen haben sämtliche Arbeitervertreter bei der Aufsichtsbehörde Einspruch erhoben, weil, wenn dem ersten Vorsitzenden eine Schuld beigemessen werde, diese den zweiten Vorsitzenden in demselben Maße treffe, da er schon viel länger den Posten bekleide. Herr Meeser habe der Revision nur unter dem Drucke der Verhältnisse zugestimmt, obwohl er von den Unregelmäßigkeiten Kenntnis gehabt habe. Der Vorsitzende des Versicherungsamtes, Ratsassessor Jahn, erklärte, daß auch Herr Meeser von diesem Posten werde enthoben werden. Er teilte ihnen weiter mit, daß der Rat beschlossen habe, die Leitung der Geschäfte vorläufig Herrn Stadtrat Witt zu übertragen. Mit dieser Lösung können sich aber die Arbeitnehmervorstandsmitglieder keinesfalls einverstanden erklären. Da angenommen werden muß, daß die Unregelmäßigkeiten Gräßers schon zu der Zeit bestanden haben, als Herr Witt noch Vorsitzender der Kasse war. In einem Falle steht dies schon unumstößlich fest. Die Aufsichtsbehörde wird deshalb nicht umhin können, im Interesse einer völlig einwandfreien Erledigung der Revision von einer Uebertragung der Leitung an Stadtrat Witt abzusehen. Die Unternehmer und die Aufsichtsbehörde werden bald merken, daß sie sich mit ihrem Vorgehen gegen den Vorsitzenden Vieligk nur in die Nesseln gesetzt haben.

Die größte elektrische Ueberlandzentrale Deutschlands soll in Gröba bei Meißen entstehen. Ueber das Projekt werden folgende Angaben gemacht: Die Spannung des von Lauchhammer entnommenen Stromes soll danach 60000 Volt betragen, vielleicht auch 100000 Volt, da größere Spannung ein besseres und gleichmäßigeres Licht ergibt. Der Erzeugung einer solchen steht keine technische Schwierigkeit mehr entgegen. An 7 Zwischenstationen soll der Strom auf 15000 Volt und von diesen auf die Verbrauchsspannung von 210 Volt umgeschaltet werden. Abnahmestellen befinden sich in Krögis und Gröba, wo Zähler aufgestellt sind. Auf den 2536 Quadratkilometer umfassenden und 391000 Einwohner zählenden Bezirk sind angemeldet 85000 Glüh-, 590 Bogenlampen und 12600 Pferdestärken für Motoren. Die angemeldeten Dreschmaschinen werden 1661000 Kilowattstunden erfordern, wovon man vorläufig nur 800000 annimmt.

Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Meißen, der sich in seiner letzten Sitzung mit dem Projekte beschäftigte, hielt nach langer Aussprache die Ausführung des Werkes für unbedenklich. Im Verbandsgesetze ist die Verpflichtung der Verbandsmitglieder auf 40 Jahre festgesetzt worden, da der Vertrag mit Lauchhammer 30 Jahre läuft.

•

Chemnitz. Die städtischen Behörden beschlossen, die bisherige höhere Töchterschule im Sinne des Gesetzes über das höhere Mädchenbildungswesen zu einer höheren Mädchenschule zu gestalten, eine zweistufige Frauenschule zu errichten und Ostern 1911 mit einer Klasse zu eröffnen; ferner wurde beschlossen, eine dreistufige Studienanstalt in Verbindung mit der künftigen höheren Mädchenschule zu errichten und sie ebenfalls zu Ostern 1911 mit einer Klasse zu eröffnen. Die sogenannte Frauenschule soll der wissenschaftlichen Weiterbildung der weiblichen Jugend dienen, ohne zu dem Ziel akademischer Studien zu führen, sowie der Vorbereitung auf den besonderen Beruf der Hausfrau, die Studienanstalt dagegen soll die Aufgabe haben, ihre Schülerinnen auf das akademische Studium vorzubereiten.

Zittau. Die Wahl eines Baufachverständigen in den Wertzuwachssteuerausschuß war mehrfach ergebnislos verlaufen, da mehrere praktische Baumeister das Amt ablehnten. Nun hat der Stadtbaudirektor a. D. Rudolph das Amt übernommen.

Bautzen. Die Bezirksschulinspektion hat eine neue Lokalschulordnung für Seidau genehmigt. Darin ist ein Paragraph für die Eltern der schulpflichtigen Kinder sehr bedeutungsvoll. Er lautet: „Ist ein schulpflichtiges Kind vier Wochen lang krank, so kann auf Ansuchen der Eltern das Schulgeld während der Krankheit erlassen werden."

Auerbach. Die hiesigen Aerzte haben beschlossen, an Sonn- und Feiertagen keine Sprechstunden mehr abzuhalten. Es wird nur immer einer der Aerzte in dringenden Fällen zu sprechen sein.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Auf dem Brandplatze im König-Albert-Hafen in Dresden hat man bei den Aufräumungsarbeiten und dem Suchen nach der Leiche des verunglückten Feuerwehrmanns Reinhold Schneider **Knochenreste gefunden.** Die ärztliche Untersuchung muß aber erst ergeben, ob es Menschenknochen sind. Zweifel bestehen, weil man in der Nähe der Fundstelle keinerlei Eisenteile entdeckt hat. Zum mindesten müßten der Karabinerhaken und das Beil in der Nähe liegen. — Auf dem Schlachthofbau in Dresden, der sich seiner Vollendung nähert, ist, nachdem sich erst kürzlich zwei Einstürze ereignet haben, jetzt das an der etwa 100 Meter langen Mittelhalle des Kühlhauses befindliche **Gerüst zusammengebrochen.** Auf dem Gerüst befanden sich drei Maler, von denen zwei in die Tiefe stürzten und Verletzungen erlitten. Die übrigen auf dem Gerüst arbeitenden Maler retteten sich durch Abspringen von dem Gerüst oder Festhalten an den in den Wänden befestigten Eisenteilen. — In Meerane fiel aus einem Grundstücke ein Schuß, durch den eine vorübergehende Frau in den linken Unterschenkel getroffen wurde und ein stark blutende Wunde erlitt. Als der **unvorsichtige Schütze** entpuppte sich ein 17jähriger Steinmetzgehilfe, der in leichtfertiger Weise mit einer Taschenpistole hantiert hatte. — In Oelsnitz i. V. wurden an einem Tage von den beiden Trichinenschauern in zwei Schweinen **Trichinen** festgestellt und dem menschlichen Genuß entzogen. Die Schweine stammten aus Ostpreußen und waren von zwei verschiedenen Fleischern geschlachtet worden. In dem einen Falle wurden in 24 Präparaten gegen 400 Trichinen gefunden.

Erwerbt das Bürgerrecht!

Das Bürgerrecht kann jeder Leipziger Steuerzahler, der das 25. Lebensjahr vollendet hat, auf Antrag erlangen, wenn er die sächsische Staatsangehörigkeit besitzt und mindestens zwei Jahre in Leipzig Steuern bezahlt hat. Wer die sächsische Staatsangehörigkeit nicht besitzt, muß zuvor diese erwerben.

Wegen Auskunft wende man sich an einen der nachfolgenden Genossen, die bereit sind, eventuell die erforderlichen schriftlichen Arbeiten **unentgeltlich** auszuführen.

Für die Stadt Leipzig.

Alt-Leipzig:

August Gäbler, Südstraße 56, I.
Hermann Friedrich, Arndtstraße 25, II.
Richard Becker, Berliner Straße 2, III.
Traugott Kurze, Glockenstraße 15, IV. l.
Hieronymus Ornth, Sebastian-Bach-Straße 18.
W. Jericke, Frankfurter Straße 10.
Otto Nießling, Weststraße 36, H. III.
H. Eifrig, Sidonienstraße 35, Sg. III.
Franz Rößler, Schenkendorfstraße 27, I. r.
Alfred Dietze, Hauptmannstraße 7.

Ost-Vorstadt:

Anger.
Karl Werner, Zweinaundorfer Straße 30.

Volkmarsdorf.
Otto Vorberger, Wurzner Straße 8.

Neuschönefeld.
Hermann Seidel, Melchiorstraße 1, II.

Neustadt.
Albin Friedemann, Konradstraße 64.

Reudnitz.
Karl Günther, Heinrichstraße 38, pt.

Sellerhausen.
Friedrich Hammer, Bautzmannstraße 7.

Stötz.
Max Fröhlich, Grenzstraße (Konsumverein).

Südost-Vorstadt:

Probstheida.
Paul Enders, Grimmaische Straße 34d, III.

Thonberg-Neureudnitz.
Eugen Dietze, Meitzenhainer Straße 33.
Robert Beschorner, Oststraße 17, III.

Stötteritz.
Bernh. Hegewald, Ferdinand-Jost-Straße 29, I.
Franz Baud, Probstheidaer Straße 5, pt.
Emil Huth, Hauptstraße 57, H. II.
Albert Wolf, Mölkauer Straße 56, III.
Aug. Donath, Wasserturmstraße 20, pt.
Max Pöllnitz, Arnoldstraße 22, pt.

Süd-Vorstadt.

Connewitz.
Richard Strobel, Bornaische Straße 31.
Franz Müller, Biedermannstraße 45, III.
Franz Nagel, Biedermannstraße 35.
Ernst Geyer, Frohburger Straße 37, I.

Dölitz.
Karl Gehrmann, Probstheidaer Straße 5, II. l.
Robert Pfütze, Probstheidaer Straße 18, pt. l.
Albert Heinicke, Probstheidaer Straße 12, pt. r.

Lößnig.
Osw. Philipp, Coloredostraße 11.
Heinr. Sachse, Lobstädter Straße 6, II.

West-Vorstadt:

Plagwitz.
Emil Böttiger, Elisabeth-Allee 41.
Ernst Krübler, Zschochersche Straße 44, pt.
Otto Voigt, Naumburger Straße 8, II.
H. Reinhold, Schmiedestraße 8, III.
Fr. Rehbaum, Karl-Heine-Straße 25b, III.
Schaar, Gleisstraße 8, IV.
Fr. Kristokat, Friedrich-August-Straße 23.

Lindenau.
W. Eppendorf, Calvisiusstraße 15, II. l.
Artur Stephan, Josephstraße 49.
Albin Kassubeck, Hebelstraße 26b, I.
R. Fuhlbrügge, Henricistraße 40, pt.
Friedrich Weise, Hebelstraße 26.
Th. Primus, Hellmuthstraße 7, III.

Kleinzschocher.
Karl Peter, Dieskaustraße 5, pt.
Richard Krieger, Windorfer Straße 11b.
M. Georgi, Dieskaustraße 31, pt.

Schleußig.
Adolf Bammes, Könneritzstraße 57, III.
F. Zorn, Brockhausstraße 50, III.

Nord-Vorstadt:

Gohlis.
Oskar Fischer, Garnisonstraße 5, I.
Emil Lötzsch, Möckernsche Straße 6, I.
Julius Beiler, Schachtstraße 12.
Hermann Boost, Schkeuditzer Straße 20, H.
Oskar Wolf, Schkeuditzer Straße 31.
Karl Laue, Lothringer Straße 52.
Robert Schöllner, Fabricistraße 4.
Otto Quellmalz, Möckernsche Straße 31.
R. Bauer, Dorotheenstraße 20.
Emil Krause, Hallesche Straße 130, II.

Eutritzsch.
Richard Reinhardt, Delitzscher Straße 88.
Robert Kurth, Magdaleneustraße 2.
Hans Braun, Hamburger Straße 62.
Artur Gucinzius, Hamburger Straße 58.
Oskar Fleck, Salzmannstraße 3.

Möckern.
Max Weber, Hallesche Straße 56, I.
Paul Thierbach, Wilhelm-Crusius-Straße 25.
Otto Oertel, Königin-Carola-Straße 7, III. l.
Otto Erdmann, Hallesche Straße 58, III. l.
Herm. Heppner, Thielestraße 8, pt.

Für die Ortschaften im Bezirk Leipzig

helfen bei der Erlangung der sächsischen Staatsangehörigkeit.

Baalsdorf:
Robert Karsubka, Tischler, Seitenstraße 9.

Engelsdorf:
Emil Betac, Bahnhofstraße 28, II.

Paunsdorf:
Herrn, Paulinenstraße 93c.

Schönefeld:
E. Möller, Südstraße 15, I.
E. Schulze, Dimpfelstraße 45, II.
Emil Belzig, Ploßstr. 12, pt.

Sommerfeld:
August Bader, Eisenbahnstraße 10, I.

Taucha:
Leonhard Ranger, Eilenburger Straße 150.

Holzhausen:
Oswald Schubert, Bahnhofstraße.

Liebertwolkwitz:
Karl Heider, Bornaische Straße.

Zuckelhausen:
Rudolf Gaisenhainer, Zweinaundorfer Straße.

Mölkau:
Ernst Schulz, Stötteritzer Straße 1.
Franz Krieg, Hauptstraße 7.

Zweinaundorf:
Felix Tischow.

Oetzsch:
Hermann Gerhardt, Mittelstraße 21, III.

Zwenkau:
Friedrich, Lagerhalter, Leipziger Straße.

Böhlitz-Ehrenberg:
Albert Meckert, Leipziger Straße 94 (Konsum).
Eduard Breckau, Filiale der Leipziger Volksztg.

Eythra:
G. Opitz, Zwenkauer Straße 117.

Großzschocher:
Richard Ohmann, Hauptstraße 45.
Aug. Arnhold, Knauthainer Straße 47.

Knauthain:
August Otto.

Knautkleeberg:
Karl Apelt, Nr. 15a.

Leutzsch:
F. Stove, Hauptstraße 53.
A. Lubig, Grenzstraße 1.
G. Helbig, Weinbergstraße 5.

Markranstädt:
Oskar Meister, Am Markt.
Alexander Tunger, Am Markt.

Hänichen-Lützschena:
Otto Utech, Hänichen 22.
Otto Nebrich, Quasnitz.
Oskar Oehmichen, Lützschena.

Lindenthal:
Karl Haugk, Leipziger Straße.
Otto Lehmann, Bahnhofstraße 4.

Mockau:
Rich. Hessel, Alt-Mockau, Hauptstraße 61.
Herm. Hartung, Mittel-Mockau, Wilhelmstr. 24.
Aug. Kaleweit, Mittel-Mockau, Adolfstraße 14.
Otto Hense, Neu-Mockau, Kreuzstraße 10.
Paul Schüller, Bahnstraße 2.

Stahmeln:
Herm. Zwoch. Gustav Grünkling. Franz Dittrich.

Thekla:
Richard Mietzsch, Kreuzstraße.

Wahren:
Paul Rauch, Wilhelmstraße.
Max Jakob, Hallesche Straße 55.
Robert Krause, Königstraße 70.

Wiederitzsch:
Felix Köcher, Delitzscher Straße.
Rich. Dittrich, Podelwitzer Straße.

Adressenänderungen sind sofort dem Bezirks-Sekretär, Genossen C. Schrörs, Leipzig, Volkshaus, Zeitzer Straße 32, Portal rechts Saalgebäude, letzter Eingang, I., zu melden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100711/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Aus den Nachbargebieten.

Amtliche Mittelstands„förderung".

Die letzte Nummer des Amtsblattes der königlichen Regierung zu Erfurt ist mit zweitägiger Verspätung erschienen. Eine Bekanntmachung an der Spitze des Blattes erklärt das damit, daß vom 1. Juli ab die Herstellung des Amtsblattes außerhalb Erfurts erfolgt. Deshalb wird auch die Schlußzeit für die Annahme von Bekanntmachungen, die im Amtsblatt erscheinen sollen, um volle zwei Tage zurückverlegt. Diese Aenderung hat nach dem Erfurter Allgemeinen Anzeiger folgende Vorgeschichte: „Das Amtsblatt wurde seit seinem Bestehen in Erfurt hergestellt. Die allgemeine Verteuerung, die die letzten Jahre mit sich brachten, führte nun dazu, daß der von der Regierung gezahlte Preis für die Herstellung des Amtsblattes nicht einmal mehr zur Deckung der Selbstkosten ausreichte (!!) Eine Eingabe um Erhöhung des Preises wurde von der Auftraggeberin mit einer Ausschreibung des Auftrages unter den Erfurter Druckereien beantwortet. Das Ergebnis dieser Ausschreibung scheint nun nicht das vom Ministerium gewünschte gewesen zu sein, denn die Herstellung des Amtsblattes wurde nach auswärts vergeben. Den Namen der „billigeren Firma", die nun dieses Blatt herstellt, erfährt man auf der letzten Seite, wo am Schluß zu lesen ist: „Redigiert von der Kgl. Regierung. — Druck der Königlichen Strafanstalt Moabit in Berlin."

Den Kommentar hierzu mögen die Mittelstandsorgane schreiben, die nicht genug klagen können über die Konkurrenz, die dem Kleingewerbe durch die Gefängnisbetriebe bereitet wird.

Gera. Die sächsische Eisenbahnverwaltung verwahrt sich in einem Schreiben an den Stadtrat dagegen, daß sie daran schuld sei, daß ein Gemeinschaftsbahnhof mit Preußen hier nicht zustande kommt.

Naumburg. In der Brauerei von Hartung u. Berthold geriet beim Ausgießen mit Pech ein Faß durch explosive Entzündung des Peches in Brand. Es geschah dadurch, daß die damit beschäftigten Arbeiter das überflüssige Pech im Fasse nicht in ein besonderes Gefäß, sondern gleich in den Kessel zurückgossen und es so in die Nähe des offenen Feuers brachten. Der eine Arbeiter wurde an Gesicht, Brust und Händen schwerer verletzt, drei andre an den Händen und Armen leichter.

Königgrätz i. B. Der Bahnbedienstete Robowski hat seinen beiden Kindern, einem vierjährigen Mädchen und einem zwei Jahre alten Knaben, mit einem Beile die Schädel zerschlagen. Im Spital, wohin die Kinder gebracht wurden, ist das eine seinen Verletzungen bereits erlegen, während das andre noch mit dem Tode ringt. Der Vater, der die Tat in einem Wahnsinnsanfall beging, wurde in eine Anstalt gebracht.

Gerichtssaal.

Reichsgericht.

Das Urteil im Spionageprozesse Luck und Genossen wurde am Sonnabend, nachmittags 2 Uhr verkündet. Es lautete: Der vereinigte 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts hat die Ueberzeugung gewonnen, daß es der Polizei gelungen ist, hier ein gefährliches Spionennest auszunehmen. Die Angeklagten haben bandenmäßig eine größere teils gefährliche Spionage nach Frankreich getrieben. Der Senat ist in Uebereinstimmung mit dem Reichsanwalt zu der Ansicht gekommen, daß das ganze Vorgehen der Angeklagten, ihr bandenmäßiges Spionieren als ein fortgesetztes Delikt aufzufassen ist. Was die Beteiligung der einzelnen Angeklagten an diesen Delikten betrifft, so hat der Senat es für unzweifelhaft erwiesen gehalten, daß Albert Luck das Signalbuch überbracht hat. Die Angeklagte Zarlenga ist am meisten belastet. Sie ist an dem Verrat des Signalbuches beteiligt und hat die Reise mit dem Zünder gemacht, der sich schließlich als abgeschossen und deshalb unbrauchbar erwies. Sie war auch tätig bei der Verführung des S. und des M. und bei den Einwirkungen auf Z., die zur Uebergabe des Pulvers führten. Was Weißkopf betrifft, so ist erwiesen, daß er sich ebenfalls an den S. herangemacht hat und ihn auch hat verleiten wollen, ihm militärische Geheimnisse zu verraten, ebenso an den M. Dann hat er mit der Zarlenga die Reise gemacht, bei der der angebliche Zünder überbracht werden sollte. Endlich ist der Senat der Ansicht, daß er sich an der Reise nach Belfort und Mülhausen beteiligt hat, und daß die Angeklagten in Mülhausen zusammengekommen sind, um nach Nancy weiterzureisen, und daß sie auf Grund gemeinschaftlicher Pläne gehandelt haben. Was Karl Luck betrifft, so liegen schwere Verdachtsmomente gegen ihn vor, die genügten, auch ihn für schuldig zu erachten. Albert hat ihm in Kiel erzählt, daß ihm ein Angebot von 5000 Franken gemacht sei, und er hat zu erkennen gegeben, daß er von ihm weitere Geheimnisse verlangt. Karl hat sich nicht etwa entrüstet gezeigt, sondern sich mit dem Bruder noch eingehend unterhalten, und zwar, wie die Zeugin B. bekundete, in französischer Sprache. Es ist anzunehmen (!), daß auch Albert Luck wirklich brauchbares Material nach Frankreich geliefert hat, und daß er dies nur beschaffen konnte, wenn Karl ihm dazu behilflich war. Aus verschiedenen Umständen geht hervor, daß Karl sich schuldig fühlte. Seine Deutschfeindlichkeit ist festgestellt. Hinzu kommt noch, daß er in Kiel große Geldmittel gehabt hat, ohne daß seine nähere Umgebung wußte, woher sie stammten. Endlich ist dem Zeugen Zarlenga (Sohn der Angeklagten) Glauben geschenkt, der belastend gegen Karl Luck ausgesagt hat. Es ist also für diese vier Angeklagten die Schuld im Sinne des Spionagegesetzes als erwiesen angenommen worden. Was die Strafe betrifft, so ist der Gerichtshof bei Albert Luck zu derselben Strafhöhe gelangt, die der Reichsanwalt beantragt hatte. Gegenüber den anderen Angeklagten hat der Senat aber mit Rücksicht auf die Gefährlichkeit des Strebens und das planmäßige Vorgehen der Angeklagten auf eine erheblich höhere Strafe erkannt. Es ist von dem Verteidiger des Albert Luck angeregt worden, ihm mildernde Umstände zuzubilligen. Davon konnte aber keine Rede sein. Es ist deshalb die Entscheidung dahin erlassen worden, daß die vier genannten Angeklagten wegen eines Versuchs eines Verbrechens gegen § 1 des Gesetzes betr. den Verrat militärischer Geheimnisse verurteilt worden sind, und zwar wie schon kurz gemeldet, Anna Zarlenga zu sechs Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust, Albert Luck und Weißkopf zu vier Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrenrechtsverlust, Karl Luck wegen Beihilfe zum Versuch zu zwei Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust. Zugleich ist gegen die Genannten auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt worden. Von der erlittenen Untersuchungshaft wurden bei der Angeklagten Zarlenga und Albert Luck sechs, bei Weißkopf zwei und bei Karl Luck drei Monate auf die Strafe angerechnet. Die Angeklagte Mauch wurde nach dem Antrage des Reichsanwalts freigesprochen.

Schöffengericht.

Die Drohung mit dem Schießgewehr. Am 30. April d. J. war der Gürtler Johannes Kirsch wegen Beleidigung zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Nach Beendigung der Verhandlung zog K. auf dem Korridor des Gerichtsgebäudes einen Revolver aus der Tasche, hielt ihn einem Zeugen vor den Kopf und sagte: Sieh dir mal das Ding an, kennst du das? Natürlich war der Bedrohte zunächst erschrocken. Kirsch wurde angezeigt und nunmehr wegen Bedrohung zu einer Woche Gefängnis und wegen unerlaubten Waffentragens zu 15 Mark Strafe verurteilt. Mildernd war, daß der Revolver weder geladen noch auch sonst gebrauchsfähig und daß Kirsch ein leicht erregbarer Mensch ist.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Dienstag:

Speiseanstalt I (Johannisplatz): Milchreis mit Zucker und Zimt.
Speiseanstalt II (Töpfergasse 1): Nudeln mit Rindfleisch.
Speiseanstalt III (Münzgasse): Mischgemüse mit Pökelfleisch.
Speiseanstalt IV (Riegelstraße): Weiße Bohnen mit Schwarzfleisch.
Speiseanstalt V (Wurzner Str. 55): Gräupchen und Spargel mit Rindfleisch.
Speiseanstalt VI (Reuß. Hallische Str.): Reis und Spargel mit Rindfleisch.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Montag, den 11. Juli: 181. Abonnements-Vorstellung (1. Serie, grün):

Die geschiedene Frau.

Operette in 3 Akten von Victor Léon. Musik von Leo Fall.
Regie: Regisseur Haas. — Musikalische Leitung: Kapellmeister Findeisen.

Karel van Lysseweghe, Hofsekretär	Hr. Sturmfels	Ritterspiat, Gerichts-Tender	Hr. Prost
Jana, seine Frau	Frl. Seubert	beisitzer	Hr. Dietzmann
Pieter le Paffenskijt, ihr Vater, Generaldirektor der Schlafwagen-Gesellschaft in Brüssel	Hr. Haas	Gerop, Schlafwagen-Kondukteur	Hr. Wehle
Gonda van der Loo	Fr. Untucht	Adeline, seine Braut	Frl. Marbach
Rechtsanwalt de Leije	Hr. Wedlich	Willem Krouwebliet, Fischer	Hr. Plöhn
Lucas v. Teesteldond, Gerichtspräsident	Hr. Curt Köhler	Marije, seine Frau	Frl. Paulin
Ein Amtsdiener	Hr. Renner	Professor Tjonger	Hr. Cornel
		Professor Wiesum	Hr. Bärwinkel
		Ein Diener	Hr. Schmidt
		Erster Gerichtsdiener	Hr. Rohwold
		Zweiter Gerichtsdiener	Hr. Lambrecht

Journalisten, Publikum, Gerichtsdiener usw.
Spielt heutzutage und zwar der 1. Akt im Gerichtssaal zu Amsterdam, der 2. Akt drei Monate später in der Villa Lysseweghe in Amsterdam, der 3. Akt einen Tag später auf der Kirmes in Makkum.
Tänze und Evolutionen arrangiert von Oberregisseur Karl.
Pausen nach dem 1. und 2. Akt.
Einlaß ¾7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. **Gewöhnliche Preise.**
Spielplan: Dienstag: Der fidele Bauer. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Heute geschlossen.

Spielplan: Dienstag bis Sonnabend: Geschlossen.

Krystall-Palast-Theater

Gänzlich neuer Spielplan.

Anfang 8 Uhr. Gewöhnliche Preise. Dutzendkarten Mk. 5.50.

Krystall-Palast. Theatersaal.

Vaudeville-Saison. Artistische Leitung: **Ferry Körner.**

Glück bei Frauen.

Schwank in 3 Akten von Alex. Engel und Jul. Horst.
Anfang 8¼ Uhr. — Billetts im **Krystall-Palast** u. bei **Aug. Polloh.**

Juli 1910 **Battenberg.** Juli 1910

Cattaneos
grosses akrobatisches Potpourri
Seener & Fredkins
russisches Gesangs- und Tanz-Ensemble.
The Morleys
in ihrem Musikal-Akt.
Sleedes
mysteriöses Hotel.
The Davids Duo
Scetch: „Die Dienstboten".
Mlle. Falliers
mit ihren Miniatur-Hunden.

Battenberg-Theater

Heute: Abends 8¼ Uhr: Zum 11. Male: Die letzten sechs Wochen. Militär-Schauspiel in 3 Akten von Leo Jungmann.
Morgen: Abends 8¼ Uhr: Auf der Sonnenseite. Lustspiel in 3 Akten von Oscar Blumenthal und Gustav Kadelburg.
Vorverkauf numerierter Billetts bei **Franz Stein**, Markt 16, und **Paul Pätzner**, neben Battenberg.

Gebt den Blinden Arbeit! Unterzeichneter Verein empfiehlt I. als Rohrstuhl- u. Bürstenmacher: Ehep. Heinisch, Sebastian-Bach-St. 17, H. pt., B. Maul, Lützner Str. 55, pt., Gustav Berdthold, Dölitz, Giebestr. 11, III.; II. Nur als Rohrstuhlflechter: Frau Burckhardt, Heinrichstraße 38, IV., Klara Beck, Li., Josephstr. 31, II., Martha Kaminke, Schleuß., Brockhausstr. 40, Odw. Ulrich, Nsch., Melanchthonstraße 3, II. r., P. Mutze, Kupfergasse 10; III. Als Klavierstimmer: A. Schulze, Bayersche Str. 44, H. II.; IV. Als ärztlich ausgebildete u. geprüfte Masseure: Th. Wunderlich, Eutr., Wittenberger Straße 51; M. A. Fischer, Aeußere Hallesche Straße 61. 10391] **Verein für erwerbtreibende Blinde Leipzigs.**

Theatervorstellungen.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser.

Direktion: Anton Hartmann.

Leipziger Schauspielhaus.

Sophienstraße 19.
Montag, den 11. Juli, abends 8 Uhr:
Gastspiel Anton Franck.

Sein Sündenregister.

Posse in 3 Akten von Fritz Friedmann-Frederich.
In Szene gesetzt vom Oberregisseur Ernst Bornstedt.

Peter Heidkamp	Anton Franck	Franz, Diener bei Heidkamp	Eugen Rex
Mia, seine Frau	Marga Malten	Frl. Lenchen, Schneiderin	E. Winterberg
Lassen, Geh. Kommerzienrat	Herm. Wolfram	Lindemann, Polizisten	Hans Greif
Léonie, seine Frau	Lore Busch	Walden	Fritz Schäfer
Dr. ing. Bergedorf	Wilh. Berthold	Ein Gärtner	Armin Faber
Artur Bach	Hans Leibelt		
Martens, Dienstmann	Ferd. Hölflein		

Ort der Handlung: Die Wohnung Heidkamps in einer größeren Stadt des Rheinlands. Karnevalszeit.
*** Peter Heidkamp . . . Anton Franck.
Pause nach dem 2. Akt.
Kassenöffnung 7¼ Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Sommer-Preise. (Inkl. Garderobe.)
Spielplan: Dienstag: Sein Sündenregister. Anfang 8 Uhr.

Neues Operetten-Theater.

Zentral-Theater.
Montag, den 11. Juli, abends 8 Uhr:
Schauspielgesellschaft des Direktors Paul Linsemann (Berlin).

Polnische Wirtschaft.

Schwank in 3 Akten von Kurt Kraatz und Georg Okonkowski.
Regie: Max Thomas.

Adalbert Mangelsdorf	Hans Jordan	Baron Edouard de la Bretonne, Aviatiker	Max Thomas
Gabriele, seine Frau	Dora Donato	Steinöl	Martin Lindemann
Erika, beider Tochter	Stella David	Schönemann, Zolinspektor	Walter Rich
Geheimrat von Belenius	Bruno Ferrand	Ernestine, seine Frau	Walda Böhler
Willi Hegewaldt, Rittergutsbesitzer	Gustav Albert	Höpiner, Musikdirektor	Helmuth Göze
Marga Hegewaldt	Valeria Verden	Adelheid, s. Frau	Marie Freudhofer
Hans Fiedler	Max Eckhardt	Jette Klossberger	Mia Brackebusch
Auguste, Dienstmädch.	Marh Ferrand		

Ort der Handlung: Der 1. Akt spielt in der Wohnung Mangelsdorfs, der 2. und 3. Akt auf Groß-Karschau, einem Gut in der Provinz Posen.
Pausen nach dem 1. und 2. Akt.
Einlaß 7¼ Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende 10¼ Uhr.
Sommer-Preise. (Inkl. Garderobe).
Spielplan: Dienstag: Polnische Wirtschaft. Anfang 8 Uhr.

Kleiner Anzeiger.

Vermietungen.

Süden.

Prödel, Gaschwitzer Weg 67, freundliche Wohnung zu verm.

Westen.

Lindenau, Güntherstr. 11, II. r., 2 große 2fenst. Stub., gr. Ka., gr. Küche u. Korrid. f. 320 ℳ z. 1. 10.

Wohnung m. Gart., 340 ℳ, p. 1. 10. z. v. Näh. Schl., Stieglitzst. 12, Lad.

Verkäufe und Käufe.

Weisses Einschlagpapier
(Druckausschuss)
à Ztr. 10.— Mk., ¼ Ztr. 2.50 Mk. zu verkaufen.
Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft
Tauchaer Straße 19/21.

Küchen-Handtücher
grau, gesäumt, à Stück **30** Pfg. **Elisab. Heidorn,** Dorotheenstr. 2.

Reelle neue Betten
Gebett 12.50, 14, 18, 25, 33 Mk., b. **Selmar Kraft,** Lindenau, Markt.

Achtung! Nur von feinsten Herrsch., Million., Kavalieren, Studenten wenig getrag. Sachen, feinste Maßarbeit, reine Wolle
Anzüge d. 70-100 gekost., j. 8, 12, 16, 24
Sommer-Ueberzieher
teilweise auf Seide gearbeitet.
Hosen, Jacketts spottbillig.
Eleg. Gesellsch.-Anzüge
sehr billig auch leihweise.
Mandel
Tauchaer Str. 22, I. [*

In Blauner's Monatsgarderoben-Geschäft, Reichsstr. 41, nur I. Etg., kauft man, wie in Leipzig bekannt, billig und gut Jackett- u. Rockanzüge, Sommer-Paletots, einzelne Beinkleider, Jacketts, eleg. Fracks u. Gesellschafts-Anzüge, auch leihweise. **Knaben-Garderobe billig.**

Plüsch-Tischdecken
— Mustersachen —
spottbillig zu verkaufen.
Salzgässchen 7, Hof I.

Feines Plüschsofa für 35 Mk. zu verkaufen. Körnerstr. 45, I. r.

Jeder staunt!!
von Studenten, Kavalieren, Doktoren u. nur von besseren Herrsch. wen. getrag. Anzüg., engl. Stoffe, Maßarb., reinwollene Sachen, welche neu 80 bis 100 Mk. gekostet hab., **8, 12, 15, 18, 22 Mk.,** einz. Hosen, Jacketts, Palet., eleg. Frack- u. Gehrock-Anz. spottbillig, auch leihweise.
Kanner, nur Plauensche Str. II, I.
Nähe Brühl.

Hygien. Frauenartikel sowie Brosch. Kindersegen u. kein Ende 30 ₰, bei Warenkauf umsonst. Auf Bestellung komme ins Haus. **K. G. Otto,** Schl., Semmestr. 88, pt.*

Kein Laden **Möbel- und Polsterwaren.** Vollst. Ausverkauf weg. Räum. eines Lagers. Klzsch., Klarastr. 6.*

Schrbf., Schrk., Sofa, Bettst. m. M., Chaisel., Wscht., Ti. Holteist. 15b, p.

Phonogr. Reitzenhainer St. 96, p. r.

Rad, 15 ℳ, Straßenrenner bill. Lindenau, Leutzscher Str. 24, H. II.

Beinahe zur Weltmarke erhoben wurden die rosig bekannten **Prima Holzkastenwagen,** à Stück **26 Mk.**
POPP SCHORSCH, Panorama.

3 Bettst. m. M. bill. Lange St. 17, I.*

Fahrrad-Laufdecken
1 Posten guter, frischer Ware wieder neu eingetroffen *
5½, 4.— 3½, 3.— 2½ ℳ
Schläuche 4.25 3½, 2½, 1½ ℳ
Sommerlatte, Blücherplatz.

Eleg. **Natur-Kastenwagen,** wie neu, Gelegenh. Täubchenw. 41, IV.

Schöner Sitz-Liegewagen f. 15 ℳ zu verk. Gohl., Lenaustr. 15, II. M.

1 sitz. **Sportwagen** für 3 ℳ zu verk. O. Pohle, Li., Klopstockst. 12, H. p. l.

Guterh. **Sportwagen** billig zu verkaufen. Li., Hähnelstr. 20, II. r.

Gute Waschgefässe, Pferdeeimer. Neud., Gemeindest. 42, F. Merkel.*

E. Käferstein
Neuschönefeld, Kirchstr. 77

süsser Sommerrübsen I 10 Pfd. **2.50** ℳ, Ztr. **23** ℳ, **II,** f. Qual., 10 Pfd. **2.25** ℳ, Ztr. **19** ℳ sowie alle Futterarten in feinster Mischung. Kanarienzüchter erhalten bei Abnahme von 5 Pfund **Grosspreise.** Fußringe mit Nr., 100 Stück 1 ℳ. **Chinesische Nachtigallen und Ziervögel** in großer Auswahl. **Aquarien und Terrarien, Tiere, Pflanzen, Sand, Erde.** *

Gr. Auswahl präm. Kanarien, hochf. Sommerrübs. sowie alle Sort. pa. Vogelf., Ameiseneier, Mehlw., gr. Käfiglager, v. 20 ₰ an. Max Kraft, Vogelfutterhdlg., Querstr. 17.

Tüchtige Maurer und Zimmerer werden eingestellt. **C. Brömme, Lindenau, Kindstr. 6.**

Nähm. z. L. ges. Petersteinweg 10, I.

Kaufe Kanarienweibch., Stck. 60 ₰. Dresdn. Str. 62, Vogelhandlung.

Arbeitsmarkt.

Zu baldigem Eintritt suchen wir einige **tüchtige** [13349*
Hartgummidreher.
Thüringer Glas-Instrum.-Fabrik W. Schmidt & Co., Gräfenroda i. Th.

Suche für sof. sauberes, zuverl. u. kinderl. 14 bis 16j. Mädchen zu 2 Kindern. Selbige müßte zu Hause schlaf. Li., Demmeringstr. 62.

Ordentl., fleissiges Dienstmädchen, welche das Kochen mit erlern. kann, z. 15. Juli ges. Z. erfr. Zig.-Gesch. Leu., Lindenauer St. 29

Unterricht.

Privat-Tanzunterricht jeder Zeit
H. Papst, Dufourstr. 22 *
Spez. f. ältere Damen u. Herren.

Wer lehrt Bandoneonspielen? E. Hartig, Christianstr. 27, IV.

Vermischte Anzeigen.

Ich warne hiermit jedermann meinem Sohn **Karl Hörig** auf meinen Namen zu borgen, da ich für ihn nicht aufkomme. **Frau Hörig,** Plagw., Gießerstr. 24, I. M.

Von der Reise zurück.
Zahnarzt Schellenberg
13255] **L.-Gohlis.**
Zahnarzt der Ortskrankenkasse.

Freitag, den 1. Juli, nachts kl. hellgr. Sommerüberzieher verloren. Gute Bel. Abzugeb. **Lind., Rinckartstr. 10, III. r.**

Ihre Anzüge w. wie „neu" gereinigt u. geblättert, Anzug **2.50** Mk. Abholung u. Zusendung frei. Postkarte genügt an **Wäscherei „Undine" Dölitz-Leipzig.**

Kammerjäger Wagner wohnt jetzt Leipzig, Antonstr. 14.

Inserate sind nicht an die Redaktion, sondern an die **Expedition** der Leipziger Volkszeitung zu richten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100711/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 11. Juli.

Geschichtskalender. 11. Juli 1700: Stiftung der Akademie der Wissenschaften in Berlin. 1896: Der Archäolog und Geschichtschreiber Ernst Curtius in Berlin gestorben (* 1814). 1909: Der Dichter und Novellist Hans Hoffmann in Weimar gestorben (* 1848).

•

Sonnenaufgang: 3,51, Sonnenuntergang: 8,18.
Mondaufgang: 0,1 vorm., Monduntergang: 10,58 nachm.

•

Wetter-Prognose für Dienstag, den 12. Juli:
Nordwestliche Winde, aufklarend, wärmer, Nachlassen der Niederschläge.

Nahrungsmittelfälschungen.

Die größte Zahl der Untersuchungen der Chemischen Untersuchungsanstalt erstreckten sich auf Milch und Molkereierzeugnisse. Ein Beweis dafür, daß hier am meisten gesündigt wird. 6639 Milchproben wurden untersucht, darunter 6305 Vollmilchproben. Und beanstandet wurden davon **1281 = 20,33 Proz.** Mehr als der fünfte Teil aller Milchproben mußten beanstandet werden. Entweder war der vorschriftsmäßige Fettgehalt nicht vorhanden, oder die Milch enthielt Schmutz, war gewässert oder entrahmt, oder enthielt auch mehrere dieser „Eigenschaften" zugleich. Der Bericht nennt die Einführung der Anmeldepflicht für Händler und Produzenten, wie sie in der neuen Milchverkehrsordnung vorgesehen ist, eine den Milchhandel günstig beeinflussende Maßnahme. Als das wichtigste Erbteil des alten Regulativs, als den Grundpfeiler der neuen Verkehrsordnung, sei jedoch die Beibehaltung der Mindestforderung eines Fettgehaltes von 3 Proz. für Haushaltmilch zu betrachten. „Mögen die Verhältnisse in anderen Städten liegen wie sie wollen, in Leipzig würde es einer Versündigung an der Wohlfahrt unserer Bevölkerung gleichkommen, wollte man von der bisherigen Forderung, deren segensreicher Einfluß statistisch einwandfrei erwiesen ist und allgemein von einsichtigen Personen anerkannt wird, abgehen. Eine Milchverkehrsordnung, die von einer Normierung des Fettgehaltes absieht, kann nur dort segensreich wirken, wo vorher überhaupt keine behördliche Regelung bestand; aber Gemeinden, die sich entschlossen haben, in den an die Qualität der Milch bisher gestellten Forderungen nachzulassen, haben ausnahmslos sehr schlechte, ernstzunehmende Erfahrungen gemacht."

Der Durchschnittsgehalt aller untersuchten, einschließlich der gefälschten Milchproben bewegten sich im Jahre 1909 in der Höhe von 3,17 Proz. Berücksichtigt man die erhebliche Zahl der Verwässerungen, Entrahmungen usw., so ergibt sich, daß die Milchqualität, soweit ihr Nährwert in Frage kommt, noch auf wünschenswerter Höhe steht. Unter den Molkereiprodukten erfreut sich die Buttermilch eines weitgehenden Zuspruchs. Da beobachtet wurde, daß in keinem einzigen Falle reine unverdünnte Buttermilch abgegeben wurde, mußte sich die Kontrolle auch auf dieses Nährmittel erstrecken. Der immer wieder angetroffene oft erhebliche Wassergehalt wurde entschuldigt durch das allgemein übliche Nachgießen von Wasser bei Herstellung der Butter. Obwohl die Anstalt anderer Meinung war, stellte sie sich unbegreiflicherweise auf den Standpunkt, daß ein Zusatz von Wasser bis zu 25 Proz. zu dulden ist, wenn er dem Publikum nicht verschwiegen wird.

Trotz der Steigerung der Zufuhr von Butter aus dem Ausland (Holland, Sibirien, Dänemark) hat nicht eine einzige Sendung zur Beanstandung Anlaß gegeben. Dies rührt zum Teil daher, daß die gesetzlichen Maßnahmen dieser Länder außerordentlich scharf sind. Auf Butterfälschungen werden hier nicht Geld-, sondern Freiheitsstrafen gesetzt. Schmelzbutter, die aus den südlichen Grenzbezirken kommt, ist nicht immer einwandfrei. Gegen zwei hiesige Fabrikanten wurde die Hilfe der Staatsanwaltschaft in Anspruch genommen, weil sie recht erhebliche Fälschungen von Schmelzbutter mit Margarine im ersten Falle, mit Kokosfett und Oleomargarine im andern Falle vorgenommen hatten.

Margarine, die Butter der armen Leute, wird in immer größeren Mengen abgesetzt, ist doch die deutsche Bevölkerung im Zeitraume der letzten 25 Jahre um 47,7 Prozent, der Rindviehbestand aber nur um 25 Prozent gewachsen. Während die großen Firmen sich mit den Forderungen des Margarinegesetzes abgefunden haben, zeigen eine Anzahl andrer Firmen häufig eine „erst mit gerichtlicher Hilfe zu beseitigende Mißachtung der gesetzlichen Bestimmungen". Darunter muß natürlich der reelle Handel leiden. Es ist auffällig, daß trotz des klaren Wortlautes des Gesetzes immer wieder Versuche unternommen werden, zubereitete Fette wie Oleomargarine, geschmeidiges Kokosfett unter Phantasiebezeichnungen auf den Markt zu bringen. Nach einer Verordnung des Bundesrats der Schweiz darf für Margarine keinesfalls der Zusatz Butter gebraucht werden. Eine ähnliche Bestimmung für Deutschland würde manchen Mißstand beseitigen. Besondere Erwähnung verdient noch die Tatsache, daß von hiesigen Gastwirten Margarine in Butterform gefordert wurde. Gegen den Verkauf von geformter Margarine ist die Untersuchungsanstalt häufig eingeschritten.

Die „sozialdemokratischen" Konsumvereine.

Die Konservative Korrespondenz, die für gewöhnlich die Amtsblätter und ein paar großstädtische Scharfmacherblätter mit Lesestoff versieht, druckt ein paar Zahlen aus dem Geschäftsbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ab und beschäftigt sich dann mit der Begrüßungsrede, die Rechtsrat Dr. Merkt in München vor dieser „Riesenkapitalvertretung" gehalten hat. Selbstverständlich mißbilligt die Kons. Korr. diese Rede auf das entschiedenste. Sie bemerkt dazu u. a.:

Ob den Mittelstand der Zentralverband deutscher Konsumvereine oder das in Warenhäusern und Banken arbeitende Großkapital mehr schädigt, ist nicht der Kernpunkt der Mittelstandsnotlage. Schaden wird von beiden Seiten dem Mittelstande zugefügt. Und dann darf wohl die Frage aufgeworfen werden, woher die 64 Millionen Mark, die als fremdes Kapital in den konsumgenossenschaftlichen Gründungen arbeiten, eigentlich stammen? Doch nur von den Großbanken. Die sozialdemokratischen Konsumvereine aber als Bundesgenossen des Mittelstandes anzusprechen, heißt die Verhältnisse gänzlich verkennen. Offiziell wird natürlich die Zugehörigkeit des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zur Sozialdemokratie bestritten; und da eine wirtschaftliche Vereinigung in ihren Statuten keine politischen Ziele vertreten darf, ohne der gesetzmäßigen Auflösung zu verfallen, wird den Leitern der Konsumvereine die Aufrechterhaltung ihrer „Neutralität" sehr leicht gemacht.

An dem Hinweise auf die Großbanken als Geldspender für die Konsumvereine ist die Sachverständigkeit der Kons. Korr. in genossenschaftlichen Fragen zu erkennen. Es ist daher gut, daß die Leipziger Neuesten Nachrichten, die am 30. Juni den Artikel der Kons. Korr. reproduzierten, in der Lage sind, die Beweisführung der Kons. Korr. in — diesmal unwiderleglicher Weise — zu ergänzen. Sie schreiben:

Erwähnt sei übrigens hier noch, daß, wie uns aus Riesa geschrieben wird, auf der von der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg betriebenen neuen Seifenfabrik in Gröba bei Riesa seit einigen Tagen eine mächtige rote Flagge weht. Dieses offene Bekennen der roten Farbe trägt erfreulicherweise auch sehr zur vollen Klarheit bei. In Gröba sollen außer der jetzt in Betrieb genommenen Seifenfabrik noch eine Tütenfabrik, eine Schokoladen- und eine Schuhfabrik von der Großeinkaufsgesellschaft für die nächsten Jahre geplant sein.

Das hätten sich die braven Hamburger, deren Flagge, geschmückt mit den drei Buchstaben G. E. G., in Gröba weht, auch nicht träumen lassen, welch revolutionäres Wahrzeichen in den Augen eines sächsischen „Ordnungsmannes" ihre Landesfahne darstellt. Ueber die weiteren Pläne der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine haben die Leipziger Neuesten Nachrichten übrigens unvollständig berichtet. Die Großeinkaufsgesellschaft hat bereits die ganze Gemeinde Gröba samt den sechs umliegenden Gemeinden erworben. Aus dem Gröbaer Rathause wird ein Verwaltungsgebäude der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine gemacht, die städtische Sparkasse wird zur Filiale der vereinigten Großbanken, von denen die Großeinkaufsgesellschaft ihr Geld erhält, sämtliche Einwohner Gröbas und der umliegenden Gemeinden treten in den Dienst der Großeinkaufsgesellschaft. Bald wird sich hier Fabrik neben Fabrik erheben, und das größte Fabrikgebäude wird eine Druckerei beherbergen, in der eine täglich sechsmal erscheinende Zeitung hergestellt wird, die gratis in ganz Preußen und Sachsen zur Verteilung gelangt, um die Schwindeleien der Blätter vom Schlage der Leipziger Neuesten Nachrichten und der Kons. Korr. ein für allemal unwirksam zu machen.

Konkurrenzunternehmen gegen die Leipziger Messe? Wurde schon vor einiger Zeit von einem Berliner Blatt, der Berliner Zeit am Mittag, Berlin als die zukünftige Stadt der Messen bezeichnet, so läßt sich dieselbe Zeitung jetzt aus München berichten, daß „die Agitation, die auf die Errichtung einer ständigen Münchener Messe als Konkurrenzunternehmen zur Leipziger Messe hinarbeitet, einen erheblichen Erfolg zu verzeichnen" habe. „Durch eine großzügige Propaganda in allen Weltteilen sollen Importeure, Exporteure, Kaufleute und das große Publikum auf die Münchener Messe aufmerksam gemacht werden. Dem europäischen Süden, namentlich Oesterreich-Ungarn, Rumänien und den übrigen Balkanländern wird, wie man hier behauptet, die Münchener Messe gelegener als die Leipziger sein, besonders, wenn für die Behebung aller Zollschwierigkeiten gesorgt wird. Die Münchener Messe soll im ganzen großzügiger als die Leipziger Messe werden und außer allen gewerblichen und Rohartikeln auch Gewicht auf den Vertrieb kunstgewerblicher und geschmackvoller Qualitätsartikel, wie sie besonders in Oesterreich hergestellt werden, legen." Daß sich eine Münchener Messe, die großzügiger wie die Leipziger Messe sein soll, so gewissermaßen aus dem Handgelenk schütteln läßt, glaubt man natürlich ebensowenig in Berlin wie in München. Man beabsichtigt schließlich auch in München nur einen Versuch zu machen, der nur den Erfolg haben dürfte, die maßgebenden Kreise in Leipzig anzuspornen, unablässig an dem weiteren Ausbau der Leipziger Messe zu arbeiten. Dann werden alle Konkurrenzversuche fehlschlagen.

Die Ferien der Stadtverordneten nehmen in dieser Woche ihren Anfang. Am Mittwoch findet die letzte Sitzung statt, zu der eine reichhaltige Tagesordnung veröffentlicht wird. Es sind jedoch nur wenige Punkte, die ein größeres Interesse beanspruchen. Es wird unter anderm verhandelt über den Bau des Gebäudes für Arbeitsnachweiszwecke, die Herstellung des Hauptbahnhofsvorplatzes, die Neureglung der Beamten usw. Außerdem wird die Wahl der Wahlgehilfen zu den Stadtverordnetenwahlen vorgenommen. Die Ferien der Stadtverordneten dauern bis zum September.

Rücktritt des Kreishauptmanns. Im Vorstand der Leipziger Kreishauptmannschaft tritt am 1. Oktober eine Aenderung ein. Der Kreishauptmann v. Welck hat um seinen Abschied aus dem Staatsdienst gebeten. Kreishauptmann v. Welck war seit dem 1. April 1906 Vorsteher der Kreishauptmannschaft Leipzig. Sein Nachfolger wird der gegenwärtige Kreishauptmann von Chemnitz, v. Burgsdorff.

Von der Sammlung der Ortsgesetze der Stadt Leipzig ist nun auch der erste Band erschienen, nachdem schon im Vorjahr der 2., 3. und 4. Band zur Ausgabe gelangt sind. Die Sammlung enthält die für die städtische Verwaltung und die Bürgerschaft richtigsten örtlichen Bestimmungen. Sie beschränkt sich nicht auf die eigentlichen Ortsgesetze, sondern enthält auch die „Regulative und sonstigen allgemeinen Anordnungen in polizeilichen Angelegenheiten", ferner die „Geschäftsordnungen" des Rates, der Stadtverordneten und die Geschäftsordnung für die gemeinschaftlichen Sitzungen von Rat und Stadtverordneten. Nicht aufgenommen sind dagegen die baurechtlichen und die mit der Baupolizei zusammenhängenden feuerpolizeilichen Bestimmungen. Die Sammlung enthält alle Ortsgesetze usw. bis zum 1. April 1909. Ihre Ergänzung soll die Sammlung in dem vom Rate herauszugebenden Ortsgesetzblatt finden.

Der achte internationale Genossenschaftskongreß findet vom 5. bis 7. September in Hamburg statt. Die Tagesordnung für den Kongreß lautet: 1. Bericht des Zentralvorstandes über die Tätigkeit des Internationalen Genossenschaftsbundes seit dem Kongreß in Cremona. 2. Revision der Statuten des Internationalen Genossenschaftsbundes. 3. Die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Gegenwart und Zukunft. a) Das Konsumgenossenschaftswesen. b) Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen. c) Das Kredit- und gewerbliche Genossenschaftswesen. 4. Was können die Baugenossenschaften zur Lösung der Wohnungsfrage beitragen?

Der Zopf bleibt. Ein Jahresfahrplan ist bekanntlich seit dem 1. Mai zum erstenmal auf den meisten deutschen Eisenbahnen eingeführt, so daß es eigentlich keinen Winterfahrplan mehr gibt. Wie wir schon früher mitgeteilt hatten, bleibt es aber den einzelnen Direktionen überlassen, zum 1. Oktober den Aushängefahrplan neu zu drucken oder ihn etwa nur zu überkleben. Sind die Aenderungen, die mit dem Ende des Sommers eintreten, umfangreich, so muß natürlich ein neuer Fahrplan gedruckt werden, auch wenn die Aenderungen schon bei der Aufstellung des Fahrplans zum 1. Mai festgesetzt waren, abgesehen von kleineren Aenderungen, die sich im Laufe des Sommers wie zu allen Jahreszeiten ergeben. Wie uns nun mitgeteilt wird, beabsichtigen einzelne Eisenbahndirektionen für den 1. Oktober sowohl einen ersten als auch einen endgültigen Entwurf aufzustellen und zu verschicken. Bei dem ersten Entwurf sollen die Aenderungen gegenüber dem jetzigen Fahrplan rot überdruckt werden. Der neue Fahrplan erhält, wie der vom Frühjahr, die Bezeichnung lediglich nach dem Tage seines Inkrafttretens, also „vom 1. Oktober". Es bleibt natürlich Behörden wie Privaten unbenommen, diesen neu gedruckten aber in der Hauptsache unveränderten Fahrplan als Winterfahrplan zu bezeichnen, so daß dieser wieder gewissermaßen auferstanden ist. Die Fahrpläne für den inneren Dienst sollen im allgemeinen nur einmal im Jahr gedruckt werden.

er. **Eine schärfere Ueberwachung der Schankwirtschaften für alkoholfreie Getränke** steht bevor. Bekanntlich hatte im letzten Winter der Bezirksverband der Gastwirte der Amtshauptmannschaft Flöha an den Landtag eine Petition gerichtet um Ausdehnung der Konzessionspflicht für Schankwirtschaften auch auf diejenigen Schankwirtschaften, die alkoholfreie Getränke verschänken und die einer Erwägung der Bedürfnisfrage noch nicht unterliegen. Bei Beratung dieser Petition in der Ersten Kammer schilderte Oberbürgermeister Keil-Zwickau in drastischer Weise einige Fälle, in denen festgestellermaßen alkoholfreie Wirtschaften Lasterhöhlen schlimmster Art gebildet hatten. Trotzdem haben sich die Kammern nicht dazu verstanden, die Ausdehnung der Konzessionspflicht auch für alkoholfreie Wirtschaften zu verlangen. Indessen hat jetzt das Ministerium des Innern an sämtliche Amtshauptmannschaften eine Verordnung erlassen, worin diese angewiesen werden, den Lokalen für alkoholfreie Getränke ihre ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und bei zutage tretenden Mißständen rücksichtslos einzuschreiten.

Berichtigung. Im Bericht über die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den 12. Reichstagswahlkreis muß es heißen: Für den Wahlfonds gingen 1200 Mark, nicht 200 Mk. ein.

Drei Selbstmorde und ein Selbstmordversuch. Durch einen Sprung aus dem Fenster tötete sich gestern früh in der Gustav Adolf-Straße ein 56jähriger Kaufmann. Ein Nervenleiden hat den Unglücklichen zum Selbstmord getrieben.

Ferner hat sich in der Zeitzer Straße eine 51 Jahre alte Aufwärterin aus einem Fenster ihrer im 3. Obergeschoß liegenden Wohnung in den Hof hinabgestürzt, was den sofortigen Tod der Unglücklichen zur Folge hatte.

Heute früh hat sich auf dem neuen Reudnitzer Friedhofe ein in der Idastraße in L.-Volkmarsdorf wohnender 39 Jahre alter Buchbinder aus noch unaufgeklärter Veranlassung erschossen.

In einem Grundstücke der Grimmaischen Straße versuchte sich ein 18jähriger Handlungsgehilfe aus L.-Gohlis durch einen Schuß in die Brust zu töten, was ihm aber nicht gelang. Der Verletzte wurde noch lebend in das Krankenhaus gebracht. Der Beweggrund zu diesem Selbstmordversuch ist nicht aufgeklärt.

Vermißt wird seit dem 5. Juli der 42 Jahre alte Kaufmann Hermann Richard Kießig aus der Oststraße. Der Verschwundene ist untermittelgroß, untersetzt, hat dunkelblondes Haar, ebensolchen Schnurrbart, blaue Augen und volles Gesicht. Bekleidet ist er mit einem dunkelbraunen, karierten Jackettanzug und schwarzem, steifem Hute.

Am 30. Juni verschwand spurlos aus der elterlichen Wohnung in der Lößniger Straße die 15jährige Arbeiterin Friederike Selma Hempel. Es wird befürchtet, daß ihr ein Unglück zugestoßen ist. Das junge Mädchen ist von schmächtiger Gestalt, hat blondes Haar, braune Augen und trug zuletzt eine schwarze Jacke, schwarzen Rock, schwarze Schürze und Schnürschuhe.

Ferner wird noch seit dem 30. Juni der 36 Jahre alte, in L.-Schleußig wohnhaft gewesene Ingenieur Emil Hans Felix Herzog aus L.-Reudnitz vermißt. Der Verschwundene ist nervenkrank. Es wird angenommen, daß er umherirrt.

Entgleist. Auf der Eisenbahnstrecke zwischen Leipzig und Wahren sind heute früh in der Nähe der Dübener Chaussee vier Wagen eines Güterzugs entgleist. Es ist dabei zum Glück niemand zu Schaden gekommen. Eine Verkehrsstörung ist nicht eingetreten.

Ein Betrüger erschien in einer Wohnung der Ostvorstadt und brachte für einen dort wohnenden, aber abwesenden Herrn ein angeblich bestelltes Paket mit einer Hose, wie der Unbekannte sagte. Er hat sich dafür einen Betrag zahlen lassen. Hinterher stellte es sich heraus, daß das Paket Hobelspäne statt der Hose enthielt.

Diebstähle. Gestohlen wurde mit Hilfe eines Nachschlüssels aus einer Wohnung der Reichsstraße eine goldne Taschenuhr mit Kette und ein Geldbetrag, ferner aus einer Wohnung der Schenkendorfstraße ein größerer Geldbetrag, aus einer Wohnung in der Kaiserstraße ein Gebett Betten; aus der Wartehalle des Berliner Bahnhofs sind zwei Kartons mit Frauenkleidern und Wäsche im Werte von 100 Mark und aus dem Kontor einer Buchhandlung in der Karlstraße, in das die Diebe nachts eingedrungen waren, 20 Mark und auf dieselbe Weise aus einem Kommissionsgeschäft in der Arndtstraße 65 Mark gestohlen worden.

Verhaftungen. Beim Stehlen in einer Kirche ertappt wurde ein 20jähriger Mechaniker von hier. Er hat aus den abgelegten Kleidern der Choristinnen ein Portemonnaie gestohlen. Dem Diebe fallen auch noch andere derartige Diebstähle zur Last.

In der Reichsstraße wurde ein 20jähriger Arbeiter bei der Entwendung eines Fahrrades festgenommen.

Ein Fahrraddieb wurde in der Person eines 20jährigen Kellners dingfest gemacht. Zwei seiner Komplizen befinden sich bereits in Haft.

Wegen einer unsittlichen Verfehlung an einem 13jährigen Mädchen wurde ein 56 Jahre alter Tischler aus Calbitz in Haft genommen.

Verhaftet wurden ferner wegen Diebstahls ein 51 Jahre alter Arbeiter aus Limbach, ein 26jähriger Former aus Neustadt und ein 18jähriger Mechaniker aus Wolfshain. Dieser

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100711/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

hat aus einer Wohnung der Windmühlenstraße einen Geldbetrag gestohlen.

Ein auswärts festgenommener Arbeitsbursche hat zugestanden, daß er im April auf dem hiesigen Bayerschen Bahnhofe zwei Damen im Alter von etwa 18 und 40 Jahren um eine braunlederne Handtasche mit Riemen und 115 Mk. Inhalt bestohlen habe. Die Damen werden ersucht, sich bei der Kriminalpolizei zu melden.

Aus der Umgebung.

Thekla. Aus dem Gemeinderate. In der am 7. Juli stattgefundenen Sitzung wurde von der letzten Nahrungsmitteluntersuchung mitgeteilt, daß von 20 Proben nicht eine einzige beanstandet worden sei. — Der vom Gemeinderate vorgeschlagene Vergleich wegen der Wertzuwachssteuer in Sachen Geyler und Genossen in Höhe von 750 Mk., wurde angenommen. — Dem Gesuche des Ofensetzers Otto R. um Steuergestundung wurde bis 20. Juli stattgegeben. — Gegen das Gesuch der verehelichten Eisner um Erlaubnis zur Aufnahme eines Ziehkindes wurde nichts eingewendet. — Die diesjährige Obstverpachtung ergab für die Apfelallee 46 Mk., für die Birnenallee 202 Mk., zusammen 248 Mk. — Die Gemeinde-, Armen- und Feuerlöschkassenrechnungen auf das Jahr 1909 sind von den Revisoren geprüft worden. Die Gemeindekasse schließt ab mit einer Einnahme von 38818.72 Mk. und einer Ausgabe von 37477.08 Mk., so daß ein Kassenbestand von 1341.64 Mk. verbleibt. Die Armenkasse weist eine Einnahme von 4445.74 Mk. und eine Ausgabe von 1933.57 Mk. auf, so daß ein Kassenbestand von 2512.17 Mk. zu verzeichnen ist. Die Feuerlöschkasse hat eine Einnahme von 392.10 Mk. und eine Ausgabe von 515.97 Mk., so daß ein Fehlbetrag von 123.87 Mk. verbleibt. Diese Rechnungen sollen vier Wochen lang während der üblichen Geschäftszeit zur Einsichtnahme im Gemeindeamte ausgelegt werden. — Das Baugesuch des Allgemeinen Turnvereins zum Neubau einer Turnhalle wurde vom Gemeinderat unter den üblichen Bestimmungen genehmigt.

Aus dem Schulvorstande. In der am 6. Juli stattgefundenen Sitzung wurde dem Schulgelderlaßgesuch für das vierte Kind des Maurers Friedrich Wilhelm B. entsprochen. — Dem Ankaufe von neuen Büchern für die sogenannte Volksbibliothek wurde zugestimmt. — Von den Pensionsverhältnissen der Nadelarbeitslehrerinnen nahm man Kenntnis. — Für die Nadelarbeitslehrerin wurden für sechs wöchentliche Unterrichtsstunden jährlich 240 Mk. gewährt. — Die Sommerschulferien beginnen Montag, den 18. Juli, und enden Mittwoch, den 10. August. — Wegen der in der vorigen Sitzung angeregten Anstellung eines Schularztes hielt Pfarrer Hermelink ein kleines Referat über die Pflichten eines Schularztes. Der Schulvorstand sprach sich dahin aus, daß man sich einmal mit Herrn Dr. Schwarze wegen der Anstellung eines Schularztes in Verbindung setzen solle.

Naunhof. In der letzten Sitzung des Stadtgemeinderats wurde u. a. der mit der Ortskrankenkasse Leipzig wegen Abtretung der Körnerstraße abzuschließende Vertrag nach Einschaltung eines Zusatzes in Punkt 4 gutgeheißen. Er soll der Ortskrankenkasse Leipzig vorgelegt werden. — Der zwischen der Stadtgemeinde und der Zusammenlegungs-Genossenschaft abzuschließende Vertrag über Abtretung der Weststraße ist von der Kreishauptmannschaft Dresden als Generalkommission für Ablösungen und Gemeinheitsteilungen genehmigt worden. Es soll nunmehr der zwischen der Stadtgemeinde Leipzig und der Stadtgemeinde Naunhof vereinbarte Vertrag wegen der weiteren Wasserversorgung Naunhofs aus den Leipziger Wasserwerken mit dem am 27. Mai d. J. beschlossenen Abänderungen abgegeben werden. — Von der Antwort des Kirchenvorstands, daß die Obliegenheiten des Friedhofswärters und Totenbettmeisters nur von einer Person ausgeübt werden sollen, wurde Kenntnis genommen. Wegen der Ausschreibung und der Besetzung der Stelle, der Gehaltsregelung und der Obliegenheiten nach der Dienstanweisung soll mit dem Kirchenvorstande eine gemeinschaftliche Verhandlung stattfinden. — In geheimer Sitzung wurde von den mit den Erdmannshainer und Naunhofer Anliegern der Parthe wegen der Berichtigung des Flußlaufes stattgefundenen Verhandlungen Kenntnis genommen. Die Zeichnungen sind der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorzulegen. Weiter wurde in drei Besitzwechselabgabensachen, über zwei Gemeindesteuer-Reklamationen, über einen Gasgeldrückstand und in einer Armensache Beschluß gefaßt.

Liebertwolkwitz. Wegen Sittlichkeitsvergehens wurde ein 44 Jahre alter Handarbeiter von hier verhaftet und an die Leipziger Staatsanwaltschaft abgeliefert. Der Mann soll sich an Kindern unter 14 Jahren vergangen haben.

Böhlitz-Ehrenberg. In der letzten Gemeinderatssitzung wurden zunächst einige Armensachen erledigt. In der Sache O. in Leipzig wurde beschlossen, die O. in eigene Fürsorge zu nehmen. Die Unterstützung der Frau F. wurde in der Weise geregelt, daß vorläufig 2 Mk. pro Kind bezahlt, mit Frau F. aber nochmals verhandelt werden soll. In der Armensache Sch., Weßmar, soll der frühere Beschluß bestehen bleiben. — Von einem Schreiben der Thüringer Gasgesellschaft nimmt man Kenntnis. — Ebenso von der Aufhebung des Militärverbots im Ritterschlößchen. — In Sachen des Wegebaubeitrags Schkölziger wurde die Ansicht vertreten, daß Schkölziger den vorjährigen Beitrag in Höhe von 75 Mk. zu zahlen hat. — Ein Kantinengesuch von Knoblauch soll befürwortet werden. — In einem Schreiben an die hiesigen Fabrikbesitzer soll dem Wunsche Ausdruck gegeben werden, das zu Beginn und Schluß der Arbeitszeiten und -Pausen übliche Pfeifen ganz einzustellen. — Die Errichtung einer Eisengießerei in der Mittelstraße soll aus Gesundheitsrücksichten nicht befürwortet werden. Der Gemeindeälteste und Baumeister Sch. enthält sich der Abstimmung.

— Schulvorstandssitzung. Nach einer Verfügung der Bezirksschulinspektion wurde beschlossen, der Nadelarbeitslehrerin vom 1. April 1910 ab 1250 Mk. (inkl. 200 Mk. Wohnungsgeld) zu zahlen. — Die Vergebung der Malerarbeiten (Streichen der Fenster des 1903 erbauten Schulteils) wurde Herrn Wilhelm für den Preis von 169.85 Mk. übertragen, während das Streichen des Staketts der Schule, der Firma König & Striegler zum Preise von 1.50 Mk. für den laufenden Meter zugeteilt wurde. — Das Schulgelderlaßgesuch der verw. K. wurde abgelehnt. — Die Anträge des Bauausschusses, verschiedene Reparaturen in den Ferien ausführen zu lassen, fanden Zustimmung. — Gegen die Errichtung der Hartwigschen Eisengießerei in der Mittelstraße soll, da die Schulkinder durch die Schwefeldämpfe zu leiden hätten, eine Eingabe gemacht werden. — Von der durch die Schulvorstandsmitglieder Nietze und Trube geprüften und richtig gefundenen Schulkassenrechnung wurde Kenntnis genommen. Das Gesuch Ns. um Befreiung von der Zahlung des Schulgeldes für das fünfte Kind wurde genehmigt.

Wahren. Raubanfall. Ein 17 Jahre alter Arbeiter, Johann Dombrowski aus Strasburg in Westpreußen, hat der Leipziger Polizei gemeldet, daß er in der Nacht zum 9. Juli gegen 4 Uhr in der Nähe von Wahren von drei unbekannten Männern angefallen und beraubt worden sei. Die Männer sollen aus dem Chausseegraben gekommen sein. Einer von den Dreien habe ihm den Rucksack abgeschnitten und das Jackett ausgezogen, während ihn die beiden anderen am Arme festgehalten hätten. Der Arbeiter hat weiter angegeben, es sei ihm, um das Schreien zu verhindern, Heu in den Mund gestopft worden. Den Rucksack, in dem sich ein neuer schwarzer Anzug, eine schwarze Sportmütze, ein Paar neue schwarze Lederschnürschuhe, 6 bis 7 rote Taschentücher und 4 Hemden befunden haben, hätten die Räuber mitgenommen. Das Jackett, aus dem sie 6 Mk. und die Papiere Ds. gestohlen haben sollen, sei liegen geblieben. Ueber die Täter konnte der Ueberfallene keine näheren Angaben machen. Er will nur gesehen haben, daß einer der Männer ein zerrissenes graukariertes Jackett getragen habe.

Zwenkau. Unfall. Auf dem Schützenplatze verunglückte ein junger, in der Bahnhofstraße wohnender Arbeiter durch Sturz aus einer amerikanischen Luftschaukel. In bewußtlosem Zustande wurde der Unvorsichtige, der sich im Schiffe gestellt hatte, in seine Wohnung gebracht.

— Krankenpflege. Ein Wohltätigkeitsverein, bei dem auch die Amtshauptmannschaft die Hand im Spiele zu haben scheint, soll für den hiesigen Bezirk ins Leben gerufen werden, und gar eifrig sind einige bessere Damen tätig, an der Spitze Frau Dürr aus Gaschwitz, Mitglieder zu werben und Jahresbeiträge zusammen zu schnorren. Einige dieser Damen benutzen dazu die Zeit, während der die Männer ihrer Arbeit nachgehen. Es gibt Frauen, die auch ihr Scherflein beigetragen haben, ohne zu bedenken, daß sie dadurch Mitglied des Wohltätigkeitsvereins geworden und zum Zahlen auch für spätere Jahre verpflichtet sind. Der Verein bezweckt die Anstellung von Krankenpflegerinnen, die nicht nur Kranke pflegen, sondern auch dort, wo Krankheit herrscht, gegebenenfalls das Essen kochen sollen. Auch soll bei einer Vertrauensperson ein von Frau Dürr erfundener Schrank für die Krankenpflege aufgestellt werden, dessen Inhalt den Mitgliedern unentgeltlich und leihweise zur Verfügung steht. Die Krankenpflegerinnenfrage ist in unserer Stadt nicht neu. Vor etwa zwei Jahren machte der Frauenverein in Gemeinschaft mit der Geistlichkeit beim Stadtgemeinderat einen derartigen Vorstoß. Die Stadt sollte dabei wohl den Löwenanteil der Kosten übernehmen, hatte aber in den Anstellungsvertrag nichts hinein zu reden. Damals gingen die Stadtverordneten nicht darauf ein, wobei zum Ausdruck gebracht wurde, daß, wenn einmal Krankenschwestern angestellt werden sollen, dies durch die Stadt geschehe. In der Sitzung am 22. Juni d. J. lag dem Stadtgemeinderat eine Eingabe des Wohltätigkeitsvereins vor. Darin wurde mitgeteilt, daß der Gehalt für die Krankenpflegerinnen für dieses Jahr durch den Wohltätigkeitsverein gedeckt sei und die Stadtgemeinde nur zwei Wohnungen für die Schwestern, die Reinigung der Wäsche und die Beköstigung zu übernehmen brauche. Nach flüchtiger Berechnung würden der Stadt in diesem Jahre dadurch rund 1000 Mk. Kosten entstehen, im übrigen hat sie „nichts to seggen". Vorläufig ruht die Sache in den Händen des Armenausschusses, der hoffentlich dazu kommt, dem Plenum ein ablehnendes Gutachten zu unterbreiten. Nun werden sich die Damen entrüsten und sagen: Seht, die Sozialdemokraten propagieren wohl ihre Ideen, aber am Wohlergehen der Menschheit ist ihnen nichts gelegen. Darauf ist zu erwidern: Wenn die Stadt einmal für die Krankenpflege 1000 Mk. ausgibt — im nächsten Jahre, wenn die „Wohltätigkeitspfennige" spärlicher eingehen, wird sich die Summe auch nicht niedriger stellen —, dann kann sie auch noch ein paar Hundert Mark drauflegen und selbst Pflegerinnen anstellen, wozu auch die Ortskrankenkasse Mittel übrig haben wird. Dann haben alle Einwohner oder Familien in schweren Krankheitsfällen Anspruch auf die Pflegerin und brauchen nicht der Wohltätigkeit der Damen, die sichs selbst den Haufen nicht kosten lassen, anheim zu fallen. Lediglich gegen die Art der Anstellung richten sich vorstehende Zeilen.

— Das „Siebenmännerhaus". Ueber den Bau des Hauses Ecke Post- und Albertstraße ließe sich eine Chronik schreiben. Bauherren ohne Geld kamen und gingen. Wohl sieben übten ihre Kunst bis zur „Vollendung" dieser Mietskaserne. Der Dalles der „Baumeister" war immer sehr groß, so daß der Bau einmal wegen Nichtauszahlens des Lohnes gesperrt wurde. Wer Interesse an der Entwicklung der Stadt und an der Bebauung der Bauplätze hat, wird mit einiger Besorgnis der Fertigstellung des Eckbaues entgegengeblickt haben. Das Haus, das seiner vielen „Bauherren" halber den Spottnamen „Siebenmännerhaus" erhalten hat, ist äußerlich vollendet. Ja es ist sogar zum Teil schon bewohnt. Und es wird berichtet, daß die Bewohner verstohlen in Nachbarhäuser huschen, weil im Siebenmännerhaus die — Aborte nicht fertig sind. Da sie nichts mehr gepumpt bekamen, streckte ein Arbeiter den „Brotherren" in letzter Zeit das Geld zum Kalk vor. Mit andern Kollegen trauert er nun neben seinen Barauslagen um den rückständigen Lohn. Wie erzählt wird, soll nach der Aufführung der Mauer noch Sand aus dem Grunde und Hofraum gegraben worden sein. Wenn sich das bewahrheitet, wäre damit eine Gefahr für die Bewohner des Hauses verbunden. Jedenfalls ist eine gründliche Untersuchung am Platze. Dieser Sorte von Bauherren aber, die jetzt von hier verschwunden sind und in Lucka oder Meuselwitz ihre „segensreiche Tätigkeit" ausüben, müßte das Handwerk gründlich gelegt werden.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Aus Kränkung zum Totschläger geworden wäre beinahe der erst 19 Jahre alte Schneidergeselle Klemens Gerhard Gühne aus Großwoitzschen. Der körperlich kleine Angeklagte gibt an, daß er, nachdem er beim Vater seine Lehrzeit beendet hatte, auf Wanderschaft gegangen ist und zuletzt in Köln gearbeitet hat. Der Angeklagte hatte früher, als er noch zu Hause war, ab und zu für den Kirchschullehrer Reinhold in Großwoitzschen Besorgungen gemacht. Unter anderm ist er auch einmal mit einem Handwagen nach dem Bahnhof gefahren, um für eine von der Reise zurückkehrende Tochter den Koffer abzuholen. Bei dieser Gelegenheit sind ein paar Schuhe fortgekommen, und da im Orte fortwährend das Gerücht umging, daß er der Dieb sei, so stieg er einmal nachts bei dem Lehrer ein und zerschnitt zwei Kleider, weil er glaubte, daß die Lehrerseheleute das Gerücht in Umlauf gesetzt hatten. Wegen dieser Sachbeschädigung hat er damals sechs Wochen Gefängnis bekommen. Es ist wegen dieser Angelegenheit auch zu einem Prozeß zwischen den Eltern des Angeklagten und dem Lehrer gekommen, infolgedessen die Mutter des Angeklagten schwer erkrankte. Nun ging er auf Wanderschaft, aber die Gedanken an die Beschuldigung hätten ihn nie verlassen. Er kaufte sich in Köln einen Revolver und fuhr bis Leisnig. Er ist mit Absicht nicht in Großwoitzschen ausgestiegen, um nicht gesehen zu werden. Er kam am 7. Februar dieses Jahres, abends ½10 Uhr, nach Großwoitzschen, um dem Lehrer für die ihm angetane Unbill eins auszuwischen. Den Revolver will er nur zu seinem Schutze gekauft haben. Nach vollbrachter Tat hoffte er unbemerkt davon zu kommen und wieder nach Köln zurückzureisen. Beim Lehrerhause angekommen, ist er mittels einer Leiter ins Haus gestiegen, versehen mit einer elektrischen Taschenlampe und etwas Pfeffer, den er bereit hielt für den Fall, daß ihm jemand entgegenträte. Als er ins Haus gekommen war, trat ihm eine Person (die Lehrersfrau) entgegen, der er, wie er sagt, in Angst seinen Mantel überwarf; nunmehr trat ihm Lehrer Reinhold entgegen und er schoß mit dem Revolver auf ihn; er will aber nicht absichtlich geschossen haben. Als Reinhold ihn dann zu Boden warf, sei der Revolver noch zweimal losgegangen. Er ist dann gefaßt, gebunden und ins Gefängnis gebracht worden.

Gemeindevorstand Thomas stellt der Familie des Angeklagten ein gutes Zeugnis aus. Er hat den Lehrer Reinhold seinerzeit zur Wahl empfohlen, aber dieser ist nicht recht beliebt bei den kleineren Leuten, weil er es mehr mit den Gutsbesitzern hält. Am Tage der Tat saß er mit andern im Gasthause und hörte Hilferufe. Die Töchter des Lehrers riefen um Hilfe, aber die Leute konnten nicht gleich ins Haus hinein. Der Lehrer schrie: Der Gühne ist es, der Schweinehund! Holt Stricke. Als G. dann gebunden war, fragte der Zeuge den G., warum er das getan habe. G. habe geantwortet, es sei eine Wut über ihn gekommen. G. habe auf weiteres Befragen ihm angegeben, das Zerschneiden der Kleider allein besorgt zu haben.

Frau Lehrer Reinhold gibt an, sie habe am kritischen Abend gerade zu Bett gehen und zuvor den Abort aufsuchen wollen. Als sie die Tür des Aborts öffnete, bemerkte sie den Angeklagten darin; sie schrie erschreckt, der Angeklagte habe sie angepackt und sie fühlte etwas Warmes am Halse, welche Empfindung von dem Schuß herrührte. Nun kam ihr Mann hinzu, und sie hörte einen zweiten Schuß. Der dritte Schuß fiel, nachdem ihr Mann mit dem Angeklagten handgemein geworden war. Ihr Mann habe dem Angeklagten die Arme festgehalten und sie habe ihm den Revolver weggenommen. (Die Verhandlung dauert fort.)

Aus der Partei.

Das Verbot von öffentlichen Aufzügen und öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel in Berlin vor dem Oberverwaltungsgericht.

Bevor der Berliner Polizeipräsident die großen Wahlrechtsdemonstrationen im April genehmigte, hat er bekanntlich auf einem andern Standpunkt gestanden. Für den 6. März, wo dann der berühmte Tiergarten-Spaziergang stattfand, hatte er dem Genossen Eugen Ernst vom Berliner Aktionsausschuß die Genehmigung zu öffentlichen Aufzügen und öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel innerhalb Berlins versagt, worauf Ernst im Verwaltungsstreitverfahren klagte.

Der Polizeipräsident rechtfertigte das Verbot damit, daß eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit (§ 7 des Reichsvereinsgesetzes) zu befürchten gewesen sei. Am 13. Februar dieses Jahres hätten 100 000, nach der Schätzung des Vorwärts sogar 200 000 Menschen, in Berlin öffentliche Straßenumzüge veranstaltet. Die Genehmigung sei nicht nachgesucht gewesen, also auch nicht erteilt worden. Die Teilnehmer handelten somit gesetzwidrig. Am 6. März würde es sich im wesentlichen um dieselben Teilnehmer handeln. Da sie bewiesen hätten, daß sie Gesetzwidrigkeiten nicht scheuten, so wäre eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten. Deshalb habe gemäß § 7 des Reichsvereinsgesetzes die Genehmigung für Versammlungen unter freiem Himmel und öffentliche Aufzüge innerhalb Berlins versagt werden müssen. — Dann fügte der Polizeipräsident in der Klageerwiderung noch hinzu, die gewaltigen Menschenmassen seien am 13. Februar trotz polizeilicher Warnung (die bekannte v. Jagowsche Plakatstillübung ist gemeint) unter Nichtbeachtung der gesetzlichen Bestimmungen in großen Aufzügen über viele Straßen Berlins johlend und schreiend gezogen unter Mißachtung der Autorität der öffentlichen Sicherheitsorgane. Die Kundgebungen hätten den gleichen Zweck gehabt, wie die für den 6. März geplanten, nämlich den einer Wahlrechtsdemonstration. Demnach habe die Gewähr gefehlt, daß die Veranstalter der für den 6. März geplanten Veranstaltungen die Autorität über die von ihnen zu berufenden Menschenmengen besitzen würden, um sie von Gesetzwidrigkeiten abzuhalten.

Der Bezirksausschuß wies die Klage des Genossen Ernst ab, indem er sich die Gründe des Polizeipräsidenten zu eigen machte und betonte, daß unter den zur Zeit des Erlasses des Verbots obwaltenden Umständen und tatsächlichen Verhältnissen aus allgemeinen Erwägungen die Befürchtung einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit aus der Veranstaltung von öffentlichen Aufzügen, aber nicht minder von öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel, wohl begründet erschien. Es hätte die Größe der Residenzstadt, die politische Erregung aus Anlaß der Wahlrechtsvorlage und der Umstand berücksichtigt werden können, daß in jeder Ansammlung einer jeden großen Menschenmenge notorisch eine Gefahr zu erblicken sei. Letzteres auch deshalb, weil namentlich in Zeiten politischer Erregtheit erfahrungsgemäß oft ein geringfügiger Anlaß genüge, um eine solche, vielleicht zunächst ohne jede bestimmte Absicht zusammengeströmte Menschenmenge zu Störungen der öffentlichen Sicherheit zu verleiten.

Das Urteil focht Genosse Ernst, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. H. Heinemann, durch die Berufung beim preußischen Oberverwaltungsgericht an, indem er bestritt, daß konkrete Tatsachen vorgelegen hätten, die nach vernünftigem Ermessen auf die nahe Möglichkeit einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit schließen ließen.

Das Oberverwaltungsgericht verwarf am 8. Juli die Berufung E.s mit folgender Begründung: Allerdings dürfe die Versagung der Genehmigung gemäß § 7 des Reichsvereinsgesetzes nur erfolgen, wenn Tatsachen vorlägen, die nach vernünftigem Ermessen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit als nahe bevorstehend erscheinen ließen. Und es genügt nicht, daß politische Gegensätze innerhalb der Bevölkerung sich herausgebildet hätten. — Hier seien aber die Voraussetzungen für das Verbot gegeben. Es handele sich um eine ganz ungewöhnliche Demonstration, die den Zweck hatte, alle Elemente der Stadt Berlin, die gegen den Entwurf eines Wahlgesetzes zum preußischen Landtag zusammenstanden, zu einer großen Versammlung unter freiem Himmel innerhalb Berlins zusammenzuführen. Eine derartige Versammlung sei eine ungewöhnliche Erscheinung, und es sei darauf zu rechnen gewesen, daß sie Dimensionen annehmen würde, die unter gewöhnlichen Verhältnissen ausgeschlossen seien. Die Bevölkerungskreise, welche der Sozialdemokratie zugänglich sind, seien damals wochenlang erregt worden. Die Parteileitung habe die Erregung durch eine große Anzahl von Artikeln geschürt, welche nicht verfehlt hätten, Eindruck zu machen. Auch damit hätte der Polizeipräsident rechnen können, daß erfahrungsgemäß unter Umständen ein kleiner Vorstoß genüge, um eine so kolossale Schar von Menschen, die bewegt und erregt sei, zu Tätlichkeiten hinzureißen. Somit sei die Annahme, daß eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit eintreten könnte, nicht unberechtigt gewesen. Aber selbst wenn die Partei für Ordnung gesorgt hätte (Ernst hatte das angeboten), so könnte die Partei doch nicht hindern, daß der Janhagel, daß jene vielen lichtscheuen Elemente, die die großen Städte, insbesondere Berlin, beherbergen, sich an die Parteiveranstaltungen herandrängten und bei ihrer Neigung zu Gesetzwidrigkeiten Skandale provozierten, die die öffentliche Sicherheit gefährdeten. Auch das habe der Polizeipräsident bei seinen Erwägungen berücksichtigen können. Wenn er glaubte, seiner großen Verantwortung nicht anders gerecht werden zu können, als durch ein Verbot, so habe er genügend Grund dafür gehabt. Der Verwaltungsrichter könne dem nicht entgegentreten.

Daß in der Auffassung des Polizeipräsidenten ein Wechsel eingetreten sei, indem er öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel für den 10. April genehmigte, sei für die Entscheidung ohne Belang, ebenso der ruhige Verlauf der Veranstaltungen am 10. April. Nur der tatsächliche Zustand zur Zeit der Verbotsverfügung (1. März) sei vom Gericht zu berücksichtigen gewesen.

Eine verpuffte Staatsaktion. Das gegen die Genossen Eugen Ernst und Liepmann in Berlin eingeleitete Vorverfahren wegen „Vergehens gegen die öffentliche Ordnung" ist durch Verfügung des Ersten Staatsanwalts beim Landgericht I nunmehr eingestellt worden. Es handelt sich um die seit Jahren unbeanstandet verbreiteten Herweghschen Lieder, in denen zum „Klassenhaß" (§ 130) angereizt sein soll. In derselben Angelegenheit war auch noch gegen andere Genossen ein Verfahren eingeleitet worden. Es ist abzuwarten, ob die Anklagebehörde in diesen Fällen den Mut finden wird, den einmal beschrittenen Weg weiterzugehen, oder ob sie es nicht vielmehr vorziehen wird, der unausbleiblichen Blamage nach dem Vorbild ihrer Berliner Kollegin rechtzeitig vorzubeugen.

Erwerbt das Bürgerrecht!

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100711/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Feuilleton-Beilage

Leipziger Volkszeitung 1910. Nr. 157

Im Lande der Haine.

Nachdruck verboten.

(Schluß.)

Gnandstein.

Zu grünen Hainen gehören begreiflicherweise blaue Wässer, denn: was wäre eine Schönheit ohne Spiegel? So blinken also in der ganzen Auniederung von Altenburg bis zur Lausitz zahlreiche Teiche, und im Spreewalde werden sie gar zu großen Seen. Auch bei Frohburg gibt es solche, und die lockten mich nochmals auf die freie Straße. Doch die pralle Mittagssonne, die darüber schien, raubte ihren entwaldeten Rändern so alle Stimmung, daß ich es dabei bewenden ließ, sie von ferne zu sehen und gern wieder in den Schatten der Buchen untertauchte, wo der Pirol pfiff und der Kuckuck rief. Dort fuhr ich gemächlich zu Tale.

Als ich dann auf der andern Seite wieder aus dem Walde herauskam, hatte sich der Himmel inzwischen „umzogen", und darum eilte ich rascher vorwärts. Nun zwischen Wiesen, auf denen die Schnitter die Sichel schwangen, und am Wegrande brummten die Hummeln, und allerlei bunte Falter gaukelten von Blüte zu Blüte. Doch bald, als ich mich weiter umsah, ließ ein neuer Anblick mein Rad in seinem raschen Laufe stocken. Da stand linker Hand auf einer weit aus dem Walde hervorspringenden Feldbastei eine alte verwitterte Burg von massigen Formen, und gerade als ich abstieg und sie genauer ins Auge faßte, glänzte ein Sonnenstrahl durch die Wolken, und das finstere Gemäuer — und nur dieses in dem ganzen weiten Prospekt — erschien illuminiert; nun flammten über den grauen Mauern die hohen Spitzdächer mit ihren lustigen, roten Ziegeln: Gnandstein!

Ich war auf das freudigste überrascht, denn so stattlich, mitten im hohen Walde, hatte ich mir das alte Haus nicht vorgestellt. Glücklicherweise bog auch gleich ein Feldweg dorthin ein, und auf dem radelte ich nun in den Grund. Doch ehe ich in diesen kam, tauchte hinter einer großen Gruppe von Bäumen auch schon die schmucke, massiv steinerne Kirche empor. Da Orgelspiel daraus erklang, mochte ich nicht stören und fuhr deshalb gleich weiter bis zum Kruge, der mich mit einem weitgespannten Torbogen vor seinem großen Hofe empfing.

So stattlich wie dieses ist hier auch noch manches andre Gehöft; denn wie die v. Einsiedel auf dem Berge, behauptete sich auch im Dorfe ein „Bauernadel"; viele Jahrhunderte lang erbten dieselben Besitztümer ungestört in den gleichen Familien vom Vater auf den Sohn fort, und so wurden diese Höfe so weit und so groß.

Von den vielen Einsiedeln erzählen hier nur noch ihre ebensovielen Bilder und Epitaphe in der Kirche. Vom Leben im Dorfe aber wissen wir erfreulicherweise mehr; allerdings spielt sich auch dies meist in und bei der Kirche ab.

Die frühesten Merkwürdigkeiten sind recht absonderlicher Art. So berichtet die Dorfchronik von 1547 von einem Bauern, der mit einer Wittib in „wilder Ehe" lebte, daß er mit ihr drei Sonntage nacheinander während der Predigt (!) barhaupt und barfuß auf dem Gottesacker stehen mußte, ehe man ihnen Absolution erteilte. Auch von einigen Pfarrern wird Seltsames gesagt. So trieb Liborius Zorn (1583—1602) viermal in Borna Teufel aus, und einer seiner Nachfolger, bekam 1613 zugleicher Zeit von seiner Frau eine Tochter und einen Sohn von seiner Magd. Dieser war nebenher Astrolog und konstatierte: der Junge wurde im Zeichen des Löwen, das Mädel in dem des Wassermanns geboren; dann wurde er fortgejagt.

Aber dazwischen reihen sich allerlei liebliche Bilder. So schmückte man schon um 1600 die Kirche zu Pfingsten mit Maien; am Gregoriustage erhielten die Kinder Schulbücher und Brezeln; beim heiligen Abendmahl mußte der Sohn des Lehrers ein Tüchlein unterhalten, und 1654 bekam er zu dem „Altarhabit", das er dabei trug, auch noch einen Kranz, jede rechtschaffene Braut aber bei der Trauung als Gabe der Kirche zwei Engeltaler, und gleich nach dem großen Kriege wurden die Pfarre und die Schule mit Weinspalieren umgeben und davor auf Kosten der Kirchenkasse Obstbäume gepflanzt.

Nun wollte ich mir die Burg besehen. Dazu mußte ich zunächst noch bis in den tiefsten Grund hinunter, wo die Wyhra — zu dieser Sommerszeit harmlos, klar und seicht — zwischen dem Dorfe und seinen grünen Wiesenhängen hinfließt. Dann ging es auf ungemein steilen Wegen am Burgberge hinauf. Der Wald war da freilich auch emporgeklettert und umrankte das Gemäuer so dicht, daß ich schließlich fast unverhofft vor dem in den Stein gesprengten Tore stand. Dieses führt in einen engen, zum Teil dem Felsen abgewonnenen, auf der „Wetterseite" aber noch von dem mittelalterlichen hölzernen Wehrgange eingeschränkten Hof.

Doch war das erst der Vorhof. Nachdem ich mich unter dem Gelärm einer ganzen Meute heftiger Kläffer endlich der „Schließerin" verständlich gemacht, durfte ich auch in den weit größeren eigentlichen Burghof treten. Der liegt, mit großen Quadern gepflastert, frei und offen; in seiner Mitte spenden Linden- und Kastanienbäume Blütenduft und Schatten; ein angenehmer Ruheplatz, denn auch ein Springquell plätschert dazwischen und sorgt für Unterhaltung und frische Luft. Aber viel weiter kam ich dann nicht. Denn gleich nach mir kam auch noch eine Mädchenschule an, und da hieß es kurzerhand: Die Burg ist nicht zu besichtigen! Der junge gnädige Herr sei verreist und habe alle Schlüssel weggeschlossen, die alte gnädige Frau halte ihr Verdauungsschläfchen, und was dergleichen mehr. Nur dem Herrn Lehrer und mir wurde die — „schöne Aussicht" von einer breiten Terrasse und die übermäßig schlanke Schloßkapelle mit den drei schwervergoldeten Altären gezeigt. Die hat schon einst (1547) Kaiser Karl V. bewundert. Als er sie und die vielen Heiligenbilder im „Pfaffenkämmerchen" sah, machte er Augen: es sei doch hier ganz anders, als man es ihm in diesem Lande vorgestellt! Viel mehr hat aber auch er nicht zu sehen bekommen, denn das ganze Schloß war damals von oben bis unten — und seine Keller gehen tief in den Felsen hinab — mit Kriegsvorräten vollgestopft. Sogar König Ferdinand mußte deshalb unten in der Dorfschenke nächtigen, und Kurfürst Moritz gar „unterm Zelt im freien Feld".

Doch damit ist es jetzt vorbei. Statt der Landsknechte füllten derweilen die vielen weißgekleideten jungen Mädchen den Platz am Brunnen wie eine lichtgefiederte Vogelschar. Dann zogen sie wieder ab; ich hielt mich zurück, um vielleicht allein noch weiter vorzudringen, doch die „Gnädige" hatte sich inzwischen aufs andre Ohr gelegt, und so konnte ich den trutzigen runden Berchfrit, der die vielen massigen, vierkantigen Schloßquartiere bedeutend überragt, und diese selbst, die wohl noch manche interessante Dinge bergen, doch nur von außen sehen; übrigens nicht einmal so günstig, als vorher — und auch nachher — aus der Ferne, denn ehe ich den Höhenzug voll erklommen hatte, auf dem ich dann weiter rollte, wandte ich mich noch mehrfach um, und jedesmal bot die gestaltenreiche Schloßsilhouette ein andres, jedesmal aufs neue anziehendes Bild.

Kohren.

In dieser Gegend muß man von Ort zu Ort tüchtig steigen, und so — um wenigstens etwas die Kräfte zu sparen — hat der Verkehr die Wege tief gefurcht; auch noch oben auf der Höhe, wo man sie nur an ihren scheinbar mitten durch die Felder laufenden, dichtgepflanzten Kirschbaumreihen erkennt. Natürlich hatte ich, so lange ich in solchen Schluchten ging, keinerlei Aussicht. Aber dann, als ich ins Freie kam, schaute ich auch gleich ein um so überraschenderes neues Landschaftsbild. Da gehts auf der andern Seite gleich wieder hinunter, und in dem rundlichen Talkessel liegt, fast ganz in den Wald hineingebaut, das Städtchen; links auf dem Berge darüber steht die Kirche, und vor dieser, auf der äußersten Klippe des weit vorgeschobenen Felsmassivs, die zwei starken Trotzer der alten Burg.

Treffend haben die Slawen diesen Ort Kohren („am Berge") benannt. Ich aber stand auf dem Vogelberge, wo — so geht die Sage — Heinrich I. (der Städtebauer) beim Vogelfang seine Königshuldigung empfing, und 1834 dichtete hier Julius Mosen — damals Aktuar in Kohren — sein „Finklerlied".

Die Burg geht denn auch auf Heinrichs I. Zeit zurück, die Kirche aber ist noch älter, denn hier teilte Thietmar von Merseburg am 2. Mai 1018 zum erstenmal das heilige Abendmahl aus; gleichzeitig riß er allerdings auch die Wildnetze der Söhne Ekkehards I. nieder und drohte ihnen, wenn sie ihm den Wald nicht in Ruhe ließen, mit seinem Fluch. . . .

Doch nicht nur diesmal wurden hier die heiligen Handlungen „turbiert". 1632 schütteten die Kroaten in der Kirche sechzig Schock Hostien aus, und den Abendmahlwein mußte man jahrelang zwei Stunden weit aus Altenburg holen — nöselweis! Das war damals für Kohren eine schwere Zeit. Im „Kirchenkasten" lagen allerdings ganze tausend Gulden, „die 1621 der v. Zechau für den v. Bünau gezahlt", aber „an so geringer Münz, daß sie niemand hat haben wollen"; auch die nahmen schließlich die Kroaten mit. Der Kantor lebte nur von seinem — Schank, über den er seiner wichtigeren Pflichten vergaß, so daß er in den Beichtstunden und manchmal sogar Sonntags „die Posse nicht schlug", und der Pastor klagte, daß man seine Zehntäcker und seine Viehtrift verwildern ließ: „nun wüchsen Birken darauf, von denen jeder nach Belieben Klafter und Reisholz hauen ließ". Fünfzig Jahre später heißt es freilich: „Die Kleiderhoffart ist übergroß, da die Meisten — ungeachtet das Vermögen mehr und mehr abnimmt — sich über ihren Stand hinaus brüsten: tragen Sammt, Atlas, taffente, silberne, ja goldene Spitzen; auch würden Spinn- und Rockenstuben mit höchstem Aergernis gehalten; dadurch wird Gottes Strafe über Land und Leute gebracht." Aber die Gewaltigen der Kirche und der Schule hatten nur selten gute Tage. So wurde der Organist (1616) bei jeder Hochzeit zwei Tage freigehalten, oder er erhielt acht Groschen, „wie es dem Bräutigam gefiel", und von 1620 bis 1650 bekamen beide jährlich vierundzwanzig Groschen Wegzehrung, um in Chemnitz die „reiche Predigt" wegen des Beneficii des Vierzehnten zu halten, doch hauste Ehrenprediger bis 1850 unter einem Strohdache und mußte es selbst in Stand halten; daher muß heute noch der Pastor jährlich 18 Mark in die „Pfarrdächerkasse" zahlen. In Kohren biwakierte übrigens in der Osterwoche 1547 bei Karls V. Königsfahrt der Herzog Alba, . . . ein artiger Zufall, denn gerade hier siedelte Wiprecht von Groitzsch Niederländer an, und diese stellten die Kirche unter den Schutz des sonst hierzulande wenig bekannten heiligen Gangolf.

Der erste „Herr von Chorun" wird 1190 genannt. 1220 wurde die Burg durch den Markgrafen Dietrich von Meißen zerstört, dann wieder aufgebaut, aber seit dem 15. Jahrhundert nicht mehr bewohnt; 1568 wird sie ausdrücklich „wüst" genannt. 1642 machte sie allerdings der damalige Besitzer Hans Löser auf Sahlis nochmals zu einer Festung. Dazu brauchte es keinen großen Aufwand, denn auf der Morgenseite schützte sie der steile Abhang vor jeder Ueberraschung, und auf der Abendseite standen immer noch die alten Palisaden und Mauern, auch das Schloß zwischen den Türmen war wohl noch nicht ganz zerfallen. So formierte er denn „nach der alten Schloßordnung „zehn kleine Kompagnien, die abwechselnd Wache hielten, ließ nachts auf den Türmen Pechfeuer brennen, die die Umgebung weithin aufhellten, dicke Steine auf den Berg bringen, um sich der Feinde von oben zu erwehren, und wenn man einen Ausfall machen wollte, verteilte der Pfarrer „Kraut und Lot"; außerdem waren die hiesigen Trotzer auch noch mit dem Gnandsteiner Berchfrit durch einen geheimen Gang verbunden.

Nachdem die Kriegsnot vorbei, verödete der Berg bald wieder; nun stürzten die letzten Reste der Befestigungswerke und Häuser völlig zusammen; auch die einst weithin berühmten beiden kegelförmigen Dächer brachen in die Türme nieder, und heute grüßt den Wanderer im Bergwalde und das Städtchen im lauschigen Grunde nur noch die melancholische Ruine.

*

Von hier fuhr ich durch den „Streitwald" zu den „Abtmühlenhäusern" und dem „Grauen Wolf" im Wolftitzer Grund, bedauerte aber eigentlich, daß ich das Dunkel der Buchen und Tannen und die breiten Lichtungen mit ihrem wehenden Lärchengrün auf meinem Rade so schnell durchmaß: viel lieber wäre ich diese Chaussee hinabgewandelt. Und noch mehr beklagte ich das „Schweigen im Walde".

Wolftitz und der „Graue Wolf", in dem ich später saß, und der mich doch nicht fraß! Ja, früher gab es hier viele Wölfe; noch 1650 wurde eine allgemeine Hatz auf sie gemacht, und nun sind sie ausgerottet. Nach den Wölfen aber auch die Wildkatze und der Luchs, der Dachs und bald auch der Fuchs. So geht es immer weiter, bis herab zu den allerkleinsten Räubern, dem Hermelin, dem Eichhörnchen und dem Mauswiesel, und mit den gefiederten Raubgesellen ists nicht anders. Immer mehr entvölkern wir unsern deutschen Wald von seinem interessantesten Getier.

In jenen mittelalterlichen Zeiten flog aber oft ein noch viel schlimmeres Gespenst mit breiten, schwarzen Fittichen über das Land.

Bei Kohren erhebt sich neben dem Vogelberg auch der „Pestberg". Dort wurden die Opfer der Pestilenzen ohne Pastor und „ohne Kreuz und Schüler" verscharrt, und in ihrer Angst ums liebe Leben waren die Leute selbst grausam gegen ihr eigenes Geschlecht. Im Pestjahre 1598 fand man bei Dolsenhain einen „fahrenden Scholaren" tot am Wege, den sie zu Gnandstein aus dem Dorfe verwiesen. Der hatte noch in sein Wanderbuch geschrieben: „Ja freilich, ich bin krank. Ich bin nun vierzehn Tage unter dem Himmel gelegen und hat mich niemand wollen herbergen. Der Hals ist sehr dick, ich kann nicht schlingen, ich habe die Bräune gekriegt von der Nachtluft und bin die Zeit über immer in nassen Kleidern gelegen und weiß mich niemandes zu trösten, denn meines Herrn Jesu Christi, der wird mir helfen."

Bei Greifenhain gibt es einen Lindenberg, auf dem jeder Besitzer bei seinem Antritt — nach alter Gewohnheit — eine Linde pflanzt. Aber zwischen den andern steht die Pestlinde, wohl seit 1632. Noch 1766, als in der Umgebung eine Viehseuche grassierte, schloß sich das Dorf hermetisch ab; niemand durfte hinaus noch herein. Am 2. Januar kamen nun die in Greifenhain eingepfarrten Wolftitzer mit einer Leiche — bis an eine im Felde aufgesteckte Stange. Dort wurden sie vom Lehrer mit der Schule empfangen, und der Pastor hielt sogleich die Rede; dann zogen die Wolftitzer wieder ab, und die Greifenhainer trugen die Tote weiter zum Friedhofe.

In den „Grauen Wolf" jagte mich ein Gewitter, das schon seit Mittag zwischen den Bergen grollte und mich nun eine Weile aufhielt. Nachdem es ausgetobt hatte, fuhr ich hurtig weiter und kam bald wieder an den großen Frohburger oder eigentlich Eschefelder Teich. Wie anders sah jetzt hier in der regenfeuchten Vorabendluft die Landschaft aus, ungleich lieblicher als mittags in der Sonnenglut. Dort der Greifenhainer Turm mit seinen beiden lichtschiefergrauen Nadelspitzen, hier die Eschefelder Kirche mit ihrem — weil im Wolkenschatten — dunkeln Schieferhelm und ohne Turm. Auch die Zeugen eines solchen Unwetters. Während es donnerte und blitzte, saßen einst die Besitzer beider Güter beim Brettspiel. Doch lassen wir lieber dem „Dichter" das Wort, der uns die Mär erzählt:

Da stürzt ein Knecht herein und spricht:
„Ach, edle Herrn, wißt ihr's noch nicht?
Bei uns, und auch in Greifenhain,
schlug's eben in den Kirchturm ein!
Die Türme brennen lichterloh,
wie eine Schütte trocken Stroh." . . .

Darauf der Eschefelder Ritter:

„Setzt euch! Mir fällt ein Späßchen ein:
Ihr setzt den Turm von Greifenhain,
und ich den Turm von Eschefeld,
das heißt: zum Kirchturmbau das Geld.
Wer nun gewinnt, der baut sich dann,
zwei Türme, und der andre kann
und darf nie wieder einen bau'n." . . .

Der Greifenhainer siegte:

„Mein ist der Turm von Eschefeld,
und ihr gebt mir zum Bau das Geld!"

So ist von jenen Zeiten her
in Eschefeld kein Kirchturm mehr,
in Greifenhain hingegen stehn
— wie Brüder — zwei, weithin zu sehn.

Gleich hinter Eschefeld, auf der Wasserscheide zwischen der Wyhra und der Weißen Elster, grenzen das Königreich Sachsen und das Herzogtum Sachsen-Altenburg aneinander, und bald — denn ich wählte diese Richtung — sah ich auch an einem Waldessaume die in Stein gemeißelten Hoheitszeichen beider Länder aufgestellt. Durch diesen Wald geht noch der alte „Weiprichtsweg", auf dem dermaleinst Wiprecht von Groitzsch von seinen Burgen Gnandstein und Kohren nach Altenburg zog, und 1455 ritt Kunz von Kauffungen hier durch und vollführte im Altenburger Schlosse seinen kecken Prinzenraub.

Eine halbe Stunde später stand ich vor der steilen, hohen Schloßfront, wo er damals einstieg und die jungen Vögel aus dem „Neste" holte.

Da endete meine Fahrt.

Johannes Kleinpaul.

Technisches.

Die Gleichstrom-Dampfmaschine.

Eine wichtige Erfindung jüngeren Datums wird gegenwärtig in Fachkreisen viel diskutiert, die Gleichstrom-Dampfmaschine. Auf den ersten Augenblick wird man unter der Bezeichnung irgendeine neue elektrische Einrichtung vermuten. Die Maschine hat aber mit der Elektrotechnik nicht viel mehr zu tun, als daß sie, wie jede andre Kraftmaschine auch, zur Energielieferung benutzt werden kann. Der Name weist vielmehr auf eine eigentümliche Art der Dampfströmung innerhalb der Maschine hin, die manche Vorteile bringt. Nach dem neuen Prinzip können sowohl große stationäre Betriebsdampfmaschinen, als auch Lokomobilen, Walzenzug-, Förder- und Schiffsmaschinen und Lokomotiven gebaut werden. Die moderne Ausbildung der Idee stammt von Professor Stumpf in Charlottenburg, dem Miterfinder der Riedler-Stumpf-Dampfturbine, in der das Problem schnellrotierender, umfangreicher Schaufelräder praktisch gelöst wurde.

Es geht schon aus der Aufführung der Verwendungsbereiche hervor, daß die Gleichstrom-Dampfmaschine nicht unter diese Gattung fällt, sondern in die Klasse der gewöhnlichen Kolbenmaschinen. Deren hauptsächlichste Teile sind der Zylinder und Kolben, daran wieder die wichtigsten die Steuerungsorgane. Diese, verschiedenartig konstruiert, schreiben dem Dampf den Weg vor, wenn er vom Kessel kommend, mit Druck an die eine oder andre Seite des Kolbens treten und ihn wechselweise bald nach der, bald jener Richtung im Zylinder hin- und herschieben, oder wenn er nach getaner Arbeit selbst aus dem Zylinder entweichen soll. Mit Hilfe der Triebstangen wird bekanntlich dieses Spiel weiter auf die Kurbel- und Schwungradwelle übertragen, woraus deren Rotation resultiert. Die einfachsten Steuerorgane waren die alten Muschelschieber. Sie lagen unter einem seitlich an den Zylinder angegossenen Kasten und stellten eine stark gewölbte Eisenplatte mit glatter Grund- und Deckfläche dar. Direkt neben den beiden Deckeln des Zylinders begannen zwei hohe, schmale Kanäle, die durch das Eisen zum Schieberkasten führten und dort nebeneinander als Schlitze in der blanken Gleitbahn des Muschelschiebers endigten. Von der Schwungradwelle mittels Exzenter und Schubstange im rechten Augenblick verschoben, gab der Schieber den einen Kanal für den einströmenden „Frischdampf" frei — d. h. den Dampf, der eben mit vollem Druck den Kessel verlassen hat —, der Kolben wurde in dessen Richtung bewegt. Der verbrauchte Dampf der andern Zylinderhälfte gelangte in deren Kanal unter die Schieberwölbung, die immer die Verbindung mit dem Auspuffrohr durch einen in der Mitte anfangenden dritten Kanal hielt. Der Frischdampf mußte solange in den Zylinderraum auf den Kolben niederströmen, bis der rückwärts kommende Schieber den Kanal absperrte. Der Kolben mochte bis dahin schon die halbe Zylinderlänge zurückgelegt haben. Demnach war der nun verschlossene halbe Zylinderraum mit Frischdampf gefüllt, der noch immer seine Spannung behauptete und in seinem Ausdehnungsbestreben den Kolben weiterpreßte. Allmählich fiel der Druck, je mehr der Kolben sich dem Wegende näherte. Wurde der Dampf schließlich als „verbraucht" ausgestoßen, so besaß er doch noch einen gewissen Druck, der nutzlos in der Luft verbrauste. Es war eine Vergeudung an Dampfspannkraft, ein Verlust. Der Betrieb stationärer Dampfmaschinen mit solchen Steue-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100711/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

rungsorganen wurde besonders unwirtschaftlich, als man höhere Spannungen in den Dampfkesseln erregte, die früher 4—5, jetzt 12—15 Atmosphären betragen. Hierbei ist es in erster Linie erforderlich, in der Maschine das Moment der Selbstausdehnung des Dampfs, die Expansion, zu berücksichtigen.

Und das besorgt man mit den gegenwärtigen Steuerungen, den Meyer- und Riderschen und andern. Sie haben, als gemeinsames Kennzeichen, zwei übereinander hingleitende Schieber, die von je einem besonderen Exzenter und zugehöriger Schubstange dirigiert werden. Die Exzenter — runde Scheiben, die die Schubstangen deshalb hin und her ziehen, weil sie sich nicht um ihren Mittel-, vielmehr um einen seitlichen Punkt drehen — sitzen in verschiedener Stellung auf der Schwungradwelle, die Schubstangen betätigen nicht gleichzeitig beide Schieber. Zu Beginn des Kolbenhubs, wo dieser noch nahe des einen Zylinderdeckels steht, öffnet der erste Schieber den Kanal für den Frischdampf, der Kolben fängt an zu wandern, doch da geht bereits der zweite Schieber zurück und verschließt den Zuströmungskanal. Der Hochdruckdampf füllt hier nur einen kleineren Teil des Zylinders, der Kolben wird während seiner übrigen Wegstrecke von der Spannung des expandierenden Dampfs geschoben. Dessen Ausdehnung ist da ein weiterer Spielraum gelassen, sein Druck sinkt immer tiefer. Gelangt er endlich aus der Maschine ins Freie, so besitzt er bedeutend weniger unausgenützte Spannkraft als früher, bei den primitiveren Steuerungen. Die heutige Technik rüstet mittlere und große Dampfmaschinen außerdem mit Ventilsteuerungen aus. Die Dampfzylinder haben an beiden Stirnwänden je zwei senkrechte Kanäle, die oben und unten durch federgespannte Ventile verdeckt sind. Oben ist der Dampfein-, unten der Dampfaustritt. Eine rechtwinklig zur Schwungradachse gelegene und von ihr mittels Zahnrädern angetriebene Nebenwelle wirkt auf Hebelmechanismen, die abwechselnd das Ein- und Auslaßventil, das erstere auch immer kurze Zeit, öffnen. Ferner gewinnt man noch an mechanischer Kraft, indem man den am Ende sehr niedriggespannten Dampf aus dem Zylinder vom Kondensator einsaugen läßt. Die Ausbeutung der Dampfkraft bedeutet natürlich in allen Fällen einen geringeren Dampfbedarf pro geleistete Pferdestärke und entsprechende Ersparnis an Kohle.

Es können aber ungeachtet der weitgetriebenen Expansion dennoch Mängel entstehen. Wir nehmen an, der Druck des Frischdampfs sei 7, nach der Expansion beim Ausstoßen ½ Atmosphäre. Dann beträgt seine Temperatur 112, beim Eintritt indes 172 Grad. Im Dampf findet also ein Wärmefall um 59 Grad statt, das Eisen der Zylinderpartien kühlt sich also ab. Der heißere Frischdampf stößt, wenn er zum neuen Hub einströmt, auf für ihn zu niedrige Temperaturen und schlägt als Wasser nieder. Mehr Dampf muß nachgeliefert werden, um die Zylinderpartien wieder hoch zu wärmen. Man vermeidet das — ebenfalls ein Verlust — in den Verbundmaschinen, wo der Frischdampf zuerst einen Zylinder mit kleinerem Durchmesser erreicht und da beispielsweise von 8 Atmosphären (176 Grad) bis 3 Atmosphären (144 Grad) entspannt wird. Mit diesem Druck gelangt er in einen benachbarten Zylinder von breitem Durchmesser, wo die abermalige Expansion auf ½ Atmosphäre und weniger erfolgt und die Temperatur bis gegen 110 Grad fällt. Die Differenzen bei den Wärmeschwankungen in ein und demselben Zylinder sind geringer, im Beispiel 32 und 34 Grad trotz höheren Drucks des Frischdampfs.

Die Gleichstrommaschine kommt merkwürdigerweise mit einem Dampfzylinder aus, ohne weder auf gründliche Expansion verzichten, noch die Verluste durch Wärmeschwankung in Kauf nehmen zu brauchen. Das Aussehen ist dasselbe, auch die Abmessungen der Organe sind die gleichen, wie bei den üblichen Kolbendampfmaschinen, Zylinder und Kolben jedoch sind länger, der letztere mißt ungefähr 9 Zehntel der Hublänge. Neben den beiden Stirnseiten des Zylinders ist nur je ein vertikaler Kanal oben angeordnet, den ein Steuerventil verdeckt und öffnet. Beide dienen zur Zuleitung des Frischdampfs. Auslaßventile existieren nicht, dafür sind mitten im Zylindermantel ringsherum eine Anzahl Schlitze eingeschnitten, deren Länge in der Richtung der Kolbenbahn 1 Zehntel des Hubs entspricht. Sie münden in einen die Wandung rund umfassenden Sammelkanal, dieser in das Abdampfrohr und den Kondensator. Um den Betrieb zu verfolgen, denken wir uns die eine Grundfläche des Kolbens, sobald dieser zum neuen Hub ausholt, dicht am hinteren Deckel des Zylinders. Das Steuerventil öffnet sich und läßt die nötige Quantität Frischdampf hinzu; der Kolben beginnt seinen Weg, und, nachdem das Steuerventil abgesperrt ist, expandiert der Dampf wie sonst direkt bis zum niedrigsten Druck, über dem er am Ende des Kolbenhubs steht. Die Auspußschlitze waren bis jetzt von dem langen Kolben verdeckt, weil dieser aber am Hubende mit der betrachteten Grundfläche noch über die Oeffnungen hinausgeht, werden sie völlig frei. Der expandierte und ausgearbeitete Dampf entweicht. Nun wiederholt sich das Spiel an der entgegengesetzten Kolbenseite, für die die Abdampfschlitze ja diesmal anfangs geschlossen sind, bis der Kolben sich abermals im ursprünglichen Ende des Hubs befindet. Dann funktioniert das erste Ventil wieder, und so fort. Stets liegt also der Dampfeinströmungsort an einer Stirnwand, der Auspuff inmitten des Zylinders; bei allen Hüben streicht der Dampf in der nämlichen Richtung, deshalb hat man die Bezeichnung Gleichstrom-Dampfmaschine gewählt. Der expandierte Dampf mit niedriger Temperatur wird niemals retourgetrieben, er braucht niemals dieselben Kanäle mit dem Frischdampf gemeinsam zu passieren, wie in den Schiebersteuerungsmaschinen. Er berührt, im Gegensatz zu den Ventilmaschinen, nicht einmal die gleichen Zylinderpartien. Die weite Trennung der Ein- und Ausströmpunkte bewirkt, daß der neue Dampf die Zylinderpartien am Eingang stets mit einer nicht allzu sehr gesunkenen Temperatur vorfindet, ein Niederschlag zu Wasser also kaum geschehen kann. Daraus resultiert eine erhebliche Dampfersparnis.

Der gesamte Verbrauch an Dampf im Verhältnis zur Leistung stellt sich bei der Gleichstrom-Dampfmaschine ähnlich günstig, wie an den andern technisch vollkommenen Dampfkraftmaschinen. Man ermittelte an einem 500pferdigen Aggregat den Dampfverbrauch zu 4,6 Kilogramm pro Pferdestärke, an einem 100pferdigen zu 4,7. Die Zahlen werden stets etwas variieren, weil die großen Exemplare nun einmal an und für sich pro Pferdekraft weniger Dampf konsumieren, und anderseits die örtlichen Betriebsverhältnisse — Dampfspannung im Kessel, Temperatur des überhitzten Dampfs, Vakuumintensität des Kondensators — mitsprechen. Die Hauptvorteile bietet indes die Tatsache, daß man nach dem Gleichstromprinzip Maschinen für bedeutende Leistungen lediglich mit einem einzigen Dampfzylinder anfertigt, wodurch zunächst die Baukosten verringert werden. Nach den bisherigen Systemen der Verbund- und Drei-, sogar Vierfachexpansionsmaschinen benötigt man 2—4 Zylinder. Auf jeden Fall ist die Konstruktion einer Gleichstrom-Dampfmaschine wesentlich einfacher, besonders in den Steuerorganen. Einige der kraftverzehrenden Hilfsmechanismen werden entbehrlich. Zu diesem Gewinn an mechanischer Energie gesellt sich ein andrer. Aus der immer gleichen Dampfströmungsrichtung ergibt sich eine ebenmäßige Wärme aller Wandungen des Zylinderinneren, speziell der Rundflächen, an denen der Kolben entlang gleitet. Diese werden kontinuierlich mit Oel geschmiert, und gerade die wichtige Schmierung der Stellen, wo der Kolben mit seiner höchsten Geschwindigkeit vorüberzaust, gestaltet sich darum viel sicherer. Die unnütze Reibung wird reduziert. Weiter vermag man die Gleichstrommaschine präziser zu regulieren, als die Verbundmaschinen mit Receiver. Bekanntlich erhält jede Maschine durch die Tätigkeit des Regulators sofort weniger Dampf, wenn sich die Last ermäßigt, und mehr, sobald man von ihr intensivere Arbeit verlangt. Einige Arten der Verbundmaschinen haben zwischen ihrem Hoch- und Niederdruckzylinder einen Aufbewahrungskessel für den übertretenden Dampf, den Receiver. Der Strom dieses Dampfvorrats läßt sich aber während eines Wechsels der Belastung nicht so genau beeinflussen. Ib.

Kunstchronik.

Neues Theater (Verdi-Zyklus VIII: Requiem). — Mit dem Requiem den Zyklus Verdischer Opern abzuschließen, ist ein eigenartiger, aber im Ganzen nicht unglücklicher Gedanke. Es hilft dazu, das Bild von Verdi zu vervollständigen, wobei man allerdings in ein Kunstgebiet geführt wird, das mit dem Theater gar nichts zu tun hat. Man könnte dabei nicht einmal als Entschuldigung und als Motivierung anführen, daß Verdis Requiem manches Theatralische aufweise und deshalb im Theater gar nicht so übel placiert sei. Das ist sicherlich kaum richtig. Eigentlich gehört dieses Werk nicht einmal in den Konzertsaal, sondern in die Kirche. Für diese — aufgeführt wurde es zum erstenmal im Mailänder Dom — war es auch bestimmt, und mit dieser hängt es, wenn man an italienische Verhältnisse denkt, innerlich ziemlich stark zusammen. Aber trotzdem hat man die Aufführung des Werkes am Ende eines Verdi-Zyklus selbst im Theater zu begrüßen, einmal wegen der Vervollständigung des Bildes von Verdi, dann auch, weil nochmals derjenige Verdi uns nahe gebracht wird, der mit dem Höhepunkt seines Schaffens, mit der Aida zusammenhängt.

Das Requiem zeigt Verdi so ziemlich auf der Höhe seiner melodischen Kraft, wenn sich diese auch in einer milden Art äußert und von der absolut siegreichen Macht der Aida etwas absteht. Mit diesem Werk das Requiem in einzelnen Zügen zu vergleichen, steht auch wohl an. Und zwar hat man an die letzte Szene in Aida zu denken, in der Aida und Rhadames sich ihr Requiem singen. Auch hier treffen wir jenen milden Ton, jene Art der Todesauffassung, wie sie nur den Italienern gegeben ist, nämlich „in einer rührenden Mischung von Wehmut und verklärter Freundlichkeit", wie sich Kretzschmar sehr schön ausdrückt. Es ist deshalb nicht uninteressant, die musikalische Fassung der Todesdarstellung in Aida und im Requiem zu vergleichen. Dabei stellen sich trotz aller Aehnlichkeit Unterschiede heraus, die erkennen lassen, daß Verdi wohl wußte, wann er für die Bühne und wann er für die Kirche schrieb. Das ist der schwärmerische Ton voll seiner warmer Sinnlichkeit in Aida, der aber im Requiem abgestreift ist. Statt dessen tritt in der Totenmesse ein Zug stark hervor, den man sonst im ganzen Verdi nicht so klar ausgesprochen findet: Kindlichkeit. Noch nie ist mir diese auch so aufgefallen als in der gestrigen Aufführung und jetzt, am Ende des Verdi-Zyklus. Dieser Verdi besaß ein wirkliches Kindergemüt und wer dieses einmal erkannt hat, findet in dem Werke auch nicht das geringste Theatralische, wobei man allerdings einigermaßen mit italienischer Kunst und italienischem Fühlen vertraut sein muß. Dabei denke ich nicht allein an die sinnigen und getragenen Stellen des Werkes, sondern auch an ein so lebhaftes Stück wie das Sanktus. Von Erhabenheit — die Verdi überhaupt nicht gegeben war — findet sich hier fast gar nichts, aber wie kindlich lieb hört sich dieser freudige Jubel an, welch einschmeichelnde, naive Wendungen im Chorsatz, wie viel Reizendes, allerliebst Ueberraschendes im Orchesterteil! Das sind Töne, wie sie Verdi in der Oper nie angeschlagen hat, so Treuherziges er gerade in Heimats- und Freundesarien gab.

Vom deutschen Standpunkt aus ist Verdis Requiem kein rechtes Chorwerk. Denn weit stärker als der Chor treten die Solopartien hervor, und das drückt nicht zum Wenigsten dem Werk den Charakter auf. Großen deutschen Meistern dient der Chor vor allem zur Erreichung monumentaler Wirkungen, und diese liegen Verdi völlig fern. Das hängt mit allerlei zusammen, u. a. auch damit, daß Verdi Chorwirkungen, wie sie in Deutschland mit unsern Massenchören erzielt werden, nicht kannte. Es ist auch bezeichnend, daß Verdi über die erste Aufführung auf deutschem Sprachgebiet, in Wien, ganz begeistert war. Beim Italiener tritt bezeichnenderweise das einzelne Individuum weit stärker hervor als die Masse, was sich durch die ganze italienische Kunst verfolgen läßt, sowohl in der bildenden Kunst wie in der Musik. Man muß auch zu dem Werk immer wieder eine Stellung finden, die bewußt von unsern Verhältnissen abstrahiert, was eigentlich nur dann wirklich möglich ist, wenn die Solisten Hinreißendes leisten. Das ist selten genug der Fall, und man wird deshalb leicht darauf erinnert, daß das Werk für unsre Verhältnisse umgekehrte Forderungen stellt.

Um denn auch mit den Solisten zu beginnen, leistete im obigen Sinne Hinreißendes nur Herr Urlus an einer ganzen Anzahl Stellen. Wie hoch er über Herrn Lüppertz stand, konnte man z. B. an der Stelle: Hostias et preces in Domini Jesu ersehen. Beide Sänger haben sie fast gleich zu singen, der Tenor singt sie dem Bariton sogar vor, aber welch tiefer Unterschied tat sich da kund. Im ganzen merkte man aber, daß die Solisten gut orientiert waren und Einheitliches erstrebt wurde. Fräulein Schubert hatte einige vorzügliche Momente, ihre Partie stellt von allen die größten Anforderungen, und wie sich die Sängerin aus der Affäre zog, war aller Ehren wert. Der Künstlerin noch besonders zu gedenken, erscheint anläßlich ihres Abschiedes von der hiesigen Bühne angebracht. Wir sind offene Gegner von Fräulein Schubert in ihrer Stellung als erste Sängerin gewesen, da für die hiesige Bühne Anforderungen an dieses Fach gestellt werden müssen, die die Sängerin nicht erfüllte. Aber das kann uns nicht verhindern, vor allem der musikalischen Intelligenz Fräulein Schuberts ein sehr warmes Zeugnis auszustellen. Größte Leistungen hat uns die Künstlerin nicht geboten, wohl aber sehr tüchtige, und eigentlich hätte sich das Publikum bei dem Abschied wohl etwas dankbarer benehmen dürfen, als es der Fall war. Die sehr verständige Sängerin wird daraus aber wohl selbst ersehen haben, daß ihr etwas fehlte, was ihr die Herzen des hiesigen Publikums erobert hätte. Findet sie in ihrer neuen Wirkungsstätte ein dankbareres Publikum, so soll uns das in Anbetracht ihrer unzweifelhaft künstlerischen Qualitäten freuen.

Die Abschiedsstürme konzentrierten sich auf die Person des Dirigenten, des Kapellmeisters Hagel, der nach zehnjähriger Wirksamkeit von unsrer Bühne scheidet. Wie das Publikum diesen ausgezeichneten Dirigenten eingeschätzt wissen wollte, hat es in den dargebrachten stürmischen Huldigungen wissen lassen. Tatsächlich fällt es denn auch uns nicht leicht, von diesem Dirigenten als erstem Kapellmeister unsrer Oper Abschied zu nehmen, auch deshalb, weil man keine Ahnung hat, was uns erwartet. Wenn zum Wesen des deutschen Künstlers ganz besonders die Entwicklung gehört, dann ist Herr Hagel ein deutscher Künstler durch und durch. Denn es ist überaus bezeichnend, welch starke Entwicklung dieser Dirigent während seiner hiesigen Wirksamkeit durchmachte. Heute darf man Hagel zu den berufensten Opernkapellmeistern Deutschlands zählen, der dabei auch Spezialitäten besitzt, in denen ihm kaum einer gleichkommt. Das hat sich unzweideutig besonders im letzten Jahre gezeigt, vor allem bei der Aufführung von Glucks aulidischer Iphigenie, die vielleicht den Höhepunkt in Hagels hiesiger Kapellmeistertätigkeit ausmacht. Von allem Einzelnen aber abgesehen, konnte Herr Hagel ganz besonders durch eine seltene Gewissenhaftigkeit, ein nie zu vermissendes Einstehen mit der ganzen Persönlichkeit imponieren. Auch diese Eigenschaft stempelt ihn zu einem ausgeprägt deutschen Künstler, der die Sache, das Kunstwerk — mag dieses mehr oder weniger hochbedeutend sein — höher stellt als die eigene Person. Als von einem begnadeten und echt deutschen Künstler nehmen wir denn auch von Hagel in seiner Stellung als Theaterkapellmeister Abschied. Wie er in seiner Ansprache an das Publikum bemerkte, bleibt er in Leipzig und gründet „aus künstlerischer Not", wie er in freier Offenheit bekannte, seine Existenz besonders auf seine eigenste Schöpfung, den philharmonischen Chor, der im Verein mit dem Theaterchor die Chorpartie des Requiems ausführte, und zwar in fein durchgeführter Weise. Gerade an einigen exponierten Stellen ersah man, wie peinlich studiert worden war. Im übrigen muß aber bemerkt werden, daß sich das hiesige Theater für derartige Aufführungen durchaus nicht eignet, wenn nicht Vorrichtungen zur Konzentrierung des Klanges getroffen werden. Es ging so außerordentlich viel von der Klangstärke, besonders auch des Orchesters, verloren, daß man gerade vom Dies irae die richtigen Vorstellungen nicht erhielt. -t-

•

Neues Theater. Dienstag: Der fidele Bauer. Mittwoch: Der Graf von Luxemburg. Donnerstag: Der Rodolzigeuner. Freitag: Der Graf von Luxemburg. Sonnabend: Die Dollarprinzessin. Sonntag: Der Zigeunerbaron. Montag, 18. Juli: Der Graf von Luxemburg. — **Altes Theater.** Geschlossen.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts andres angegeben, um 7 Uhr.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Dienstag: Sein Sündenregister. Mittwoch: Der Registrator auf Reisen. Donnerstag, Freitag: Sein Sündenregister. Sonnabend: Theodore u. Co. Sonntag, ½8 Uhr: Theodore u. Co. Montag, 18. Juli: Theodore u. Co. — **Neues Operetten-Theater** (Theater am Thomasring). Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend: Polnische Wirtschaft. Sonntag, ¼8 Uhr: Polnische Wirtschaft. Montag, 18. Juli: Polnische Wirtschaft.

Die Vorstellungen beginnen im Schauspielhaus und im Neuen Operettentheater, wenn nichts andres angegeben, um 8 Uhr.

Battenberg-Theater. Dienstag: Auf der Sonnenseite. Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend: Die letzten sechs Wochen. Sonntag: Das Geheimnis der alten Mamsell.

Krystallpalast (Theatersaal; Vaudeville-Saison). Allabendlich ½9 Uhr: Glück bei Frauen.

Notizen

Der Sommer im höchsten Norden. Die arktischen Gegenden sind durchaus nicht so pflanzen- und blumenlos, wie die meisten Leute glauben, die sich unter ihnen nur eine Schnee- und Eiswüste vorstellen. Selbstverständlich muß man sich den Sommer aussuchen, wenn man in Ländern wie Island, Spitzbergen oder Grönland botanisieren will. Dann kann man aber auf eine ganz hübsche Ausbeute rechnen. Allerdings sind, wie es sich von selbst versteht, die Floren der nordischen Länder anders als die der gemäßigten Zone, soweit es sich um gleiche Meereshöhe handelt. Wenn man immer weiter nach Norden reist, so ändert sich der Charakter der Pflanzenwelt in ähnlicher Weise wie beim Aufstieg auf ein hohes Gebirge, und in Spitzbergen z. B. hat sie mancherlei Beziehungen zu der Flora der Hochalpen. Diesen Wechsel schilderte Julia Emerson in einem Vortrag vor dem Torrey Botanical Club auf Grund der Erfahrungen einer Reise, die über die Orkneyinseln und Faröer nach Spitzbergen ging. In Island kann man sich bei Betrachtung der Pflanzen noch ziemlich heimisch fühlen, denn man sieht Butterblumen, Vergißmeinnicht, Maßliebchen und andre Frühlingsblumen, die sich nur in der Jahreszeit verspäten. In den Gärten neben den Häusern wachsen Kartoffeln und Stachelbeeren. Im Angesicht der ungeheuren Schneefelder, die man schon bei der Annäherung an die Insel erblickt, berührt diese Flora immerhin überraschend und doppelt erfreulich. In der Hauptstadt Reykjavik findet man auch noch zwei Baumarten, allerdings mit kümmerlichem Wuchs, einen Ahorn und eine Vergesche. Gemüse gedeiht nur noch unter dem Schutz der Häuser und bei besonderer Pflege. Auf dem ausgedehnten steinigen Gelände in der Umgebung der Hauptstadt kann man bei einer eiligen Musterung folgende Pflanzen sammeln: einen kleinen rosa Thymian, eine Strandnelke, zwei Arten des Marienröschens, einen Knöterich, die sonst in den Alpen heimische Art des Marienmantels, mehrere Arten von Labkraut. Dies sind nur die häufigeren Gewächse. In der Nähe kleiner Wasserfälle kann man mitunter sogar eine ganz üppige Vegetation finden, z. B. Veilchen, den aus den Alpen sehr bekannten Silberwurz, mehrere Arten von Wollgras, Parnassia, das Herzblatt oder Studentenröschen, das Schmerkraut, ferner einige unsrer gewöhnlichsten Unkräuter und eine große Anzahl von Moosen. Noch weiter hinauf, in Spitzbergen und ebenso in Grönland, feiert der Steinbrech (Saxifraga) in verschiedenen Arten wahre Triumphe; denn was kann erstaunlicher sein, als plötzlich einen dicht blühenden Teppich in unmittelbarer Nähe von Gletschereis zu finden. Außerdem erfreuen diese Pflanzen durch Verschiedenfarbigkeit und einen zarten Geruch der Blüten. In Spitzbergen gibt es auch eine Art des Läusekrauts, das als Entschädigung für seinen häßlichen Namen hübsche rosafarbene Blüten besitzt, die durch einen Schleier von grauen Haaren kokett hindurch scheinen. Fingerkraut bildet mitunter einen vollkommenen Rasen neben schmelzendem Schnee. Bei hellem Sonnenschein treten dort die seltsamsten Gegensätze auf zwischen den feuchten Felsen von tiefschwarzer oder grauer Farbe, den leuchtenden Gletschern, tanzenden blauen Wassern der Meeresbuchten oder der Seen, den hin und her eilenden Vögeln und den durch Blumen bevorzugten Flecken des Bodens. Die erste Pflanze, die auf Spitzbergen zu blühen beginnt, ist ein Steinbrech, dessen Blüten sich zeigen, sobald im Juni der Schnee verschwindet. Anfang September setzen schon die neuen Schneefälle ein und decken oft noch die blühenden Pflanzen mit ihrem weißen Leichentuch zu. —

•

Radium oder Messer beim Krebs? In zwei Junisitzungen hat sich die Chirurgische Gesellschaft in Paris mit der Frage beschäftigt, welcher Nutzen von dem Gebrauch des Radium bei der Behandlung von Krebs zu erwarten sei. Die Erörterung gestaltete sich besonders interessant, weil einige der hervorragendsten Chirurgen von Paris daran teilnahmen. Professor Monod knüpfte an eine früher gemachte Mitteilung an, wonach bei fünf Krebskranken durch Radium eine erhebliche Besserung und auch eine Verzögerung des Rückfalls erzielt worden wäre. Monod selbst stellte sich auf den Standpunkt, daß der Arzt zum Radium nur greifen solle, wenn die Beseitigung der Geschwulst durch die Operation unmöglich sei. In einigen Fällen könne Radium allerdings zur Unterstützung des Erfolgs der Operation gebraucht werden, aber erst dann, wenn so viel als irgendmöglich von der Geschwulst durch das Messer entfernt worden sei. Professor Segond berichtete, daß unter seiner Obhut mehrere Krebskranke mit Radium behandelt worden wären; er habe aber nicht einen Fall von Heilung gesehen, obgleich das Radium eine gewisse wohltätige Wirkung auszuüben schien, die in einer Linderung der Schmerzen und einer vorübergehenden Vernarbung bestand. Die Krankheit selbst aber wurde in ihrem Fortschritt keineswegs aufgehalten. Bei Gebärmutterkrebs im besondern schien das Radium völlig nutzlos zu sein. Dieser durchaus unerfreulichen Bekundung trat Dr. Delbet entgegen, indem er sagte, daß er gerade bei Epitheliom der Gebärmutter gute Ergebnisse von der Benutzung des Radium zu verzeichnen habe. Professor Tüffier hat Radium vor, während und nach Operationen gebraucht, dabei aber nie einen wirklichen Erfolg wahrgenommen. Bei Geschwülsten, die eine Operation ausschlossen, trat wenigstens eine Erleichterung der Beschwerden ein. Der bekannte Chirurg Lukas-Championnière will nach seinen Erfahrungen dem Radium zwar keine Heilwirkung, dagegen eine Schutzwirkung zuschreiben. Vorläufig scheinen sich also die Stimmen auch bedeutender Fachleute noch vollkommen zu widersprechen und man muß einstweilen darauf verzichten, die auf das Radium gesetzte Hoffnung in einer nahen Zukunft erfüllt zu sehen. —

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100711/12 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG